



## BÜRGER/GESELLSCHAFT

### Atomwaffenverbotsvertrag - Ein Sieg des Friedens

*(Pressenza)* - Am 22. Januar 2021 trat der UN-Vertrag "Über das Verbot von Atomwaffen" in Kraft, nachdem ihn 50 Staaten ratifiziert haben. Er untersagt die Entwicklung, den Erwerb, den Besitz und die Stationierung von Atomwaffen. Die Nato-Staaten mit ... *(Seite 8)*

## GEISTESWISSENSCHAFTEN

### Zum 130. Geburtstag Antonio Gramsci - ein Leninist klassischen Typs

*(Gerhard Feldbauer)* - Wenn es um die Suche geht, nach der Niederlage 1989/90 einen Weg zu einem neuen sozialistischen Anlauf zu finden als auch der wachsenden faschistischen Gefahr entgegenzutreten, kann es keinen besseren Ratgeber als Antonio Gramsci geben ... *(Seite 15)*

## UMWELT / KLIMA

### USA - alter Wein ...

*(SB)* - Wer würde schon freiwillig in ein Flugzeug steigen, das mit einer Wahrscheinlichkeit von 10 Prozent abstürzt? Man würde wohl alles tun, um einen solchen Flug zu vermeiden. Doch kein geringeres existentielles Risiko eines beträchtlichen Teils ... *(S. 13)*

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Bolivien

### Trinkwasserpolitik verschärft soziale Ungerechtigkeit

*von Steffen Heinzelmann*



*Einheitspreis:  
7 Bolivianos für ein Fass  
Foto: © Steffen Heinzelmann*

**Nach dem Wasserkrieg vor 20 Jahren wurde immerhin die Privatisierung des Wassers zurückgenommen. Die Trinkwasserversorgung ist jedoch weiter ein Problem.**

*(Cochabamba, 06.01.2021, npla).* - In Cochabamba, der viertgrößten Stadt Boliviens, war und ist Wasser immer auch ein politisches Thema. Lange galt Cochabamba als "Stadt des ewigen Frühlings" inmitten der Kornkammer Boliviens. Doch inzwischen herrscht hier jedes Jahr mo-

natelang Trockenheit. Da immer mehr Menschen in die Großstadt ziehen, ist Trinkwasser für viele knapp und teuer. Vor zwanzig Jahren entbrannte hier sogar die *Guerra del Agua*, der Krieg um das Wasser.

### **Eklatante Unterschiede innerhalb derselben Stadt**

Es ist ein kostbares Gut, das Juan aus einem Rohr in den riesigen Tank seines Lastwagens rauschen lässt: Wasser. Sein Laster steht in einer langen Reihe mit anderen *Cisternas*, dicht an dicht im Norden der Stadt Cochabamba. Hier gibt es grüne Parks mit blühenden

Bäumen, hier sprudelt noch Wasser aus Quellen und Leitungen, und hier kann Juan es kaufen und damit den Tank seines Lastwagens füllen. Wenn der Tank voll ist, fährt er ganz ans andere Ende der Stadt in die *Zona Sur*, um seine Fracht zu verkaufen. Denn im Süden Cochabambas herrscht Wassermangel, die Leitungen der städtischen Wasserversorgung SEMAPA reichen nicht bis dorthin, wo die Stadt besonders schnell wächst. Das Wasser spiegelt die sozialen Unterschiede Cochabambas, der Großstadt im Herzen Boliviens, wider: Im wohlhabenden Norden sprudelt es aus dem Boden, im ärmeren Süden sitzen die Menschen meistens auf dem Trockenen.

### **Wasser aus dem Brunnen gibt es 1x pro Woche für eine Stunde**

Vor mehr als zwanzig Jahren ist María Eugenia Flores mit ihrer Familie nach Cochabamba gezogen, wegen der Trockenheit in ihrem Dorf. Während sie davon erzählt, sitzt sie im Parque La Torre im Stadtzentrum, und hier blühen lilafarben die Jacarandas, es gibt einen Springbrunnen, und in den Häusern am Platz bewässern die Bewohner\*innen ihre großen Gärten. Für sie sei Wasser direkt aus dem Wasserhahn und das 24 Stunden lang jeden Tag wie ein schöner Traum, sagt María. "An dem Brunnen in meiner Nachbarschaft bekomme ich nur einmal pro Woche für eine Stunde Wasser. Das reicht einfach nicht. Bei mir in der *Zona Sur* leben die Menschen sehr dicht aufeinander, in einem Haus leben hier häufig drei, vier Familien. Da reicht so wenig Wasser nicht, und wir müssen auf anderem Weg an Wasser

kommen: zum Beispiel indem wir es von den Wasserlastern kaufen."

### **Der Handel mit Wasser: ein lukratives Geschäft**

Bei María Eugenia Flores ein paar Kilometer weiter im kargen Süden der Stadt fehlen eine Kanalisation für Abwasser und Leitungen für Trinkwasser. Für Wasser müssen sie und ihre Nachbar\*innen deshalb sogar viel mehr bezahlen als die Menschen hier im Zentrum und im Norden. Der Preis steht mit Farbe auf die Tanks der Wasserlaster gesprüht: 7 Bolivianos für ein Fass. Das sind mehr als 85 Eurocent für 200 Liter, zehnmal so viel, wie das städtische Leitungswasser kostet. Für die Händler mit den Tankwagen und vor allem die Verkäufer\*innen im Norden ist Wasser ein sehr gutes Geschäft. "Das ist soziale Benachteiligung. Wir können es sogar Rassismus nennen, denn bei uns in der *Zona Sur* leben vor allem indigene Menschen", erklärt María. "Der Staat und die Stadt räumen den Vierteln im Stadtzentrum Vorrang ein, weil sie sagen, dass dort die Menschen Steuern zahlen. Das tun wir in den ärmeren Vierteln aber auch. Aber das sind die rassistischen Reden hier, wenn die Leute sagen: die Armen zahlen sowieso keine Steuern. Oder: Was brauchen die Armen Wasser, die waschen sich sowieso nicht." María ist wütend über diese Benachteiligung. Auch deshalb ist sie vor 20 Jahren mit dabei gewesen, bei der Selbstorganisation und den Protesten für Wasser: Anfang 2000 privatisierte die Regierung Boliviens auf Druck der Weltbank die Wasserversorgung

in Cochabamba. Ein internationales Konsortium um den US-Konzern Bechtel übernahm und verdreifachte innerhalb kurzer Zeit den Wasserpreis. Die Menschen wehrten sich mit heftigen Protesten und einem Generalstreik, die Regierung verhängte das Kriegsrecht und schoss scharf. Sechs Menschen wurden bei den Auseinandersetzungen getötet, fast 200 verletzt. Nach vier Monaten des Aufstands, im April 2000, nahm Boliviens Regierung die Privatisierung zurück. Der Konflikt hat die Stadt geprägt.

### **"Wasser ist ein Allgemeingut"**

Oscar Olivera ist so etwas wie ein Held dieses Wasserkriegs vor zwanzig Jahren. Als Gewerkschaftsführer und Aktivist stand er damals in der ersten Reihe der Proteste gegen die Privatisierung. Heute wolle er gar nicht mehr darüber reden, so Olivera in einem Gespräch an seinem Arbeitsplatz, der Gärtnerei Planta y Flores weit im Westen Cochabambas. Dann tut er es aber doch: "Die Menschen erklärten: Das Wasser ist keine Ware, sondern ein Allgemeingut. Und die Verantwortung dafür soll bei den Menschen liegen. Mit Verantwortung meinen sie nicht Eigentum, sondern die Verwaltung, die Entscheidungen über die Verwendung des Wassers. Darum haben sie wirklich im Wasserkrieg gekämpft, es ging um mehr als um die Tarife der städtischen Wasserversorgung SEMAPA." Aber trotz des Aufstands habe sich die Situation nicht wirklich verbessert, so Oscar weiter. Vor 20 Jahren habe etwa die Hälfte der Menschen in Cochabamba einen Anschluss an die Wasser-

versorgung gehabt; seitdem ist die Stadt kontinuierlich auf fast eine Million Einwohner\*innen gewachsen, und mittlerweile sei es sogar deutlich weniger als die Hälfte, die einen Wasseranschluss hat. Als Grund dafür nennt er vor allem die schlechte Verwaltung: Der Staat habe den Menschen die Möglichkeit genommen, ihr Wasser selbst zu verteilen.

### "Wenn die Menschen sich nicht organisieren, existieren sie nicht"

Oscar Olivera arbeitet für die Stiftung Fundación Abril, die in den Stadtvierteln ein Netz von gemeinschaftlichen Wassertanks aufbaut und auch an Schulen große Tanks installiert, in denen Regenwasser für die Bäder und die Gärten der Schulen gesammelt wird. "Für mich sind Gemeinschaften von Menschen ohne eine Form der Organisation nicht möglich. Wenn die Leute sich nicht organisieren, existieren sie nicht. Das muss allerdings von unten kommen, muss neu sein, transparent sein wie das Wasser, und ohne politische Einfärbung. Die Menschen wissen selbst, was sie brauchen", betont der Aktivist. Wie Oscar Olivera setzt auch María Eugenia Flores wenig Hoffnung in die Regierung in La Paz oder die Stadtverwaltung Cochabamba. In ihrer Not seien die Menschen im Süden der Stadt zu wahren Expert\*innen im Sparen und Wiederverwenden von Wasser geworden, erklärt sie. Wichtig sei aber, sich zu organisieren und deutlich zu machen, dass der Zugang zu Wasser für alle ein Recht sei. Und nicht der Verlust eines guten Geschäfts, mit dem sich einige wenige auf Kosten der Allgemeinheit berei-



chern können. "Das Thema Wasser interessiert die Politiker\*innen doch nicht. Jemand hat uns gesagt: Wenn man ein Vorhaben nicht sehen kann, lohnt es sich für Politiker\*innen nicht. Und Wasserrohre fallen nicht ins Auge wie ein neuer Platz, ein neuer Park oder ein neues Fußballfeld. Wir bemerken aber, dass das Thema Wasser die Menschen mobilisiert, weil es lebensnotwendig ist, und dass die Leute sich organisieren, um dafür zu kämpfen."

### Ineffizientes, marodes Leitungssystem

Irgendwann, so hofft María, und das verspricht die Stadtverwaltung seit langem, soll Wasser aus dem Stausee Misicuni ganz am anderen Ende der Stadt bis in den Süden Cochabambas fließen. Durch 20 Kilometer lange, riesige Rohre. Im Stausee Misicuni, auf den grünen Hügeln im Norden gelegen, gibt es reichlich Wasser, das einfach nicht genutzt wird. Nur neun Prozent des Wassers kommt bei den Menschen an, weil die Leitungen nicht bis in die Stadt gebaut werden. Und in den alten Wasserrohren, die durch das Zentrum führen, versickert die Hälfte des Wassers, bevor es irgendeinen Wasserhahn erreicht.

*Oscar Olivera, Gewerkschafter und Wasserkriegsaktivist, an seinem heutigen Arbeitsplatz  
Foto: © Steffen Heinzelmann*

### Anmerkungen:

Zu diesem Text gibt es auch einen Audiobeitrag bei onda.  
<https://www.npla.de/thema/urbanes-leben/cochabamba-wasser-fuer-alle/>

### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/urbanes-leben/blau-gold-trinkwasserpolitik-verschaerft-soziale-ungerechtigkeit/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1990.html>

POLITIK / AUSLAND / MELDUNG

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Mexiko

### Armee soll Tren Maya verwalten

**Laut dem mexikanischen Präsidenten López Obrador soll ein staatliches Unternehmen unter Führung der Armee mehrere geplante Großprojekte verwalten.**

(Mexiko-Stadt, 21. Dezember 2020, *desinformémonos*) - Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, kurz Amlo, hat die Gründung eines staatlichen Unternehmens unter Führung der Armee angekündigt, das mehrere geplante Großprojekte verwalten soll. Dazu gehören drei Strecken des geplanten Maya-Zuges [1], der Flughafen von Chetumal, Palenque und Tulum sowie das Terminal des geplanten neuen Hauptstadt-Flughafens Felipe Ángeles [2] in Santa Lucía.

Der Präsident machte diese Ankündigung anlässlich der Unterzeichnung des Regionalen Programms zur Raumordnung (Programa Regional de Ordenamiento Territorial) [3] in der Gemeinde Tulum im süd-mexikanischen Bundesstaat Quintana Roo. Das Programm wird von den Gouverneuren der Bundesstaaten Campeche, Tabasco, Chiapas und Yucatán unterstützt. Mit den Arbeiten in einem Unternehmen unter Kontrolle der Streitkräfte solle ein "gutes Management des Zugprojektes und der Flughäfen" sichergestellt werden, so Amlo. "Wenn man überzeugt

ist, dass man für etwas Gutes kämpft, das dem Volk dient, soll man sich nicht aufhalten lassen", erklärte Amlo bei der Unterzeichnung des Abkommens.

Allerdings haben Maya-Gemeinden der Halbinsel Yucatán mehrfach auf die Folgen für Umwelt und die Gemeinden hingewiesen, die das Megaprojekt Tren Maya [4] mit sich bringen würde: Sie befürchten eine höhere Wasserverschmutzung, Abholzung, Schäden für die Imkereierei, mehr Unsicherheit und prekäre Arbeitsbedingungen.

#### Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/lexikon/tren-maya-maya-zug/>

[2] <https://www.gob.mx/nuevoaeropuertofelipeangeles>

[3] <https://www.gob.mx/sedatu/prensa/anuncia-gobierno-de-mexico-creacion-del-programa-regional-de-ordenamiento-territorial-en-la-region-del-tren-maya?idiom=es>

[4] <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5697648>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/armee-soll-tren-maya-verwalten/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pame0025.html>

## Große Herausforderungen

### 13. Parteitag der KP in Vietnam

von Stefan Kühner, 8. Januar 2021

Vom 25. Januar bis zum 2. Februar 2021 findet in Vietnam der 13. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPVN) statt. Parteitage in Vietnam haben, was die politische Relevanz betrifft, eine durchaus vergleichbare Bedeutung wie Wahlen in den USA oder in Deutschland. Bei den Parteitagen, die im Rhythmus von fünf Jahren stattfinden, werden richtungsweisende Änderungen beschlossen und in Gang gesetzt. Eines der bekanntesten Beispiele ist der Parteitag 1986 mit dem Beschluss zu Doi Moi, der Politik der Öffnung für private wirtschaftliche Aktivitäten.

Wegen der Pandemie können erstmals keine internationalen Delegationen und keine Vertreter der ausländischen Presse teilnehmen. Von Geheimnistuerei kann bei der Vorbereitung des Parteitags aber beim besten Willen nicht gesprochen werden. Bereits Anfang Oktober stellte die KPVN eine Homepage zu Vorbereitung des Parteitags online. Dort wurden nicht nur wichtige Leitartikel veröffentlicht; sie dokumentierte außerdem Eingaben und Diskussion über die nationalen und internationalen Herausforderungen, unter denen der Parteitag stattfindet. Die Homepage ist in sechs Sprachen (Vietnamesisch, Chinesisch, Russisch, Franzö-

sisch, Spanisch und Englisch) verfügbar. Während des Parteitags werden Online-Pressekonferenzen stattfinden, zu denen Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt Zugang haben.

#### Parteitag in komplizierter Situation

Bei der letzten Tagung des Zentralkomitees vor dem Parteitag stimmte Generalsekretär Nguyen Phu Trong, der auch Staatspräsident ist, die Partei auf die Herausforderungen ein. "Der bevorstehende Nationalkongress unserer Partei findet vor dem Hintergrund sehr rascher, komplizierter und unvorhersehbarer Entwicklungen in der Region und in der Welt statt." Die Pandemie habe auch Vietnam getroffen. Sie verschärfe eine ernste, vielschichtige Krise, die das Gesundheitswesen, die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Regierungsführung beeinflusse. Strategische Auseinandersetzungen, wirtschaftlicher Wettbewerb und Handelskriege würden sich verschärfen. Die gesamte asiatisch-pazifische Region nehme dabei eine zunehmend wichtige globalstrategische Position ein. In Südostasien seien das Sicherheitsumfeld und die Souveränitätskonflikte in der Ostsee kompliziert. Klimawandel, Naturkata-

strophen, Epidemien und andere nicht-traditionelle Sicherheitsfragen hätten zunehmend starke und vielschichtige Auswirkungen und bedrohten die stabile und nachhaltige Entwicklung der Welt, der Region und Vietnams, so Nguyen Phu Trong.

Neben den von außen auf Vietnam einwirkenden Herausforderungen liegen die Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten Vietnams in der Gestaltung der Zukunft der eigenen Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher und politischer, kultureller und sozialer Erneuerung. Als Schwerpunkte sehen sie die Bewältigung der Kluft zwischen wirtschaftlichem Wachstum und kultureller und menschlicher Entwicklung, der Verwirklichung des sozialen Fortschritts und der Gerechtigkeit, der effektiven Lösung sozialer Fragen, dem Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt, zwischen der sozioökonomischen Entwicklung und der nationalen Verteidigung und der Gewährleistung der Sicherheit. Große Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft haben Bildung und Ausbildung und die Nutzung von Wissenschaft und Technologie. Dazu liegen dem Parteitag ausführliche Anträge vor.

## Zielsetzung Sozialismus

Die Perspektiven, mit denen sich die vietnamesischen Kommunistinnen und Kommunisten zu befassen haben, gehen weit über die nächsten fünf Jahre hinaus. Vietnam soll bis Mitte des 21. Jahrhunderts eine sozialistisch orientierte entwickelte Nation werden. Die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen und der Einkommen sind die Zielmarken für diese Entwicklung. Vietnam soll bis 2030, dem 100. Jahrestag der Gründung der Partei, ein Entwicklungsland mit moderner Industrie und einem Einkommensniveau des oberen Mittelstandes werden. Wirtschaftliches Wachstum und ökonomische Prosperität

seien aber keine Abkehr vom Ziel, den Sozialismus in Vietnam aufzubauen. Die praktizierte "sozialistische Marktwirtschaft" werde weitergeführt.

"Ein durch und durch leitender Gedanke der gesamten Partei, des Volkes und der Streitkräfte ist es, unerschütterlich zu bleiben und den Marxismus-Leninismus und die Gedanken Ho Chi Minhs schöpferisch anzuwenden und weiterzuentwickeln sowie beharrlich am Ziel der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus und an der Erneuerungsleitlinie der Partei zum Aufbau und Schutz des sozialistischen Vietnams festzuhalten", erklärte Nguyen Phu Trong.

*Englischsprachige Seite zum Parteitag:*

<https://en-daihoi13.dangcongsan.vn/>

*Erstveröffentlicht in der UZ*

*(Unsere Zeit) Nr. 1 vom 8.1.2021:*  
<https://www.unsere-zeit.de/grosse-herausforderungen-2-140106/>

\*

*Quelle:*

© 2021 by Stefan Kühner  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors und der UZ-Redaktion

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/paasi997.html>

## POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### **Belarus -**

### **wie steht es mit dem weiblichen Gesicht der Revolution?**

#### *Ein Treffen mit Vertreterinnen der Fem-Gruppe des Koordinationsrates*

*von Heidi Meinzolt, 28.01.2021*

*Die Verbindung staatlicher Gewalt und häuslicher Gewalt ist sofort ein Thema, wenn man sich mit Feministinnen aus Weißrussland unterhält. In der explosiven Grundstimmung - permanenten Übergriffen auf meist friedliche De-*

*monstrationen durch brutale staatliche Schergen, Demagogie, offene und versteckte Gewalt - bleibt das "weibliche Gesicht der Revolution" in westlichen Köpfen, wird verbreitet durch internationale Medien und Auftritte von pro-*

*minenten Protagonistinnen. Frauen - weiß gekleidet mit Blumen in der Hand - das Urbild des weiblichen Pazifismus erzeugt viel Solidarität und Bewunderung - mit Recht. Aber das ist nicht das komplette Bild.*

Aus der Innensicht verliert dieses Bild kräftig an Strahlkraft und könnte ein Warnruf für uns sein, genauer hinzuschauen, gerade aus einer Geschlechter-sicht. Der Kampf um Gleichberechtigung und Frauenrechte, der ein Teil demokratischen Aufstands ist oder sein müsste, stößt an enge Grenzen einer durch und durch patriarchalen Gesellschaft. Es lohnt also einen Blick hinter die Kulisse!

"Die Männer lassen die Frontfrauen nur in der Öffentlichkeit stehen, weil sie sich nicht für emanzipative Politik einsetzen, sondern in einer eher symbolischen Rolle als Vertreterin ihres Mannes wie zum Beispiel Svetlana Tichanowskaja auftreten. So zeigt sie auch bisher keinen expliziten Willen, selbst Macht zu übernehmen", sagt uns eine Feministin. Wir sollten uns nicht nur auf diese Frontfrauen konzentrieren, sondern mal anschauen, was die vielen Frauen leisten, wenn sie gerade nicht demonstrieren: die meisten Aktivitäten sind kaum sichtbar, sie sind dezentral, eher "alternativ" organisiert und sind vorrangig mit der Vermittlung und Organisation von Schutz, Unterbringung, Bereitstellung sozialer Dienstleistungen, Gesundheits- und Grundversorgung zugange. Einige NGOs, die hier hervorragendes leisten - staatliche Versorgung gibt es kaum und/oder sie wird nicht angenommen, um nicht in die Falle des Regimes zu gehen - wurden daraufhin massiv bedroht und viele Vertreterinnen mussten sich vor Verfolgung ins Ausland absetzen.

Ein Ergebnis dieser extrem wichtigen "Hintergrundarbeit":

die kleinen Macht- und Verhandlungsmandate waren schnell von den (männlichen) Machern besetzt. Die meisten Posten im Koordinationsrat haben inzwischen Männer, eine Frau sitzt noch im Hauptquartier des Koordinationsrates, insgesamt eine Quote von ca. 10%.

Die revolutionäre Agenda ist überhaupt nicht gegendert bzw. geschlechtsspezifisch differenziert und bezieht Frauenrechte nicht mit ein. "Das ist für später versprochen", meint eine der Vertreterinnen, aber wie soll das gehen, wenn die gesellschaftliche Grundeinstellung sich nicht ändert - das ist eine große Illusion mit möglicherweise bösem Erwachen. Die Agenda beschränkt sich nach wie vor auf die drei Punkte seit August: Schluss mit der Ära Lukaschenko, Neuwahlen, Befreiung der politischen Gefangenen!

Männer, aber auch einige Frauen stehen auf dem Standpunkt: "Lasst die Frauen auf die Straße gehen, sie riskieren nicht, so geschlagen zu werden und ins Gefängnis zu kommen wie die Männer" - zur Zeit sind wohl in der Tat etwa 5-mal so viele Männer im Gefängnis wie Frauen, aber es gibt keine genderspezifischen Daten für die Auswertung, nur Vermutungen - einige prominente politische Gefangene wie Maria Kolesnikova sind als revolutionäre Ikonen im Gefängnis, aber auch viele Mädchen und Frauen, die keine Stimme haben und nicht gesehen werden. Es wird nicht untersucht oder in Frage gestellt, was mit den Frauen im Gefängnis passiert und was die Folgen für ihre Kinder und Familien sind.

Mit der Zeit verlangen auch immer mehr Männer von ihren Frauen, wieder zuhause zu bleiben, schließlich "müssten die Kinder und der Haushalt versorgt werden" und so wird wieder zunehmend die "Heldenkarte" gespielt. Die Arbeitsbelastung der Frauen ist nach jüngsten Studien mindestens 3-mal so hoch wie die der Männer und die Pandemie spielt dazu noch eine besondere Rolle. Nicht zu vernachlässigen ist ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Die verletzlichsten Frauen, Alte, ohne Internetzugang, leben abgeschirmt in sehr traditioneller Umgebung. Sie werden überhaupt noch kaum erfasst oder in der Durchsetzung ihrer Rechte und für ihren Schutz unterstützt.

Für Feministinnen, die gendersensitiv an die Gesamtlage herangehen, kann es - laut unseren Gesprächspartnerinnen - nicht darum gehen: einfach raus auf die Straße, den Mund aufmachen, protestieren, sondern auch vorsichtig Verbündete suchen, nicht persönliche Gefahren für Leib und Leben klein reden, ohne dass eine Chance besteht, dass sich an der Lage insgesamt etwas verändert. Die Absage an eine patriarchale, militaristische, autoritäre Gesellschaft verlangt, dass Gleichberechtigung ein Thema wird, dass eine erhöhte Sensibilität für geschlechtsspezifische Bedürfnisse und Notwendigkeiten erreicht wird. Nur dann kann ein Regimewechsel auch den gesellschaftlichen Wandel zu mehr Gerechtigkeit erreichen. Dafür müssen dann auch die Schuldigen für alle Formen der Gewalt zur Verantwortung und Rechenschaft gezogen und nicht nur eine neue

Nomenklatura ins Amt gesetzt werden.

Neben der Gewalt auf der Straße hat häusliche Gewalt dramatische Ausmaße angenommen. Sie ist strukturell verbunden mit der aufgeladenen Stimmung und Polarisierung in der Bevölkerung und den Gewaltübergriffen auf der Straße. Trotzdem wird sie kleingeredet - ein allseits bekanntes Muster des "victim blaming". Die Verfolgung sexualisierter Gewalt ist ein gravierendes Problem, denn wer traut zur Zeit schon Sicherheitsorganen, Polizei und Strafbehörden? Eine explizite Gesetzgebung zum Schutz vor SGBV (Sexual and Gender-Based Violence - sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt) gibt es auch nicht. Auch der Schutz Minderjähriger vor Gewalt, der zwar offiziell in einem Dekret geregelt ist, wird oft von den Frauen nicht in Anspruch genommen aus Angst, dann als "instabile Familie" gelabelt zu werden mit dem Risiko, dass die Kinder dann der Fürsorge übergeben oder in ein Waisenhaus gebracht werden. Ein Verfassungsprozess, der entsprechende internationale Standards umsetzen könnte, ist jedoch momentan nicht möglich

und kann erst nach einer angestrebten Neuwahl möglicherweise sinnvoll angegangen werden.

Was braucht es also? Bewusstseinsbildung, internationale feministische Solidarität, Aufmerksamkeit auf die Innensicht von Akteurinnen aus der Zivilgesellschaft und in Verbindung mit der europäischen/internationalen Zivilgesellschaft, die im Bereich von Frauenrechten/Menschenrechten tätig ist und die Zugang hat zu entsprechenden Institutionen - wie zum Beispiel gerade im Bereich der OSZE und ihr adäquaten Institutionen wie dem Zentrum für Konfliktprävention in Wien, ODIHR in Warschau, OSZE Gender Unit - mit vielen Kontakten in die Politik auf multilateraler Ebene.

Das Gespräch mit den belarussischen Vertreterinnen war ein wichtiger Schritt, Verständnis und Solidarität zu verstärken, den Finger in die Wunde einer wichtigen revolutionären Bewegung zu legen, die in der Zange zwischen Patriarchat, Militarismus und Autoritarismus steckt. Unsere guten Wünsche für die Fem-Gruppe, sowohl Gleichbe-

rechtigung als auch den Regimewechsel im Rahmen einer tiefgehenden Transformationspolitik zu erreichen, begleiten die Aktivistinnen. Wir sind dafür verlässliche Partnerinnen.

#### Über die Autorin:

Die Friedensaktivistin Heidi Meinzolt war von 1992-1998 im Vorstand der europäischen Grünen und ist im Jahr 2000 aus der Partei ausgetreten. Seit den 1980er-Jahren ist sie Mitglied der Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und dort internationale Vertreterin der deutschen Sektion und Europakoordinatorin.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra851.html>



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / INTERNATIONAL

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

## Milagro Sala: soziale Organisationen fordern ihre Freilassung

Nachricht aus der Redaktion Italien vom 19. Januar 2021



Bild: © Túpac Amaru

Politische und soziale Organisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen mobilisierten sich in der Innenstadt von Buenos Aires bis hin zur Plaza Lavalle, um den Obersten Gerichtshof aufzufordern, Milagro Sala, Leiterin der sozialen Nachbarschaftsorganisation Túpac Amaru, fünf Jahre nach ihrer Verhaftung in Jujuy endlich freizulassen.

Milagro Sala sitzt seit Januar 2016 entweder im Gefängnis oder unter Hausarrest fest, wegen einer Reihe von politisch motivierten Anschuldigungen, die der Gouverneur von Jujuy, Gerardo Morales, ihr lebenslanger politischer Feind, kunstvoll in die Welt gesetzt hat, und die von Richtern verfolgt und verurteilt wurden,

die der Gouverneur bei seinem Amtsantritt selbst ernannt hatte. Die Ergebnisse der laufenden Verfahren sind kontrovers und führten zur Lähmung der meisten Aktivitäten von Túpac Amaru in einer der ärmsten Regionen des Landes, wo die Organisation unter dem Vorsitz von Milagro Sala neben dem sozialen Wohnungsbau, für den sie staatliche Mittel erhalten hatte, auch Krankenhäuser, Schulen, medizinische Einrichtungen sowie Spielplätze und Schwimmbäder für Kinder gebaut hatte, in einem revolutionären und basisdemokratischen Modell zur sozialen Unterstützung für indigene Völker und benachteiligte und marginalisierte Menschen.

"Es ist genau dieser Gerichtshof, der über die Öffnung der Akten und die von uns eingelegten Be-

rufungen entscheiden muss", erklärte der nationale Koordinator von Túpac Amaru, Alejandro Garfagnini. "Der Gerichtshof muss sich zur Nichtigkeit der Fälle äußern und Konsequenzen ziehen", sagte er und erläuterte damit den Grund für die Anrufung des Obersten Gerichtshofs.

In Jujuy fand eine ähnliche Demonstration mit großer Beteiligung der Bevölkerung statt, die mit einer Rede von Raúl Noroñete, dem langjährigen Weggefährten von Milagro Sala.

*Übersetzung aus dem Italienischen vom Komitee für die Freiheit von Milagro Sala*  
<https://komiteefreiheitmilagrosala.wordpress.com/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

*Quelle:*  
Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfai0283.html>

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## Atomwaffenverbotsvertrag - Ein Sieg des Friedens!

*von Günter Buhlke, 24. Januar 2021*



*51 Aktivist\*innen mit den Flaggen der 51 Staaten, die den UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen bereits ratifiziert haben, versammeln sich für ein Gruppenbild vor dem Kanzleramt.*

*Foto: Regine Ratke / IPPNW als 2.0 Generic (CC BY-NC-SA 2.0) via Flickr*

*[<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>]*

Am 22. Januar 2021 trat der UN-Vertrag "Über das Verbot von

Atomwaffen" in Kraft, nachdem ihn 50 Staaten ratifiziert haben. Er untersagt die Entwicklung, den Erwerb, den Besitz und die Stationierung von Atomwaffen.

Die Nato-Staaten mit Deutschland, aber auch Russland, China und Israel sind dem Akt der Ratifizierung noch nicht gefolgt. 2017 hatten 122 von 193 Staaten der UNO das Vertragswerk unterzeichnet. Die Vereinbarung hat viel Kraft und Beharrungsvermö-

gen von den Unterzeichnern gefordert. Von Vernunft getriebene humane Regierungen, politische Parteien, sowie zivile Organisationen, wie das Friedensnetzwerk ICAN haben sich zusammengefunden, um die große Aufgabe des 21. Jahrhunderts zum Erhalt des Friedens zu erfüllen. Es geht letztendlich um den Erhalt der Lebensgrundlagen der Spezies Mensch. Ein insgesamt schwieriger Prozess, der Jahrzehnte in Anspruch nimmt. Angesichts der

Französischen Revolution hatte bereits Immanuel Kant 1795 einen philosophischen Entwurf "Zum ewigen Frieden" formuliert, den es lohnt zu lesen.

In den Vorjahren gab es bereits Verhandlungen und Vertragsabschlüsse zur Sicherung des Friedens. So 1967 in Mexiko, wo der erste internationale "Vertrag über das Verbot von Atomwaffen" für den Südkontinent Amerikas vereinbart wurde. Der Initialzündung folgten ähnliche Vereinbarungen im Südpazifik, Südostasien und Afrika. Die Mongolei und Österreich erklärten sich zu kernwaffenfreien Ländern. Die Weltorganisation der UNO trat in Verhandlungen über einen Atomwaffen-sperrvertrag ein, der 1970 zum Abschluss kam. Bedeutsam für die Menschheit war, dass zum Ende des Kalten Krieges die Diplomatie weiter verhandelte. Das führte 1975 zur Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki (KSZE) und 1987 zum INF-Vertrag, der Vernichtung nuklearer Raketensysteme mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km. Die Kündigung des INF-Vertrages durch Präsident Trump war ein fatales Signal für den Frieden. Weitere Verhandlungen zwischen den Systemen machten Hoffnung.

Alle Fortschritte zur Verbesserung der materiellen Lebensgrundlagen gehen in Kriegen verloren. Die Zustände im Irak, in Syrien, in Libyen und im Jemen führen das Elend vor Augen. Erinnerungen an die Folgen des 2. Weltkrieges sind noch vorhanden, wie auch die Bilder von Hiroshima und Nagasaki. Kräfte des militärischen industriellen Komplexes ziehen jedoch weiterhin

profitablen Nutzen aus Kriegen. Die Handlungen zur Erweiterung der Einflussbereiche der Systeme nehmen kein Ende. Sanktionen und Versuche zur Destabilisierung sind ungute Instrumente.

Bedenklich ist das Festhalten konservativer Politiker an Optionen eines Krieges zur Konfliktlösung. Der ehemalige deutsche Staatspräsident Gauck nutzte eine Sicherheits-Konferenz 2014 in München zu dieser Aussage.

Nicht genug mit der Kritik an Kriegskonzepten. Zwei weitere Bereiche mit Schadenswirkungen sind zu beachten: Schon in Friedensperioden trägt der Unterhalt der Streitkräfte mit deren Treibstoff- und Energieverbrauch ohne Nutzen für die Gemeinschaft zur Klimaveränderung bei. Gravierend ist die jährliche Beanspruchung der finanziellen Haushaltsmittel. Der Haushaltstitel für das Verteidigungsministerium belegt seit Kaisers Zeiten den 2. Platz in Deutschland in Friedenszeiten. Die Generalsekretärin der CDU und Ministerin für Verteidigung drängt auf die Erhöhung der Finanzmittel. Sie fordert die Ausweitung des deutschen Engagements bis nach Asien über den Handel und andere Formen der friedlichen Zusammenarbeit hinaus. Der Finanzbetrag eines einzigen Kampfflugzeuges könnte die Kosten zum Unterhalt eines kleinen Krankenhauses abdecken usw. Die Staatshaushalte aller Länder leiden seit Epochen unter der Last der Staatsverschuldung. Kontinuierliche Tilgungsbeträge und Zinsen an Banken und Geldverleiher schränken notwendige Ausgaben für zivile Bereiche in erheblichen Größenordnungen ein. Staatsverschuldungen führen

zur Fremdsteuerung und zu Abhängigkeiten.

Gewerkschaftsführer und Bürgermeister von Städten mit Standorten der Streitkräfte argumentieren billigerweise, dass Rüstungsbetriebe Arbeitsplätze schaffen und Soldaten den Einzelhandel an den Kasernenorten stärken. Um vieles nützlicher sind neue Arbeitsplätze in Bereichen der Rohstoffkreisläufe, des Katastrophenschutzes, der Gesundheitsbetreuung und der Forschung zur Bewältigung von Naturkatastrophen. Die Gesellschaften stehen zusätzlich vor der Frage der Senkung der Regelarbeitszeit und das erfordert mehr Arbeitsplätze für alle Berufe.

Wahlzeiten 2021 sind Nachdenkzeiten, welche Abgeordnete den Frieden anstreben und wie er gestärkt werden kann.

Auf der Tagesordnung des 21. Jahrhunderts steht die visionäre Aufgabe Kants, auf dem Weg diplomatischer Verhandlungen, Toleranz und humaner Vernunft den Frieden sicher zu machen. Nichts ist dem Menschen unmöglich, wenn es alle wollen.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

*Quelle:*  
Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0488.html>

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Chile

### Die Nachbarschaftsapotheke - ein Stück soziale Gerechtigkeit

*von Leonel Yáez Uribe und Ute Löhning*

**Medikamentenpreise werden nach marktwirtschaftlichen Kriterien festgelegt. Die kommunalen Apotheken steuern dagegen. Das Modell hat Erfolg.**

(Berlin, 31. Dezember 2020, npla)  
- Medikamente sind teuer im privatisierten chilenischen Gesundheitssystem. Pharmaproduzenten und Apotheken setzen die Preise selbst fest und streichen satte Gewinne ein. Doch seit 2015 sind über 150 kommunale Apotheken entstanden. Ein Erfolgskonzept, denn sie bieten Medikamente zu fairen Preisen an, als wichtige Unterstützung für all jene, die sich dringend benötigte Heilmittel sonst nicht leisten könnten.

#### La Botica Vecinal - die Nachbarschaftsapotheke

Jorge Silva ist 60 Jahre alt und chronisch krank. Einen großen Anteil seines Monatsbudgets gibt er für die Medikamente aus, die er jeden Tag nehmen muss: wegen Diabetes, Bluthochdruck, wegen einer Thrombose, so berichtet er. Jorge und seine Frau Patricia Valenzuela wohnen in Ñuñoa im Großraum Santiago. Ihre Medikamente kaufen sie in der dortigen botica vecinal, der kommunalen Apotheke. "Wir schätzen

sie sehr, für uns ist sie viel besser als herkömmliche Apotheken", meint Jorge. Wegen der Thrombose, die er am Bein hatte, muss er das Medikament Xarelto einnehmen. "In normalen Apotheken kostet das über 60.000 Pesos", sagt er. "In der Nachbarschaftsapotheke zahle ich dafür etwa 30.000, höchstens 40.000 Pesos. Da merkt man schon den Preisunterschied." Umgerechnet sind das etwa 40 statt 70 Euro, die Jorge für dieses wichtige Medikament zahlen muss. Ein Vitaminpräparat kostet ihn in der kommunalen Apotheke rund drei Euro, auf dem freien Markt würde er dafür das Dreifache zahlen.

#### Armut im ökonomischen Musterland Lateinamerikas

Ohne die kommunale Apotheke ginge es Jorge und seiner Frau Patricia inzwischen vermutlich ziemlich schlecht. Denn pandemiebedingt sind beide momentan arbeitslos. Patricia ist glücklich, dass sie in der Nachbarschaftsapotheke alle Medikamente kaufen kann, die sie braucht. "Sie werden hier viel günstiger angeboten als in den Apothekenketten, manchmal für ein Viertel des Preises", berichtet sie und meint: "Wenn die botica vecinal

noch mehr genutzt wird, werden bald alle erkennen, was für eine gute Alternative sie darstellt."

#### Gesundheit als Ware

Der Bedarf ist allemal groß. Denn Chile hat zwar ein hohes Brutto-Sozial-Produkt. Vermögen und hohe Einkünfte konzentrieren sich aber auf einen kleinen Teil der Bevölkerung. Rund 70 Prozent aller Haushalte haben weniger als 450 Euro im Monat zur Verfügung. Die Kosten für Heilmittel übersteigen für viele Menschen ein Drittel ihrer Einkünfte. Vor allem Rentner\*innen, die oft weniger als umgerechnet 300 Euro im Monat zur Verfügung haben, trifft es hart. Es gebe zwar nicht immer alle Medikamente in den kommunalen Apotheken, meint Jorge, dennoch seien die Menschen im Stadtteil sehr angegan. "Sie unterstützen die Apotheke. Das merkt man auch in Chats und in Gesprächen, vor allem bei den Älteren ist die Apotheke inzwischen sehr bekannt", so Jorge.

#### Marktwirtschaftliche Kriterien bestimmen Medikamentenpreise

In Chile gibt es keine festen Preise für Medikamente, die werden

von jeder Apotheke selbst festgelegt - nach marktwirtschaftlichen Kriterien, also nach Angebot und Nachfrage. Die Gewinnspanne bei Apotheken und auch beim Hersteller ist enorm. Die Kunden müssen die Medikamente komplett selbst bezahlen, auch wenn sie ärztlich verordnet sind, und auch unabhängig davon, ob und wie sie krankenversichert sind.

Auf der Suche nach Alternativen wurden 2015 die ersten kommunalen Apotheken in zwei Gemeinden im Norden Santiagos eröffnet: von dem kommunistischen Bürgermeister Daniel Jadue in Recoleta und von Carlos Cuadrado Prats, Bürgermeister in Huechuraba. Der erklärt, der Marktpreis der Medikamente sei völlig losgelöst von den eigentlichen Produktionskosten. "Viele Menschen, die in der Lage gewesen wären, den Herstellungspreis zu zahlen, mussten weiter unter Krankheiten und Schmerzen leiden", so Cuadrado. "Denn den Marktpreis, diesen von transnationalen und chilenischen Apothekenketten willkürlich festgelegten Wucherpreis, konnten sie nicht zahlen."

### **Kampf um soziale Gerechtigkeit**

Bürgermeister Carlos Cuadrado Prats ist der Enkel von Carlos Prats, dem früheren Heereschef und Innenminister in der Zeit der Unidad Popular unter der Regierung von Salvador Allende. Nach dem Putsch wurde Prats 1974 bei einem Attentat des chilenischen Geheimdiensts DINA in Buenos Aires ermordet. Sein Enkel war der Gründer einer der ersten kommunalen Apotheken. Er er-

klärt das Prinzip: "Als Stadtverwaltungen kaufen wir die Medikamente bei den Pharmaproduzenten zu einem angemessenen Preis, und zu demselben Preis verkaufen wir sie auch an die Bürgerinnen und Bürger weiter." Wichtig ist für den Bürgermeister: "Wir machen selbst keinen Gewinn oder Preisaufschlag beim Verkauf. Für uns ist das ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land." Die Gemeinden stellen die Räumlichkeiten der Apotheken und zahlen die Löhne für die Mitarbeitenden. Inzwischen sind in 150 Orten Chiles kommunale Apotheken entstanden. Sie handeln mit etwa 700 Medikamenten und medizinischem Zubehör und machen dabei einen Jahresumsatz von etwa 11 Millionen Euro. Gerade in Zeiten der Pandemie sieht Bürgermeister Cuadrado sehr positive Effekte für seine Gemeinde: "Von Januar bis September hatten wir einen Umsatz von 100 Millionen Pesos. Bei kommerziellen Apotheken hätten dieselben Medikamente 400 Millionen Pesos gekostet." Das bedeute, dass die 75.000 Bewohner\*innen von Huechuraba in neun Monaten der Krise umgerechnet etwa 350.000 Euro gespart haben.

### **Gemeinsam stark**

Über hundert kommunale Apotheken haben sich inzwischen in der Vereinigung der kommunalen Apotheken in Chile ACHIFAP (Asociación de Farmacias Populares de Chile) zusammengeschlossen. Sie wollen die Lebensbedingungen in den Gemeinden verbessern und außer Apotheken auch andere Projekte, z. B. Optiker-Niederlassungen,

aufbauen. Vor allem aber hat der Verband genügend Gewicht, um bei den Pharmaproduzenten gute Preise aushandeln zu können. "Wir kaufen direkt bei den Pharmaproduzenten. Früher war es für uns schwer, mit ihnen einen fairen Preis auszumachen", erklärt Bürgermeister und ACHIFAP-Generalsekretär Cuadrado. Inzwischen könne ACHIFAP aber die Bedingungen festsetzen. "Denn wir kaufen große Mengen an Medikamenten auf dem chilenischen Markt und können sogar auch Produkte von ausländischen Pharmakonzernen kaufen und nach Chile importieren."

### **Kommunale Apotheken: Erfolgskonzept und Herausforderung**

Die kommunalen Apotheken seien ein Erfolgskonzept, das zugleich die Schwächen des chilenischen Gesundheitssystems entlarve, meint Osvaldo Artaza. Er war in den 2000er Jahren Gesundheitsminister und berät heute als Experte für öffentliche Gesundheitsversorgung die Pan-amerikanische Gesundheitsorganisation: "Teilweise fangen die kommunalen Apotheken das ab, was eigentlich das allgemeine Gesundheitssystem lösen sollte. Wenn Chile es nicht schafft, seinen Bürger\*innen lebenswichtige Medikamente zur Verfügung zu stellen, dann sind solche kleinen Lösungen unverzichtbar." Die Menschen schätzten das sehr, und er wolle die Bedeutung dieser Lösungen auch nicht kleinreden, so Artaza. "Aber wir sehen doch ganz klar, dass die chilenische Bevölkerung keinen gesicherten Zugang zu notwendigen Medikamenten hat."

## Was hat das mit der Verfassung zu tun?

Seit der Zeit der Diktatur ab 1973 und der damit einhergehenden Einführung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells wurden fast alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch das chilenische Gesundheitssystem weitgehend privatisiert. Die aktuelle Verfassung von 1980 beschreibe das Recht auf Gesundheit als das Recht, zwischen einer öffentlichen und einer privaten Gesundheitsversorgung zu wählen, erklärt Artaza. Für viele Menschen biete das aber keine gute, rechtzeitige und bezahlbare Gesundheitsversorgung. Seit der Diktaturzeit würden Anreize für die Einrichtung privater Versicherungen, der sogenannten ISAPRES, gesetzt, erklärt Artaza. Doch nur etwa 20 Prozent der Chilen\*innen könne sich eine private Gesundheitsvorsorge lei-

sten. Die Mehrheit erhalte lediglich eine oft mangelhafte Grundversorgung über den Nationalen Gesundheitsfonds FONASA. "Wenn wir ein funktionierendes Gesundheitssystem hätten, das die Versorgung mit notwendigen Medikamenten einschließt", so Artaza, "wären kommunale Apotheken und solche Lösungen nicht notwendig".

Das Recht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung für alle ist eine zentrale Forderung der Proteste, die Chile seit Oktober 2019 bewegen. Und es wird ein wichtiger Punkt sein in der Debatte rund um die neue Verfassung, die ein Verfassungskonvent bis 2022 schreiben wird.

Zu diesem Artikel gibt es auch einen Audiobeitrag bei onda: <https://www.npla.de/thema/arbeits-gesundheit/kommunale-apotheken-als-manager-in-der-krise/>

### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeits-gesundheit/die-nachbarschafts-apotheke-ein-stueck-soziale-gerechtigkeit/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/gesund/m3al2614.html>

## REDAKTION / IN EIGENER SACHE / HINWEIS

### Schattenblickfortsetzung II

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

*zu unserer Mitteilung vom 30. Oktober 2020 möchten wir darauf hinweisen, daß der Schattenblick zunächst bis auf weiteres in unregelmäßigen Abständen seine Veröffentlichungen wieder aufnehmen wird.*

*Den nächsten Schritt, ihn dann sobald wie möglich wieder periodisch zu publizieren, teilen wir Ihnen auf diesem Wege rechtzeitig mit.*

*Ihre Schattenblick-Redaktion*

<http://www.schattenblick.de/infopool/redaktio/eigener/riesh060.html>

## USA - alter Wein ...

(SB) 1. Februar 2021 - Wer würde schon freiwillig in ein Flugzeug steigen, das mit einer Wahrscheinlichkeit von 10 Prozent abstürzt? Man würde wohl alles tun, um einen solchen Flug zu vermeiden. Doch kein geringeres existentielles Risiko eines beträchtlichen Teils der Menschheit gehen zur Zeit die meisten Regierungen ein, indem sie nicht alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um den Klimawandel zu stoppen. Die globale Erwärmung - eine zentrale Kenngröße für klimatische Veränderungen - bewegt sich auf einen Temperaturanstieg von drei bis vier Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu. Vor rund 200 Jahren hatte die Menschheit viel weniger klimarelevante Gase wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas produziert als heute.

Der Zusammenhang zwischen den menschenverursachten Emissionen und der globalen Erwärmung wurde in den Vereinigten Staaten während der Präsidentschaft Donald Trumps in den letzten vier Jahren nicht anerkannt. Die gesetzgeberischen Maßnahmen folgten dieser Einstellung mit unerschütterlicher Konsequenz. Wie mit einer Planieraupe waren Trump und alle, die er um sich geschart hatte, durch sämtliche Klima- und Umweltschutzbestimmungen gefahren und hatten sie bis auf einen kargen Rest zerstört.

Auch wenn der vor kurzem vereidigte US-Präsident Joe Biden vom ersten Tag seiner Amtszeit an einiges davon wieder aufgerichtet und Klimaschutz zu einem seiner wichtigsten Anliegen erklärt hat, wird er den Teufel tun und den gesellschaftlichen Grundwiderspruch aufs Tablett heben, indem er die Eigentumsfrage aufwirft. Dafür ist er nicht angetreten, dafür steht die Demokratische Partei explizit nicht. Joe Biden war von seiner Partei nicht zuletzt deshalb als Präsidentschaftskandidat ins Rennen geschickt worden, weil er genau nicht den Entwurf des Green New Deal aus der Feder unter anderem seiner Parteikollegin Alexandria Ocasio-Cortez gutgeheißen hat. Darin wurde zwar die Eigentumsfrage ebenfalls nicht gestellt - die Produktionsmittel sollten weiterhin in privater Hand bleiben und Lohnarbeit sollte verrichtet werden -, aber er enthielt einen Hauch sozialistischer Vorstellungen. Das aber ist ein rotes Tuch für alle, die mit Zähnen und Klauen ihre Freiheit, zu Lasten anderer leben zu dürfen, verteidigen. Und der US-Kongreß ist ein Club der Millionäre und Milliardäre, die eine Menge zu verteidigen haben ...

Wenn heute vom Green New Deal der US-Regierung die Rede ist, spricht man von einer verwässerten, vor allem in Hinsicht auf den sowieso schon spärlich entwickelten Ansatz einer gesellschaftlichen Umverteilung

von oben nach unten entschärften, mithin industriefreundlichen Version. Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris setzen beispielsweise auf den Bau neuer, kleinmaßstäblicher Atomkraftwerke, da diese angeblich keine Treibhausgase emittieren. Bei dieser Behauptung wird, abgesehen von Sicherheitsaspekten, auch der hohe Ressourcenverbrauch in der Vor- und Nachkette der Akws ignoriert.

Ebenfalls nur mit einem energieaufwendigen Abbau von Unmengen an Rohstoffen ist die geplante Umrüstung des Individualverkehrs von benzin- und diesel- auf elektrisch betriebene Autos verbunden. Die benötigen so viel Strom, daß schon allein deswegen mit einer Renaissance der Atomenergie zu rechnen ist. Die US-amerikanische Autoindustrie soll die Nummer eins in der Welt werden. "Buy American" (Kauft amerikanisch) wird den Menschen per Anordnung des Präsidenten (Executive Order) Biden auferlegt. Eine Million Arbeitsplätze sollen in der Autoindustrie geschaffen und 650.000 Regierungsautos durch heimische Elektroautos ersetzt werden.

Mehr als 100 umweltrelevante Maßnahmen hat der am 20. Januar vereidigte Biden binnen weniger Tage ergriffen, um die destruktive Umweltpolitik seines Vorgängers rückgängig zu machen, darunter dessen Aus-

stieg aus dem Klimaschutzübereinkommen von Paris. Der Weiterbau der umstrittenen Pipeline Keystone XL wurde ebenso gestoppt wie die Erlaubnis zur Förderung von Erdöl in der Arktis. Außerdem soll die behördenübergreifende Arbeitsgruppe zur Frage der sozialen Kosten von Treibhausgasen wieder eingesetzt werden. Als Kostenfaktoren sollen dann auch Klimarisiken, Umweltgerechtigkeit und generationenübergreifende Gleichheit berücksichtigt werden.

Bis zum Jahr 2050 wollen die USA "kohlenstoffneutral" werden, also rechnerisch nicht mehr Treibhausgase emittieren, also aufgefangen bzw. gebunden (beispielsweise durch Aufforstung) werden. Insofern kann man es niemandem verdenken, wenn sie oder er froh über den Machtwechsel im Weißen Haus ist. Aber wie der Begriff "Machtwechsel" schon sagt: Es wird ein Wechsel der (gesellschaftlichen) Macht angestrebt, nicht deren Abschaffung.

Nehmen wir einmal das 2016 in Kraft getretene Klimaschutzabkommen von Paris. Was als historische Errungenschaft der Menschheit abgefeiert wurde, erweist sich als Potemkinsches Dorf. Hinter dessen Fassade bestehen die elenden Verhältnisse fort. Die Klimawissenschaft sagt eindeutig, daß bei der in der französischen Hauptstadt vereinbarten Höchstgrenze der globalen Erwärmung von zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit viel mehr Menschen an den Folgen sterben und die Schäden viel schwerwiegender sein werden als beim Einhal-

ten der 1,5-Grad-Grenze. Zudem besteht die Gefahr, daß bei zwei Grad Celsius Erwärmung Kipunkte in einem oder mehreren Natursystemen überschritten werden und der Klimawandel dann gar nicht mehr aufgehalten werden kann. Inzwischen wurden bereits 1,2 Grad Erwärmung in Anspruch genommen, eine Entwicklung, die lediglich in Folge der Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie gebremst wurde. Doch alle Welt will wieder zurück zu den früheren Verhältnissen - Klimaschutz bleibt somit ein Lippenbekenntnis.

Jedes Zehntel Grad Erwärmung "zählt", das heißt, deren Folgen werden schwerwiegender sein. Doch allein nur die Summe der nationalen Zusagen der Unterzeichnerstaaten des Pariser Abkommens, was sie an Treibhausgasemissionen einsparen wollen, würde eine Welt entstehen lassen, die mehr als 3,0 Grad Celsius wärmer ist. Eine existentielle Bedrohung für Millionen Menschen! Wenn man jetzt bedenkt, daß viele Staaten noch nicht einmal ihre Zusagen einhalten und die US-Regierung als eine der Hauptverantwortlichen für den Klimawandel die letzten vier Jahre das Gegenteil von Klimaschutz betrieben hat, wird deutlich, daß die Klimaschutzpolitik Joe Bidens unzureichend ist. Sie hebt offensichtlich nicht auf den Schutz der einzelnen ab, sondern ist auf die Bewahrung der vorherrschenden Verteilungsordnung ausgerichtet. Einige Menschen werden mehr, andere weniger unter dem Klimawandel leiden. Eine kleine Gruppe profitiert sogar davon. Auch in Zeiten der allgemeinen Not bleiben deren Privilegien unangetastet.

Ein Multimilliardär wie Jeff Bezos und beispielsweise ein vermögloser indischer Straßenhändler aus der Kaste der Dalits haben vielleicht die gleichen biologischen Merkmale, die sie als Menschen ausweisen. Angesichts der verheerenden Klimawandelfolgen indes beide in die Kategorie "Menschheit" zuzuordnen, hieße, die gravierenden sozialen und gesellschaftlichen Unterschiede der Menschen zu ignorieren und so zu tun, als seien sie bedeutungslos für die Benachteiligten und Verworfenen dieser Welt. Bezos zählt zu einer Gruppe von Menschen, die im Durchschnitt ein mindestens zehn Jahre längeres Leben zur Verfügung haben als die vermöglosen Menschen, die der Wucht der bereits angelaufenen und, um ein Vielfaches gesteigert, bevorstehenden Auswirkungen eines aufgeheizten Planeten überantwortet werden sollen. Um eine Anleihe aus der Welt der Comicstereotypen zu nehmen: Der reichste Mann der Welt schwimmt in seinen angesammelten Golddukaten, wohingegen jenem Dalit das Wasser bis zum Hals steht.

Diese Diskrepanz aufrechtzuerhalten und zu befestigen ist die Realität und Perspektive der Klimapolitik der Vereinigten Staaten von Amerika unter deren 46. Präsidenten Joe Biden.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-762.html>*

## Zum 130. Geburtstag Antonio Gramsci

### *Ein Leninist klassischen Typs, Vertreter des Konzepts der Weltanschauungspartei*

von Gerhard Feldbauer, 25. Januar 2021

Wenn es um die Suche geht, nach der Niederlage 1989/90 einen Weg zu einem neuen sozialistischen Anlauf zu finden als auch der wachsenden faschistischen Gefahr entgegenzutreten, kann es keinen besseren Ratgeber als Antonio Gramsci geben, dessen 130. Geburtstag wir am 22. Januar 2021 begehen. [1] Leistete er doch nach der Niederlage der Linken in den revolutionären Nachkriegskämpfen 1919/20 und der Errichtung der faschistischen Diktatur unter Mussolini im Oktober 1922 einen gewaltigen Beitrag zur Verbreitung und Anwendung des Marxismus-Leninismus, der die von ihm am 21. Januar 1921 mitbegründete kommunistische Partei für den Kampf gegen die faschistische Herrschaft rüstete. Er war keineswegs nur ein Theoretiker, sondern ebenso ein Mann der revolutionären Praxis.

#### **Das Konzept der Weltanschauungspartei**

Entgegen gern verbreiteten Meinungen, er habe sich von Lenin distanziert, war Gramsci "ein Theoretiker der III. Internationale, ein Leninist klassischen Typs, der Vertreter des Konzepts der Weltanschauungspartei", mit dem er uns gerade heute noch "viel zu sagen hat", schrieb Hans Heinz Holz 1991 anlässlich seines 100. Ge-



*Antonio Gramsci um 1920  
Foto: Unknown author,  
Public domain,  
via Wikimedia Commons*

burtstages. Alle Fragen, mit denen sich Gramsci beschäftigte, sind damit verbunden.

Gramsci gehörte zu den führenden Köpfen der revolutionären Linken in der Italienischen Sozialistischen Partei, die während des Ersten Weltkrieges durchsetzten, dass diese als einzige westeuropäische Sektion der II. Internationale Antikriegspositionen bezog. Im August 1917 trat er als einer der Organisatoren an die Spitze des Aufstandes der Turiner Arbeiter gegen Hungersnot und für Frieden. Der reformistisch beherrschte Vorstand der Italienischen Sozialisti-

schen Partei (ISP) wurde abgesetzt und eine neue Leitung mit Gramsci an der Spitze gewählt. Erst nach viertägigen Barrikadenkämpfen, bei denen Hunderte Arbeiter getötet, noch viel mehr verwundet und Tausende verhaftet wurden, gelang es der Armee, die Erhebung niederzuschlagen.

Die linke Fraktion dominierte noch in der Anfangsphase der revolutionären Nachkriegskämpfe die ISP. Deshalb versuchte Gramsci zunächst, in der Partei den Bruch mit dem Opportunismus durchzusetzen und sie in eine revolutionäre, was hieß kommunistische, umzuwandeln. Ausgehend von der Rolle, die Lenin einer Zeitung bei der Schaffung einer marxistischen Partei in Russland als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator beigegeben hatte [2], gründete Gramsci mit weiteren Linken die Zeitschrift *Ordine Nuovo*, deren erste Ausgabe am 1. Mai 1919 erschien. Die Zeitschrift spielte mit den um sie gescharten Kommunisten eine große Rolle bei der Verbreitung der kommunistischen Ideen und bekannte sich zur Kommunistischen Internationale (KI). Ihr revolutionärer Einsatz kam insbesondere bei der Besetzung aller Großbetriebe Norditaliens, der Bildung von Fabrikräten und der Aufstellung bewaffneter Roter Garden zum Ausdruck.

Auf dem XVII. Parteitag der ISP, der am 15. Januar 1921 in Livorno zusammentrat, forderten die Ordinuvisten den Ausschluss der Reformisten aus der Partei. Als die Zentristen das ablehnten, verließen sie den Parteitag und konstituierten sich am 21. Januar zur Kommunistischen Partei. [3] Nach der Parteigründung setzte Gramsci sich zunächst mit dem Linkssektierertum und der Massenentfremdung der Führungsgruppe um Amadeo Bordiga auseinander. Nachdrückliche Impulse dazu vermittelte die Matteotti-Krise [4] 1924/25, die das Mussoliniregime an den Rand des Sturzes brachte. Dass er nicht gelang, war wesentlich darauf zurückzuführen, dass Gramscis Linie in der Partei noch keinen Widerhall gefunden hatte. Die Italienische Kommunistische Partei (IKP) forderte eine Arbeiter- und Bauernregierung, was die bürgerliche Opposition ausschloss.



*Amadeo Bordiga, erster Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens - Zeichnung des sowjetischen Künstlers Isaak Brodsky von 1920*  
 Graphik: Isaak Brodsky, Public domain, via Wikimedia Commons

Gramsci erarbeitete als erster in der kommunistischen Weltbewegung eine Analyse des an die Macht gekommenen Faschismus. [5] Er legte die Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise bloß und schätzte ein, dass der "Faschismus als Instrument einer Industrie-Agraroligarchie (handelt), um in den Händen des Kapitals die Kontrolle des gesamten Reichtums des Landes zu konzentrieren." Er hielt fest, dass "die herrschende Klasse in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern politische und organisatorische Reserven besitzt, die sie z. B. in Russland nicht hatte", so auch "schwerste Wirtschaftskrisen keine unmittelbare Rückwirkung auf das politische Leben" hatten. Das schloss ein, dass die Frage der proletarischen Revolution zunächst nicht mehr auf der Tagesordnung stand, die Arbeiterklasse ihre "politische Hegemonie" auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Überzeugung erringen musste, ihr Masseneinfluss voraussetzte, das Sektierertum zu überwinden.

### **Die Konzeption des "Historischen Blocks"**

In seiner These vom "Historischen Block" entwickelte Gramsci ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Mittelschichten und der Intelligenz, in dem er dem Zusammengehen mit den katholischen Volksmassen einen hohen Stellenwert beimaß. Er ging von Lenins Hinweisen für die italienischen Kommunisten auf dem III. KI-Kongress aus, dass Grundlage dafür sein müsse, dass die Partei "die Massen", die "Mehrheit der Arbeiterklasse" gewinnt. [6] Er

betonte, dass die bürgerlichen Bündnispartner des "Historischen Blocks" eigene politische Ziele verfolgten, was Zugeständnisse erfordere. Gleichzeitig erklärte er, was heute meist übersehen wird, es müsse sich um einen "ausgeglichenen Kompromiss" handeln, bei dem die Zugeständnisse der KP "nicht das Wesentliche", nämlich "die entscheidende Rolle (...), die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft" betreffen dürften, worunter er die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Herstellung einer sozialistischen Ordnung verstand. [7] Gramsci verband den Kampf für den Sozialismus mit der Verteidigung bzw. der Eroberung der bürgerlichen Demokratie. Seine Konzeption wurde Bestandteil der "Thesen von Lyon", die der Parteitag 1926 als Parteiprogramm beschloss und Gramsci an Stelle Bordigas zum Generalsekretär wählte.

### **Sozialfaschismusthese abgelehnt**

Gramsci lehnte die auf dem VI. KI-Kongress aufgestellte Sozialfaschismusthese ab, was dazu führte, dass die IKP die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung anerkannte. Ohne diese Haltung wäre es der Partei nicht möglich gewesen, die ISP 1934 für ein Aktionseinheitsabkommen zu gewinnen, das im Juli 1937 während des gemeinsamen Kampfes zur Verteidigung der Spanischen Republik mit einem antiimperialistischen Bekenntnis vertieft wurde. [8]

Für die Verwirklichung der Konzeption Gramscis reifen in den 30er Jahren die Bedingungen her-

an, die im Juli 1943 zum Sturz Mussolinis und danach im April 1944 zum Eintritt der Kommunisten und Sozialisten mit der Democrazia Cristiana (DC) und anderen bürgerlichen Oppositionsparteien in die Regierung des früheren Mussolini-Marschalls Badoglio führte, die damit den Charakter einer antifaschistischen "Koalition des Krieges" gegen Hitlerdeutschland annahm. Erst jetzt wurde eigentlich deutlich, welche überragende Bedeutung die theoretische Leistung Gramscis darstellte.

Unter Bruch seiner Immunität als Abgeordneter wurde Gramsci 1926 verhaftet und im Juni 1928 zu 20 Jahren Kerker verurteilt. Im Gefängnis erarbeitete er ein ungeheures Pensum an theoretischen Erkenntnissen, orientiert auf den praktischen revolutionären Kampf. *Antonio Gramsci im Alter*



von 15 Jahren

Foto: Unknown author,  
Public domain,  
via Wikimedia Commons  
**Mit übermenschlicher**

## Willenskraft

Gramsci, der einen Buckel hatte und von zwerghafter Gestalt war, litt von früher Kindheit an unter einer schwachen Gesundheit. Mit welcher geradezu übermenschlicher Willenskraft er arbeitete, hat der Historiker Giuseppe Fiori in "Das Leben des Antonio Gramsci" (Berlin 2013) geschildert. Gramsci befand sich schon seit 1933 "in einem Prozess des langsamen Sterbens", schreibt Fiori. "Seine Zähne waren ausgefallen und er hatte ein schmerzhaftes Magenleiden. Fortschreitende Lungentuberkulose, Arteriosklerose und Pott'sche Krankheit (eine tuberkulöse Wirbelsäulenentzündung) verursachten unerträgliche Schmerzen." Mit der abgelehnten medizinischen Betreuung und der Weigerung, ihn in ein Gefängnis Krankenhaus zu verlegen, betrieb das Mussolini-Re-

gime systematisch die Ermordung Gramscis. Ohne ärztliche Hilfe "starb er unter schrecklichen Qualen einen langsamen Tod". Versuche, ihn zu einem Gnadengesuch zu bewegen, die nicht nur von Mussolini, sondern auch von seiner Familie und Freunden ausgingen, lehnte Gramsci entschieden ab, da er darin eine Distanzierung vom antifaschistischen Wi-

derstand und eine Auswirkung auf dessen Kampfkraft sah. Trotz dieses Krankheitszustandes arbeitete Gramsci weiter. Aus dem Jahr 1933 stammen die Gefängnishefte 1 (Notizen zu verschiedenen Themen), 2 (Grundlagen der Politik), 4 und 22, (Verschiedenes). [9]

Entgegen gängigen Meinungen, Moskau habe nichts zur Rettung Gramscis getan, führt Fiore an, dass von der UdSSR durch den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, über den italienischen Botschafter in Moskau ein Austausch Gramscis versucht wurde, was Mussolini "schroff abgelehnt" habe.

Fiori geht auch auf die problematische Ehe Gramscis mit Giulia Schucht ein, die er während seines Aufenthaltes als Delegierter bei der Komintern 1922/23 kennenlernte, heiratete und mit der er zwei Söhne hatte. "Er war 31 Jahre alt und zum ersten Mal verliebt", schreibt Fiori, der darlegt, dass Giulia nicht dazu fand, Antonio in den letzten und schwersten Jahren seines Lebens im Kerker auch nur annähernd beizustehen und ihm ein Trost zu sein. Vergeblich wartete Gramsci auf einen Besuch von ihr im Gefängnis, ja oft erhielt er monatelang nicht einmal Post von ihr.

Der Haltung Giulias stellte Fiore die entgegengesetzte ihrer Schwester Tanja gegenüber, die in Italien verblieb und Gramsci aufopferungsvoll zur Seite stand, ihn im Gefängnis besuchte, Literatur besorgte und alles tat, um sein schweres Los etwas zu erleichtern. Menschlich tief ergreifend sind auch die einfühlsamen Briefe Gramscis an seine Söhne

zu lesen (Delio hat er nie gesehen), die er ihnen bis kurz vor seinem Tod schrieb. [10]

Anfang April 1937 wurde der bereits vom Tod gezeichnete Gramsci im Ergebnis einer internationalen Protestbewegung (Teilnehmer Romain Rolland und Henri Barbusse) aus dem Gefängnis entlassen. Er verstarb am 27. April 1937.

*Julia Schucht mit den Söhnen Delio (geb. 1924) and Giuliano (geb. 1926)*



*Foto: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons*

**Anmerkungen:**

[1] Es bedarf wohl keiner Erwähnung, dass das schöpferische Herangehen Beachtung der heute grundsätzlich unterschiedlichen Kampfbedingungen voraussetzt.

[2] LW, Bd. 5, Berlin/DDR, 1958, S. 9 ff.

[3] Sie nannte sich Kommunistische Partei Italiens, Sektion der KI. Nach Auflösung der Komintern führte sie

ab 1943 den Namen Italienische Kommunistische Partei (PCI).

[4] Benannt nach dem Führer der Partei der Einheitssozialisten, der die Verbrechen Mussolinis entlarvte und daraufhin am 10. Juni 1924 von einem Mordkommando entführt und umgebracht wurde.

[5] Diese historisch bedeutsame Leistung hat Palmiro Togliatti in seinem Referat auf dem VII. Kongress der KI im August 1935 (siehe seine Ausgewählten Reden und Aufsätze, Berlin/DDR, 1977) mit keinem Wort er-

wähnt. Da Gramsci - im Gegensatz zu Lenin, der sein Wirken in der Komintern hoch geschätzt hatte - bei Stalin vor allem wegen seiner Ablehnung der Sozialfaschismusthese (s.w.u.) nicht gut angesehen war, wagte Togliatti das offensichtlich nicht.

[6] LW, Bd. 32, Berlin/DDR 1961, S. 491 ff.

[7] Gramsci: Quaderni del Carcere, Turin 1975.

[8] Palmiro Togliatti: Il Partito Comunista Italiano, Rom 1961, S. 81.

[9] Gramsci: Gefängnishefte, Turin 1975.

[10] Gramsci: Gedanken zur Kultur, Leipzig 1987, S. 115 ff.

\*

*Quelle:*

© 2021 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0225.html>

***Geschichtliches und Aktuelles von Gerhard Feldbauer zu Themen um Italien siehe:***

[http://www.schattenblick.de/infopool/europool/ip\\_europool\\_politik\\_italien.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/europool/ip_europool_politik_italien.shtml)

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...*

*Kommentare ... Interviews ...*

*Reportagen ... Textbeiträge ...*

*Dokumente ...*

*Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

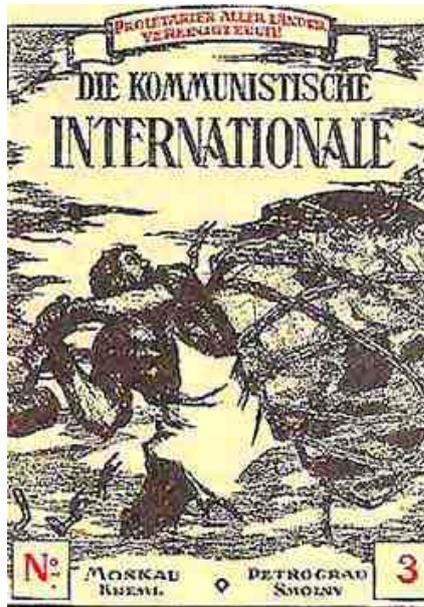
## Antonio Gramscis Kampf um die Umwandlung der Sozialistischen Partei (ISP) in eine "revolutionäre Partei des Proletariats"

### *Ein anderer Weg zur Verwirklichung der Beschlüsse der von Lenin geschaffenen Kommunistischen Internationale*

von Gerhard Feldbauer, 25. Januar 2021

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 lief die übergroße Mehrheit der Führungen der Parteien der Sozialistischen (zweiten) Internationale auf die chauvinistischen Positionen der Vaterlandsverteidigung ihrer Imperialisten über. Die Organisation brach damit zusammen. In dieser Situation trat Lenin auf der Grundlage des Bruchs mit den Opportunisten für die Bildung einer neuen Kommunistischen Internationale ein. Auf einer Beratung der Gruppe der Bolschewiki in Bern vom 6. bis 8. September 1914 nannte er als nächste Aufgabe, "die wahre Bedeutung des Krieges aufzudecken und die von den herrschenden Klassen, den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie, zur Verteidigung des Krieges verbreiteten Lügen, Sophismen und patriotischen Phrasen schonungslos zu entlarven". In seiner Schrift "Der Krieg und die russische Sozialdemokratie", die der Schweizer *Sozialdemokrat* am 1. November 1914 veröffentlichte, schrieb er: "Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen und wird nicht untergehen. Die Arbeitermassen werden trotz aller Hindernisse eine neue Internationale schaffen". [1]

Im Sommer 1915 sah Lenin die Bedingungen für eine Konferenz der



*Die Kommunistische Internationale - theoretisches Magazin der KI*  
Foto: "Comintern" editorial board, Public domain, via Wikimedia Commons

internationalistischen Sozialisten herangereift. Sie fand vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald statt. Der Einladung in das Schweizer Dörfchen folgten 38 Delegierte aus elf Ländern. Es kam zur heftigen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der geschlossenen Gruppe der Internationalisten und revolutionären Marxisten unter Führung Lenins und den Kautzkyanern und ihren Sympathisanten, die der deutsche Sozialdemokrat Georg Ledebour anführte.

### Lenins "Zimmerwalder Linke"

Während der Beratungen bildete Lenin die berühmte "Zimmerwalder Linke", die auf den weiteren Verlauf der revolutionären Antikriegsbewegung großen Einfluss nahm. Der Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich gegen den Krieg zu erheben, endete mit den Worten: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch." Obwohl das Manifest an Inkonsequenz litt (es fehlte die These, dass der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist), trat Lenin dafür ein, es zu unterschreiben. Der "Sozial-Demokrat" zitierte Lenins Begründung in seiner Ausgabe 45/46 vom 11. Oktober 1915: "Es wäre schlechte militärische Taktik, wollte man es ablehnen, gemeinsam mit der wachsenden internationalen Protestbewegung gegen den Sozialchauvinismus zu marschieren, weil sich diese Bewegung langsam entwickelt, weil sie nur einen Schritt vorwärts macht...". Lenin wertete die Zimmerwalder Konferenz als einen ersten Schritt beim Aufbau einer internationalen Bewegung gegen den Krieg. Der Zusammenschluss der revolutionären Sozialisten war für ihn "eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz". [2] Der Beratung in

Zimmerwald folgte vom 24. bis 30. April 1916 eine weitere Tagung im Schweizerischen Kienthal, die die Linie des revolutionären Kampfes gegen den Krieg vertiefte.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution spielte die Zimmerwalder Linke eine wichtige Rolle bei der Gründung kommunistischer Parteien in ihren Ländern und bei der Bildung der Kommunistischen Internationale. Unter ihrem Einfluss erhielt der Kampf der revolutionären Linken gegen Imperialismus und Krieg einen weltweiten Aufschwung. Ende 1918 entstanden kommunistische Parteien in Finnland, Österreich, Ungarn, den Niederlanden und Polen, am 30. Dezember 1918 in Deutschland, im Juli und Dezember 1920 in Großbritannien bzw. Frankreich.

### Die Gründung der Kommunistischen Internationale

Am 2. März 1919 versammelten sich in Moskau 52 Delegierte von 35 kommunistischen Organisationen aus 21 Ländern Europas, Amerikas und Asiens zur Vorbereitung der Gründung der III. Kommunistischen Internationale (Komintern). Am 4. März konstituierte sich die Tagung zum I. (Gründungs) Kongress, der am 6. März zu Ende ging.

### Opportunisten "Agenten des internationalen Imperialismus"

In seinem Referat "Über die Aufgaben der III. Internationale" arbeitete Lenin die zwingende Notwendigkeit des Bruchs mit den Opportunisten heraus. Scho-

nungslos rechnete der Führer der Bolschewiki "mit dem Verrat der Arbeiterführer an der Sache der Arbeiter", "an der Revolution", "am Sozialismus" ab, entlarvte sie als "Agenten des internationalen Imperialismus, die innerhalb der Arbeiterbewegung tätig sind, die in ihr den bürgerlichen Einfluss, die bürgerlichen Ideen, die bürgerliche Lüge und die bürgerliche Demoralisation verbreiten". Gegen sie sei "ein unentwegter und unversöhnlicher Kampf notwendig", um sie "aus der Arbeiterbewegung hinauszujagen". Lenin unterstrich, wir werden "unsere sozialistischen Prinzipien wiederherstellen" und "eine wirkliche aktive Internationale" aufbauen, "die in der Periode der Revolution und des Neuaufbaus, die wir durchschreiten werden, der sozialistischen Bewegung hilft", ihre Aufgaben zu erfüllen. [3]

### Gramscis Weg

Gut zwei Jahre nach der Gründung der KPD bildeten die revolutionären Linken Italiens am 21. Januar 1921 relativ spät die Kommunistische Partei Italiens (PCI), obwohl sie dazu mit ihren starken Positionen bereits 1919 in der Periode der revolutionären Nachkriegskämpfe in der Lage gewesen wären. Das war darauf zurückzuführen, dass Antonio Gramsci zunächst versuchte, die Sozialistische Partei (ISP) in eine "Revolutionäre Partei des Proletariats" umzuwandeln. Obwohl er dabei zunächst auf den Namen "Kommunistische Partei" verzichtete, ging es um den Bruch mit dem Opportunismus und um eine dem politischen Charakter nach kommunistische Partei. Gramsci hatte dazu eine fundierte Analyse vorgenommen, die ergab, dass es dafür zunächst durchaus günstige Bedingungen gab.



*Kunst und Klassenkampf - 'Der Bolschewik', Ölgemälde von Boris Michailowitsch Kustodijew von 1920, Tretyakov Gallery Graphik: Boris Kustodiev, Public domain, via Wikimedia Commons*

### Es fehlte eine vergleichbare Arbeiteraristokratie

Im Ergebnis der relativ spät einsetzenden kapitalistischen Entwicklung hatte sich in Italien die Arbeiterbewegung erst seit An-

fang der 1860er Jahre formiert, was auch dazu führte, dass es dem italienischen Imperialismus auf Grund seines ökonomischen Rückstands nicht gelang, eine beispielsweise mit der in der deutschen Sozialdemokratie vergleichbare Arbeiteraristokratie hervorzubringen, was sich dann besonders im stärkeren Widerstand der Arbeiterbewegung bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges widerspiegelte.

Erst 1892 entstand in Genua die einheitliche Sozialistische Partei [4], aus der 1912 die offenen Reformisten ausgeschlossen wurden. Eine Gruppe gemäßiger Reformisten verblieb in der Partei, wurde aber nicht parteibeherrschend.

Mit rund 250.000 Mitgliedern stieg die ISP 1906 zur drittstärksten Arbeiterpartei Europas auf. Bauernaufstände 1894 auf Sizilien und Barrikadenkämpfe in Mailand 1898 vermittelten lehrreiche Erfahrungen und stärkten die Kampfkraft. 1900 setzte die Partei im Ergebnis eines Generalstreiks in der Industrie- und Hafenstadt Genua das Streikrecht durch. 1904 erzielte die ISP 20 Prozent aller Wählerstimmen, belegte aber auf Grund des reaktionären Wahlsystems in der Abgeordnetenversammlung nur 5 Prozent der Sitze. 1906 entstand der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund Confederazione Generale del Lavoro (CGdL), in dem sich rund 700 Einzelorganisationen mit 250.000 Mitgliedern zusammenschlossen. Das waren Grundlagen dafür, dass die ISP bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges als einzige westeuropäische Sektion der Zweiten Internationale Antikriegspositionen bezog. Ohne den Ausschluss der Reformisten 1912 wäre diese Anti-

kriegshaltung kaum zustande gekommen.

Bereits im Juni 1914 hatten die revolutionären Linken mit machtvollen antimilitaristischen Arbeiteraktionen auf den drohenden Ausbruch eines Weltkrieges aufmerksam gemacht und im ISP-Vorstand und der CGdL einen Aufruf zum Generalstreik durchgesetzt. In Rom, Turin, Mailand, Genua, Florenz und Ancona kam es zu bewaffneten Erhebungen der Arbeiter und zu Barrikadenkämpfen. In den Regionen der Romagna und den Marken riefen die Aufständischen die Republik aus. Bei der Niederschlagung der Aufstände durch über 100.000 Soldaten gab es zahlreiche Tote und Verletzte.

### **Antikriegshaltung der ISP**

Die Antikriegshaltung der ISP trug dazu bei, dass Italien nach einem Wechsel des Bündnisses vom Dreibund Deutschland-Österreich-Ungarn auf die Seite der Entente erst im Mai 1915 in den Krieg eintrat. Mit ihrer Ablehnung der Kriegskredite bewiesen die italienischen Sozialisten außerordentlichen Mut. Denn der Ex-Sozialist Mussolini hatte in seinem von den führenden Kreisen der Rüstungsindustrie (Ettore Conti, Elektroindustrie; Guido Donegani, Chemie; Giovanni Agnelli, Fahrzeugbau, Rüstung; Alberto Pirelli, Reifen und Gummi) finanzierten Kampfblatt "Pòpolo d'Italia" [5] vor der Parlamentsabstimmung über den Kriegseintritt gehetzt, die Abgeordneten, die noch nicht zum Kriegseintritt entschlossen seien - das waren vor allem die Sozialisten - "sollten vor ein Kriegsgericht gestellt werden", für

"das Heil Italiens" seien, wenn notwendig, "einige Dutzend Abgeordnete zu erschießen", andere "ins Zuchthaus zu stecken". [6]

Ihre Antikriegsposition behaupteten die Sozialisten während des ganzen Krieges gegen die Versuche der Reformisten, sie zum Aufgeben zu bewegen. Ihre Haltung bildete, wie Lenin schrieb, "eine Ausnahme für die Epoche der II. Internationale." [7] Die Reformisten hatten bei Kriegsausbruch zunächst neutralistische Positionen bezogen und am 20. Mai 1915 noch gegen die Kriegskredite gestimmt, waren danach auf sozialchauvinistische Positionen übergegangen und hatten den Kriegseintritt unter der Losung des Kampfes der "demokratischen" gegen die "autoritären Staaten" unterstützt. Leonida Bissolati trat als Minister ohne Portefeuille in die Regierung ein. Eine Anzahl sogenannter "gemäßiger Reformisten" unter Filippo Turati [8] verblieb in der ISP und fügte sich bis 1917 der Antikriegsposition der Mehrheit. Als im Oktober/November 1917 deutsch-österreichische Truppen am Monte Grappa und am Piave die italienische Front durchbrachen und die dort stehenden 700.000 kriegsmüden italienischen Soldaten flohen, bezogen auch Turati und eine Anzahl "gemäßiger Reformisten" sozialchauvinistische Positionen und riefen zur Vaterlandsverteidigung auf. Der politisch-militärische Zusammenbruch Deutschlands und Österreichs rettete Italien vor weiteren Desastern. Als Wien am 4. November 1918 bei Padua vor der Entente kapitulierte, gehörte Rom zu den Siegern und forderte seine Kriegsbeute ein. Turati trat gegen den Beschluss des ISP-Vorstandes in die italienische Regie-

rungskommission zur Vorbereitung eines imperialistischen Friedens ein.

Mit Gramsci an der Spitze hatten die Linken im August 1917 die russische Februarrevolution zum Signal der Proteste der Arbeiter gegen Hungersnot und für Frieden genommen. Die Arbeiter setzten den reformistischen Turiner ISP-Vorstand ab und wählten eine neue Leitung mit Gramsci an der Spitze. Die Proteste mündeten wiederum in Barrikadenkämpfe, bei denen Hunderte Arbeiter getötet, noch viel mehr verwundet und Tausende verhaftet wurden. Erst nach vier Tagen gelang es der Armee, die Erhebung niederzuschlagen.

### **Revolutionäre Nachkriegskämpfe**

Der Turiner Aufstand war ein Vorspiel der 1919 einsetzenden revolutionären Nachkriegskämpfe, in denen die linke Fraktion in der ISP zunächst einen vorherrschenden Einfluss ausübte. Die ISP-Führung begrüßte mehrheitlich die russische Oktoberrevolution und beschloss, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Die 1920 sprunghaft zunehmenden revolutionären Arbeiteraktionen bedrohten die Existenz der Herrschaft des Kapitals. Millionen streikten nicht mehr nur, um ihre materielle Lage zu verbessern, sondern für den Sturz der Ausbeuterordnung. Im August/September 1920 besetzten die Arbeiter alle großen Betriebe in Norditalien, wählten Fabrikräte, übernahmen die Leitung der Produktion (die sie trotz Sabotage des größten Teils des techni-

schen Personals durchweg zu 70 Prozent aufrechterhielten) und bildeten bewaffnete Rote Garden zur Verteidigung der Unternehmen. Im Süden nahm die Inbesitznahme von Ländereien der Latifundistas teilweise Massencharakter an. Die Regierung musste durch Dekret das Vorgehen der Bauern legalisieren.

Die reaktionärsten Kreise erkannten die Gefahr und begannen, auf den Ex-Sozialisten Mussolini zu setzen. Im März 1919 gründete dieser zum Kampf gegen die erstarkende revolutionäre Arbeiterbewegung faschistische Kampfverbände, aus denen die faschistische Partei hervorging.

In den Arbeiterkämpfen wurde das Fehlen einer einheitlichen revolutionären Führungskraft immer deutlicher. Die Linken in der ISP versuchten nun, den Reformismus zu überwinden und die Partei auf einer revolutionären Linie zu einigen.

### **Gramscis Kampf mit der Ordine Nuovo**

Nach dem Beispiel der im März 1916 von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderen Linken in Deutschland gegründeten Spartakusgruppe (seit November 1918 Spartakusbund) formierte Gramsci zusammen mit Palmiro Togliatti, Umberto Terracini und Angelo Tasca die revolutionären Linken zur Gruppe Ordine Nuovo (Neue Ordnung), die ab 1. Mai 1919 die gleichnamige Zeitschrift herausgab. Es gelang, neben proletarischen Autoren hervorragende Intellektuelle zur Mitarbeit zu gewinnen. In der "Ordine Nuovo" schrieben neben Arbeiterkorre-

spondenten und Arbeiterdichtern pazifistische Intellektuelle der Weltliteratur wie Romain Rolland, Henri Barbusse, Walt Whitman und Maxim Gorki. Neben kommunistischen Literaten publizierte beispielsweise der brillante liberale Kulturkritiker Piero Gobetti.



*Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - Mitbegründer der deutschen Spartakusgruppe, dem historischen Vorbild der italienischen Gruppe Ordine Nuovoe*  
Foto Luxemburg: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons  
Foto Liebknecht: Copyright G. G. Bain, Public domain, via Wikimedia Commons

Die Ordinuovisten machten zunächst nicht publik, eine neue, eine kommunistische Partei zu gründen, definierten sich jedoch als Kommunisten und ihr Ziel einer sozialistischen Ordnung als kommunistische Gesellschaft. Sie bekannten sich zur Oktoberrevolution, zur Errichtung einer proletarischen Staatsmacht und zur im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale, verbunden mit der Forderung an die ISP, ihr beizutreten. Ihre politisch-organisatorischen Aktivitäten konzentrierte "Ordine Nuovo" auf die norditalienische Bewegung der Fabrikräte mit der Arbeitermetropole Turin. Sie suchte die Räte zu Keimzellen revolutionärer Machtorgane zu entwickeln. Eine der ersten großen Kampfaktionen, auf die Ordine Nuovo Einfluss nahm, war die Teilnahme der italienischen Arbeiter an dem internationalen Proteststreik gegen die ausländische imperialistische Intervention in Sowjetrußland und Räteungarn am 20. und 21. Juli 1919. Der Streik zeigte eine derartige Wirkung, dass die Regierung auf die bereits geplante Entsendung eines 100.000 Mann zählenden Heeres in die erdölbereiche Region Georgien verzichtete. Außerdem zog sie die in Sibirien und im Fernen Osten stehenden italienischen Interventionsstruppen ab.

Auf dem ISP-Parteitag im Oktober 1919 im roten Bologna konnten die Ordinuovisten ihre Forderungen weitgehend im Parteiprogramm durchsetzen. Lenin wertete das als "einen glänzenden Sieg des Kommunismus", wünschte "viel Erfolg" und hielt fest, "das Beispiel der italienischen Partei wird von größter Bedeutung für die ganze Welt sein". Gleichzei-

tig warnte er vor Illusionen. "Die offenen und verkappten Opportunisten, die in der italienischen Partei unter den Parlamentariern so zahlreich sind, werden zweifellos die Beschlüsse des Parteitages von Bologna zu umgehen und zu durchkreuzen versuchen. Der Kampf gegen diese Strömung ist noch längst nicht beendet." [9] Die Warnung bestätigte sich, als die Partei einen Monat später bei den ersten Nachkriegswahlen ihre Stimmen gegenüber 1913 verdreifachte und 156 der insgesamt 508 Sitze in der Abgeordnetenkammer errang. Davon profitierten jedoch vor allem die Reformisten, da sie die meisten Parlamentssitze belegten. Reformisten aber auch Zentristen traten nunmehr offen für einen Kompromiss mit dem Kapital ein. Die Arbeiterkontrolle der Fabrikräte definierten sie als "konstruktive Zusammenarbeit" mit den Unternehmern und wandten sich gegen "re-

volutionäre Aktionen", was bewirkte, dass die Fabrikräte sich auflösten oder mit Hilfe der Polizei zerschlagen wurden. Von ihnen ging keine unmittelbare Gefahr mehr für die kapitalistische Herrschaft aus. Diese drohte von den sprunghaft zunehmenden revolutionären Arbeiteraktionen.

Millionen streikten nicht mehr nur, um ihre materielle Lage zu verbessern, sondern für den Sturz der Ausbeuterordnung. Die Auseinandersetzungen fanden im Klima des von Mussolini mit seinen faschistischen Kampfbünden entfesselten Terrors zur Verhinderung einer möglichen linken Machtergreifung statt.

## Für eine "Partei des revolutionären Proletariats"

Gramsci gab noch nicht auf. Mit einem am 8. Mai 1920 in der Or-

**L'ORDINE NUOVO**  
Rassegna settimanale di cultura socialista

Segretario di Redazione:  
**ANTONIO GRAMSCI**  
11-18 DICEMBRE 1920

Redazione ed Amministrazione: Via Archizzone, 5 - TORINO  
Gli Abbonamenti: (Annuale L. 15; Semestri L. 7,50; trimestrale L. 4) decorrono dal 1° di ogni mese. Per l'estero aggiunta del 50%.  
Abbonamento esemplare L. 20 mensili; L. 8 mensili.

ANNO II. - N. 22

**SOMMARIO**  
Orchestra dell'Ordine Nuovo. - N. 2221. Gli intellettuali e il proletariato. - Soluzione e sfacelo? - G. KINOVIETZ. - L'Internazionale Comunista in Germania. - Idee direttive dei Comunisti.

**Cronache dell' "Ordine Nuovo"**  
Dopo aver parlato, nel Salone della Casa del Popolo, alla messa operaia torinese (—) e la sua conferenza (fratelli 1500 lire alla sottoscrizione dell'Ordine Nuovo) — Henri Barbusse risponde, ad un più ristretto uditorio, il programma e i fini dell'Associazione internazionale Clarté.  
Clarté sostiene la necessità della rivoluzione, sociale che la rivoluzione può essere solo azione specifica della classe operaia, sostiene che la rivoluzione non deve essere intesa in senso « mirale », ma in un preciso senso politico, come fondazione di uno Stato operaio, come governo al potere del proletariato rivoluzionario; Clarté afferma essere il riformismo solo inganno e illusione malefica ed esplicitamente dichiara di riconoscere, come suo alleato nel campo dell'azione politica, il Comunisti internazionale. Perciò Clarté è un movimento di carattere proletario e non può essere trascurato da chiunque pensi nel campo della azione proletaria, nel campo dell'Internazionale Comunista.  
Clarté, fondata su queste basi precise, rappresenta, secondo noi, un tentativo originale per unire nel-

**Gli intellettuali e il proletariato**  
Domenica scorsa la Casa del Popolo di Torino ha ospitato uno degli scrittori più originali e possenti della letteratura francese contemporanea. E' vero che Henri Barbusse non è soltanto un letterato, e che ormai il suo nome è diventato simbolo di quelle fedi e di quelle speranze, che accomitano milioni di cervelli e di cuori in una stessa opera di rinnovazione umana. Ma questo non diminuisce per nulla l'alto significato che assume un avvenimento di tal fatta, quando la nostra riflessione sia capace di penetrarlo. Che infatti un uomo accompagnato da fama ed ammirazione universale, una così delicata anima di poeta e d'artista, che la natura si è piaciuta di arricchire de' suoi più alti doni spirituali si parta dalla sua patria e venuto qui tra noi, invece di ricercare la compagnia delle perle, invece di parlare in un eletto circolo di letterati o di dotti, abbia prima d'ogni altra cosa preferito il rude contatto della massa lavoratrice, abbia quest'ultimo ritemperare se

ne non potrà essere compiuto se essi non si assicurano nello stesso tempo la possibilità di una non meno importante presa di possesso, quella della ricchezza spirituale, accumulata nei tesori della scienza e dell'arte. Questa non meno di quella corre il pericolo d'una spaventevole distruzione, quando nell'imminente crisi mondiale non fossero prese le precauzioni necessarie alla doppia conservazione.

La civiltà è qui come la posta ad un totale naufragio, se gli uomini più interessati a salvarla, ossia i produttori in ogni campo, quelli delle cose utili, come quelli dei pensieri veri e belli, non s'incontrano sullo stesso terreno della restaurazione, non si comprendono, non si uniscono nell'opera comune. Le nostre sorti dipendono da questa alleanza.

Per il momento — senza ipotecare il futuro — il nostro dovere è questo: renderci un conto esatto del rapporto che corre attualmente tra il proletariato, che è senza alcun

Titelseite der Ausgabe der Zeitung L'Ordine Nuovo für den 11. bis 18. Dezember 1920

Foto: Antonio Gramsci (1891-1937), Public domain, via Wikimedia Commons

dine Nuovo veröffentlichten "Programm für die Erneuerung der Sozialistischen Partei" unternahm er einen weiteren Versuch, die ISP in eine "Partei des revolutionären Proletariats", die für "die Zukunft einer kommunistischen Gesellschaft" eintritt, umzugestalten. Es war eine Kompromissformel, mit der er auf den von den Zentristen abgelehnten Namen "Kommunistische Partei" verzichtete. Der Kern der Forderungen blieb jedoch der Bruch mit dem Opportunismus.

### Lenin "über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei"

Lenin billigte das Vorgehen Gramscis. In seiner Rede "über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei" ging er von der Lage in Italien aus, in welcher der Sturz des bürgerlichen Kabinetts und die Bildung einer linken Regierung eine reale Möglichkeit bildete. Für diesen "Sieg der Revolution in Italien" sei unbedingt notwendig, dass "die Vorhut des revolutionären Proletariats in Italien eine wahrhaft kommunistische Partei wird". [10]

Mit dem Programm setzte Gramsci die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale (KI) auf die Tagesordnung, in deren Punkt sieben es hieß: "Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, müssen die Notwendigkeit des vollständigen und absoluten Bruchs mit dem Reformismus und mit der Politik der Zentristen anerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft propagieren". [11]

Gemäß ihrem Programm, das den Hinweisen Lenins entsprach, forderten die Ordnuovisten auf dem XVII. Parteitag der ISP, der am 15. Januar 1921 in Livorno zusammentrat, nach Punkt sieben der 21 Aufnahmebedingungen des II. KI-Kongresses von 1920 den "vollständigen und absoluten Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik der Zentristen". [12] Das lief darauf hinaus, dass die Zentristen sich von den Reformisten trennen und zusammen mit den Ordnuovisten für deren Ausschluss aus der Partei stimmen sollten.

formisten 14.695. Die Ordnuovisten erwarteten, dass Giacinto Menotti Serrati, der sich vor dem Parteitag wiederholt von den Reformisten distanziert hatte, für ihren Ausschluss stimmen würde. Mit dem Argument, die Einheit der Partei zu wahren, lehnten die Zentristen den Ausschluss der Reformisten jedoch ab. Daraufhin verließen die Ordnuovisten am Morgen des 21. Januar geschlossen das Tagungsgebäude im Goldini-Theater und gründeten im Sankt Markus-Theater die Kommunistische Partei. Sie nannte sich Kommunistische Partei Itali-



*Lenin (ganz vorne links) und andere Delegierte des II. Weltkongresses der Komintern am 19. Juli 1920*

*Foto: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons*

### Nach dem Scheitern Gründung der Kommunistischen Partei (IKP)

Auf dem Kongress vertraten die Zentristen 98.028 Mitglieder, Ordine Nuovo 58.783 und die Re-

ens, Sektion der KI. Nach Auflösung der Komintern führte sie ab 1943 den Namen Italienische Kommunistische Partei (IKP).

Zum Generalsekretär wurde Amadeo Bordiga gewählt, der entscheidend zu den Antikriegspositionen der ISP beigetragen hatte. Er setzte sich aktiv für eine revolutionäre Basisarbeit ein, trat jedoch gegen eine Teilnahme an Wahlen auf und lehnte Formen des parlamentarischen Kampfes

ab, da er das bürgerliche Parlament als eine Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung betrachtete. Er verkannte die faschistische Gefahr und die Notwendigkeit der von Gramsci besonders nach dem Machtantritt Mussolinis im Oktober 1922 vertretenen breiten antifaschistischen Bündnispolitik. Wegen seines Sektiererertums und der Massenentfremdung, welche die Haltung der Führungsgruppe der Partei prägten, wurde er 1926 aus dem Zentralkomitee (ZK) ausgeschlossen. Sein Nachfolge als Generalsekretär trat Gramsci an. Zu den 15 ZK-Mitgliedern gehörten Gramsci, Tasca [13] und Terracini [14]. Unmittelbar nach dem Parteitag schlossen sich 35.000 der insgesamt 41.000 Jungsozialisten der IKP an, die so auf fast 100.000 Mitglieder anwuchs. Serrati korrigierte später seine Haltung, wurde Führer der Terzinternationalisten, welche die ISP an die KI annähern wollten, brach 1924 mit den Reformisten und trat der IKP bei, die ihn in ihr Zentralkomitee aufnahm. [15]

### **Herausragendes Ereignis in der westeuropäischen Arbeiterbewegung**

Das Entstehen einer kommunistischen Partei in Italien, einem Land, das auf Jahrzehnte revolutionärer Arbeiterkämpfe zurückblickte, war nach der Bildung der deutschen KPD das herausragende Ereignis in der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

Gramsci ist oft nachgesagt worden, er habe die Trennung von den Reformisten als einen großen Fehler gesehen. Das entstellt seine Haltung. Tatsächlich sah er im

Misslingen seiner Konzeption der Umwandlung der ISP in eine revolutionäre Partei des Proletariats "den größten Triumph der Reaktion". [16] Die Trennung bezeichnete er auf dem Parteitag in Lyon in gewisser Weise als eine Bedingung für das spätere Zusammengehen mit den Sozialisten gemäß dem Hinweis, den Lenin Serrati gegeben hatte: "Trennt euch von Turati, und danach verbündet euch mit ihm!". Gramsci schätzte grundsätzlich ein, "dass unsere Partei mit ihrem Entstehen endgültig das historische Problem der Bildung der Partei des italienischen Proletariats gelöst hatte." In dieser Auffassung bestärkten ihn die Erfahrungen der Räterevolution in Ungarn, wo er im Zusammenschluss der Kommunisten und Sozialdemokraten einen Faktor sah, der zur Niederlage beitrug. Darüber hinaus wäre es ohne die Gründung der IKP nicht möglich gewesen, eine revolutionäre Strategie der Arbeiterklasse als entscheidende Grundlage des Kampfes, der zum Sturz Mussolinis und zur Niederlage des Faschismus führte, zu erarbeiten.

#### *Anmerkungen:*

[1] Werke, Bd. 21, Berlin/DDR 1960, S. 20.

[2] "Ein erster Schritt", ebd., S. 394.

[3] Bd. 29, Berlin/DDR, 1961, S. 485-504.

[4] Sie nannte sich zunächst Partei der italienischen Arbeiter. Den Namen Italienische Sozialistische Partei (ISP) nahm sie erst 1893 an.

[5] Alan Friedmann: Das Gesicht der Macht, München 1989, S. 47 ff.

[6] Georg Scheuer: Genosse Mussolini, Wien 1985, S. 43.

[7] Bd. 21, S. 100.

[8] Während Turati einen gemäßigten Reformismus für geraten hielt, stieg Bissolati zu dessen exponiertem Vertreter auf. Er orientierte sich an Eduard Bernstein und Karl Kautzky, trat offen für eine Revision des Marxismus ein und bekannte sich zur Solidarität mit dem bürgerlichen Staat "mit intelligenter und moderner Bourgeoisie".

[9] An Genossen Serrati und die italienischen Kommunisten überhaupt. Bd. 30, Berlin/DDR 1961, S. 75.

[10] Bd. 31, Berlin/DDR 1959, S. 373-385.

[11] Werke, Bd. 31, S. 196.

[12] Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, in: 31, S. 196.

[13] Tasca nahm 1922 am IV. Kongress der Komintern teil, wurde danach Mitglied des Sekretariats des ZK der IKP, auf dem VI. KI-Kongress in deren Sekretariat berufen. 1929 mit Begründung der Fraktionsbildung (Tasca-Gruppe) und Anhänger Bucharins aus der IKP ausgeschlossen. Befasste sich danach in Frankreich mit Faschismusforschung und schrieb das bedeutende Werk "Aufstieg des Faschismus in Italien". Er blieb, wie Ignazio Silone im Vorwort dazu schrieb, "ein Sozialist der alten Garde" und hat sich nie zu Denunziationen gegenüber der IKP oder der kommunistischen Bewegung hergegeben.

[14] Terracini war Delegierter zum III. KI-Kongress. Von Mussolinis Sondertribunal 1926 zu 20 Jahren Kerker verurteilt, aktiv in der Resistenza, 1947 Präsident der Konstituente. Bis zu seinem Tod 1983 Mitglied des Senats.

## Italienische Kommunistische Partei bestätigte 1926 Gramscis Kampfkonzept gegen die Mussolini-Diktatur

von Gerhard Feldbauer, 25. Januar 2021

**Vor 95 Jahren leitete der in Lyon illegal tagende Kongress der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP) eine strategische Wende ein**

**1926 bestätigte der Kongress Antonio Gramscis Konzeption des Kampfes gegen die 1922 errichtete faschistische Diktatur Mussolinis und wählte ihn zum Generalsekretär**

Vor 95 Jahren, am 23. Januar 1926, begannen in Lyon die illegalen Beratungen des III. Parteitages der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP), die eine



Die Gefängnishefte Antonio Gramscis - hier eine Vielzahl seiner in der Haft geschriebenen Notizbücher

Foto: Antonio Gramsci, Public domain, via Wikimedia Commons

Fortsetzung von Seite 25:

[15] Antonio Gramsci: Zur Politik, Geschichte und Kultur, Frankfurt/Main 1986, S. 362.

[16] Palmiro Togliatti: Reden und Schriften, Frankfurt/Main 1967, S. 165, 183.

[17] Gramsci, a. a. O., S. 165.

\*

Quelle:

© 2021 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des  
Autors

[http://www.schattenblick.de/  
infopool/geist/history/  
ggmm0226.html](http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0226.html)

strategische Wende im Kampf der Partei gegen den mit Mussolinis "Marsch auf Rom" im Oktober 1922 erfolgten Machtantritt des Faschismus einleiteten. 90,8 Prozent der Delegierten beschlossen die von Antonio Gramsci ausgearbeiteten "Thesen von Lyon" als Parteiprogramm und wählten ihn als Nachfolger von Amadeo Bordiga zum Generalsekretär. Bei der Gründung der IKP am 21. Januar 1921 war kein Programm beschlossen worden, da die Trennung von den Sozialisten nicht geplant war. Auf dem II. Parteitag im März 1922 in Rom war ein Programm vor allem wegen der Meinungsverschiedenheiten zur faschistischen Gefahr nicht zustande gekommen. Der auf dem Grün-

dungskongress zum Generalsekretär gewählte Amadeo Bordiga war der Ansicht gewesen, "die Bourgeoisie wünsche keine Änderung ihres politischen Systems" und werde "den Parlamentarismus verteidigen". Gramsci dagegen hatte den Faschismus als eine "degenerierte Kraft der Bourgeoisie", als eine "bewaffnete Garantie des Klassenstaates" und "Phänomen der bourgeoisen Reaktion" eingeschätzt und vor einem "Staatsstreich der Faschisten" gewarnt.

### Die Erringung der Hegemonie

Ende 1923 kehrte Gramsci aus Moskau zurück, wo er seit März 1922 Vertreter der IKP im Exeku-

tivkomitee der Komintern war. Lange vor deren VII. Weltkongress erarbeitete er als Erster Grundsätze einer Analyse des Faschismus und die für seinen Sturz erforderliche nationale Bündniskonzeption und erwies sich damit, wie Domenico Losurdo schrieb, als "ein kommunistischer Führer ersten Ranges" (Der Marxismus Antonio Gramsci. Hamburg 2000).

Gramsci zeigte die Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise auf und definierte den "Faschismus als Instrument einer Industrie-Agraroligarchie", die in ihren Händen "die Kontrolle des gesamten Reichtums des Landes" konzentriert. Die herrschende Klasse besitze "in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern politische und organisatorische Reserven, die sie z. B. in Russland nicht hatte". Das bedeute, dass "auch schwerste Wirtschaftskrisen keine unmittelbare Rückwirkung auf das politische Leben haben, sondern die Politik immer eine Verspätung, eine große Verspätung gegenüber der ökonomischen Entwicklung aufweist". Diese Situation erfordere "von der revolutionären Partei eine sehr viel komplexere Strategie und Taktik, die weit von der entfernt ist, die für die Bolschewiki zwischen März und November 1917 notwendig war".

Den entscheidenden Anstoß dazu hatte die Matteotti-Krise gegeben. So benannt nach dem Führer der Einheitssozialisten (SEP), der die von Mussolini begangenen Verbrechen während der 1924 inszenierten Parlamentswahlen, die ihm eine Mehrheit sicherten, in der Öffentlichkeit unerschrocken anprangerte und forderte, diese für ungültig zu erklären. Am 10.

Juni überfiel daraufhin ein Mordkommando Matteotti auf offener Straße, verschleppte und ermordete ihn. Der ungeheuerliche Mord steigerte den Widerstand auf der Straße und im Parlament. Die IKP schlug der Italienischen Sozialistischen Partei (ISP) und der SEP sowie den Gewerkschaften einen Generalstreik vor und forderte: Weg mit der Regierung der Mörder! Entwaffnung der faschistischen Garden! Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung! Die Losung nach einer Arbeiter- und Bauernregierung schloss die bürgerliche Opposition faktisch aus. Der Vorschlag wurde zurückgewiesen.



*Giacomo Matteotti, 1924 von italienischen Faschisten ermordet Foto: unknown (original uploader: Xylon), Public domain, via Wikimedia Commons*

Daraus schlußfolgernd konzipierte Gramsci, dass nach der Machtergreifung des Faschismus die proletarische Revolution zunächst nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Die Arbeiterklasse ihre "politische Hegemonie"

auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Überzeugung erringen müsse. Ihr Masseneinfluss setze voraus, das Sektierertum zu überwinden. Auch müsse sie die Eigenständigkeit der Bündnispartner respektieren. Gramsci verband den Kampf für den Sozialismus mit der Verteidigung bzw. der Eroberung der Demokratie.

### Der Blòco stòrico

Den Kern der Bündnispolitik Gramscis bildete seine These vom "Historischen Block", die er später aus dem Kerker heraus vollständigte. "In keinem Land ist das Proletariat in der Lage, allein die Macht zu erobern und aus eigener Kraft zu behaupten. Es muss sich also Verbündete schaffen, das heißt, es muss eine solche Politik betreiben, die es ihm erlaubt, sich an die Spitze der anderen Klassen, die antikapitalistische Interessen haben, zu stellen und sie in den Kampf zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft führen." Ausgehend vom Bündnis der Arbeiter und Bauern entwarf Gramsci ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit den Mittelschichten und der Intelligenz, in dem er dem Zusammengehen mit den katholischen Volksmassen einen hohen Stellenwert beimaß. Er ging von Lenins Hinweisen für die italienischen Kommunisten auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale (KI) aus, dass die Partei im revolutionären Kampf "die Massen", die "Mehrheit der Arbeiterklasse" gewinnt.

Gramsci hielt fest, dass die bürgerlichen Bündnispartner des "Historischen Blocks" eigene politische Ziele verfolgen, was sei-

tens der KP Zugeständnisse erforderlich. In seinen Gefängnisheften präzierte er später, was oft übersehen wird, es müsse sich um einen "ausgeglichenen Kompromiss" handeln, bei dem die Zugeständnisse der KP "nicht das Wesentliche", nämlich "die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft" betreffen dürften, worunter er die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Errichtung einer sozialistischen Ordnung verstand. Das zu verstehen war bzw. ist, wie Losurdo hervorhob, für das Proletariat besonders schwierig, weil es sich um Schichten handelt, die zwar die politische Macht verloren hatten, aber weiterhin eindeutig über bessere Lebensbedingungen und sogar skandalöse Privilegien verfügten.

Zur Grundlage dieses antifaschistischen Bündnisses wurde das 1934 mit der ISP geschlossene Aktionseinheitsabkommen, wofür Gramsci mit der Ablehnung der 1928 vom VI.-KI-Kongress aufgestellten Sozialfaschismus-These die Voraussetzungen geschaffen hatte. Die IKP hatte der These zunächst, wenn auch sehr zögernd, zugestimmt, sie aber in der Praxis nicht angewandt.

### Was verwirklicht wurde

Unter Palmiro Togliatti, seit Gramscis Verhaftung im November 1926 amtierender Generalsekretär und nach dessen Tod 1937 sein Nachfolger, wuchs auf der Basis dieser Bündniskonzeption in den 30er Jahren Schritt um Schritt der antifaschistische Widerstand an. Das 1937 während des gemeinsamen Kampfes zur Verteidigung der Spanischen Re-



*Palmiro Togliatti (um 1920)*

*Foto: Unknown author,  
Public domain,  
via Wikimedia Commons*

publik gegen die von Mussolini-Italien und Hitler-Deutschland unterstützten Franco-Faschisten erneuerte Aktionseinheitsabkommen zwischen Kommunisten und Sozialisten beeinflusste die Haltung des bürgerlich oppositionellen Lagers und mit der 1942 beginnenden Krise des Faschismus auch herrschende Kreise des Landes. Im Herbst 1942 bildeten verschiedene antifaschistische Gruppen mit der IKP und ISP ein Komitee der nationalen Einheit.

Nach dem Sturz Mussolinis schlossen sich die bürgerlichen Parteien dem von der IKP initiierten Nationalen Befreiungskomitee (CLN) an, das IKP und ISP dominierten. Mit der im April 1944 mit den CLN-Parteien gebildeten Nationalen Einheitsregierung (Wende von Salerno) wurde Gramscis *Blòco storico* in einer größeren Dimension verwirklicht, als sein Theoretiker ihn konzipiert hatte. Dabei folgte Togliatti Stalin, der nach dem Überfall auf die UdSSR die Parteien der Komintern im Interesse einer

Antihitlerkoalition angewiesen hatte, "die Frage der sozialistischen Revolution nicht aufzuwerfen".

\*

*Quelle:*

© 2021 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung  
des Autors

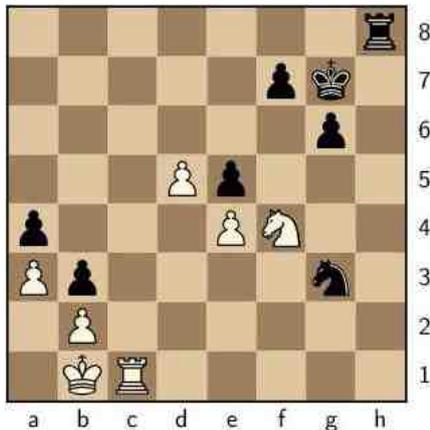
*<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0227.html>*

## SCHACH - SPHINX

### Wenn die Zahl der Steine sinkt

(SB) - Es mutet seltsam an, wenn Schachmeister behaupten, daß die Reinfälle tiefer stürzen, je weniger Figuren auf dem Schachbrett stehen. Kann das angehen oder soll nur der Verstand auf die Probe gestellt werden? Kann es wirklich sein, daß die Kraft der Züge zunimmt, wenn die Zahl der Steine sinkt? Man braucht indes kein Geheimnis zu beschwören, die Vernunft bringt es an den Tag. Weniger Figuren heißt zugleich weniger Hindernis, um die Wirkung von einzelnen Zügen so zu potenzieren, daß die gegnerische Stellung, wie von einer Lawine getroffen, weggerissen wird. Zur Anschauung diene die Partie zwischen Szabó und Dozsa aus der Ungarischen Meisterschaft von 1962. Dozsa hatte, ahnungslos für die latenten Gefahren einer reduzierten Stellung, zuletzt 1...e6-e5 gezogen. Er fühlte sich in seiner Haut geradezu vergnügt, ohne zu

wissen, daß das Unheil bereits seinen Schatten aufs Brett warf. Im Gegenzug zeigte sich Szabó siegessicherer, je mehr Material abgetauscht wurde. Auch im heutigen Rätsel der Sphinx gilt, Wanderer: Weniger ist mehr.



Szabó - Dozsa  
Ungarn 1962

#### Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Christoffel hatte gründlich nachgedacht und nach 1.a4-a5+! Kb6xa5 2.Tc7-b7! f5-f4+ 3.Ke3-e4 Sd4-b5 die verblüffende Pointe 4.Tc3-a3+!! aus dem Hut gezaubert. Müller mußte kapitulieren, denn nach 4...Sb5xa3 5.b2-b4+ Ka5-a4 6.Sd3-c5# wird seine Majestät Matt.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07313.html>

Täglich eine neue  
Schach-Sphinx unter:

[http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip\\_schach\\_schach\\_schach\\_sphinx.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml)

## BILDUNG UND KULTUR / FAKTEN / SPRACHE

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### "Sprache ist Kultur" - und Berlin spricht viele Sprachen

***Wir machen uns in diesem Beitrag auf die Suche nach jungen und älteren Menschen, die ihren Alltag in zwei Sprachen gestalten.***

*von Antje Vieth und Carlos Ramos*



Szene aus dem Theaterstück  
'Britta die kleine Ratte'  
von Rotonda Teatro  
Foto: © Rotonda Teatro

(Berlin, 16. Dezember 2020, npla).- In Berlin wachsen etwa ein Drittel der Kinder mit zwei oder mehr Sprachen auf. Denn Berlin spricht viele Sprachen: Deutsch führt die Liste an, gefolgt von Türkisch, Arabisch, Russisch und Englisch. Aber auch Spanisch, oft mit lateinamerikanischer Prägung, ist im Alltag und in den verschiedensten Lebensbereichen zu hören. Wir machen uns in diesem Beitrag auf die Suche nach jungen und älteren Men-

schen, die ihren Alltag in zwei Sprachen gestalten: beim Arbeiten, in der Schule, in ihrer Freizeit oder auf dem Spielplatz. Zweisprachige Kinder werden immer noch mit Stereotypen konfrontiert. Sie würden keine Sprache richtig lernen, Kinder würden später sprechen lernen etc. Dabei stellen monolinguale Menschen - also jene, die nur eine Sprache sprechen - global wohl die Minderheit dar. Barcelona zum Beispiel ist zweisprachig (Katalanisch und Spanisch), auch die Schweiz hat offiziell vier Sprachen. In Südafrika gibt es sogar elf Amtssprachen. Das Land mit den aller meisten Sprachen ist Pa-

pua-Neuguinea: Sieben Millionen Einwohner\*innen teilen sich hier mehr als 850 Sprachen. Viele haben allerdings weniger als 1.000 Sprecher\*innen und sind vom Aussterben bedroht.

### Zweisprachige Schulen

Nagore Soroa ist Grundschullehrerin an einer Europaschule in Berlin-Kreuzberg. Sie selbst ist als Baskin zweisprachig aufgewachsen. Eine Sprache, sagt sie, sei viel mehr als eine Sprache, dahinter stehe eine ganze Kultur. Von sich selbst erzählt sie, dass sie ganz klar baskisch erzogen wurde. Sie spreche nicht nur Baskisch, sie ist baskisch. Ihr wurde von Anfang an klar gemacht: Wenn sie ihre Sprache nicht sprechen, wird sie sterben. Es ist also auch ihre Verantwortung, die Sprache am Leben zu halten. Die ersten Babywörter mussten Baskisch sein. Im Baskenland dreht es sich neben den sozialen Bewegungen und der Politik auch sehr viel um Sprache.

In Berlin gibt es viele zweisprachige Schulen, vor allem für europäische Sprachen: Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, auch Türkisch - viel gesprochen, aber vielfach negativ besetzte Sprachen wie Arabisch bisher nicht. Dabei ist weithin bekannt, dass der Zugang zu Sprache für alle Klischees aufbricht. Diese Erfahrung gibt Nagore Soroa auch an ihre Schüler\*innen weiter: "Es ist für uns alle sehr bereichernd, unterschiedliche Sprachen in den Straßen zu hören - für die Kinder, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes. Es gibt Debatten um Mehrsprachigkeit und Menschen, die das unterstützen."

### Die Theatergruppe Rotonda Teatro geht spielerisch mit Sprache und Zweisprachigkeit um

María Ruiz Larrea und Raquel Rivze kommen beide aus Barcelona und leben seit über 15 Jahren in Berlin. Ihre Leidenschaft für Theater und ein Alltag in mehreren Sprachen verbindet sie. So gründeten sie vor knapp zehn Jahren die Theatergruppe Rotonda Teatro. Angefangen haben sie mit Theater für Erwachsene, aber das, was eigentlich gut lief, war das Kindertheater, erzählt María. Und so richteten sie sich immer mehr



an ein junges Publikum. Sie hatten alle ihre kindlichen Anteile und ihre Zweisprachigkeit war das, was sie von den anderen Theatergruppen der Stadt unterschied.

Raquel ergänzt, dass es anfangs nicht leicht war. Doch dann fanden sie mehr Verbreitung und wurden immer besser. Ihre Aufführungen wurden zu einem Treffpunkt für zweisprachige Familien. Und so brachten sie das nächste Stück heraus und

das nächste... bis heute ist das so geblieben. Sie achten darauf, dass die Stücke nicht nur für zweisprachige Familien verständlich sind, dass sie zum Beispiel auch die Großeltern verstehen, die nur deutsch können. Sie gehen spielerisch mit der Sprache und der Zweisprachigkeit um. So zum Beispiel in ihrem beliebten Stück 'Britta, die kleine Ratte'. "Man kann mit Sprache spielen und am Ende ist Sprache Kultur. Das gleiche Wort kann in verschiedenen Sprachen sehr unterschiedliche Bedeutungen haben", erzählt uns María.

*Britta, die kleine Ratte*  
Foto: © Rotonda Teatro

### Zweisprachige Familien

Ani ist Argentinierin und arbeitet bei der Organisation Mamis en Movimiento in Berlin. Ein kleiner Verein, der Kulturangebote für zweisprachige Familien schafft. Sie selbst wuchs zweisprachig auf: Spanisch und Englisch. Ihre beiden Kinder sprechen deutsch und spanisch. Mit ihrem Partner redet sie Englisch. Auch sie emp-

findet die Mehrsprachigkeit als eine große Bereicherung. "Ich genieße die Möglichkeiten, die die Sprachen mit sich bringen. Hinter einer Sprache kannst du neue Welten entdecken, nicht nur die in der du jetzt, in diesem Moment bist", schwärmt sie. Mit ihrem Partner benutzen die beiden weiterhin Englisch als Hauptsprache, besonders dann, wenn es wichtig ist, den anderen sehr genau zu verstehen. Sie selbst ist es gewohnt zu wechseln, innerhalb einer Unterhaltung, sogar innerhalb eines Satzes... Diesen Wechsel, mit dem sie aufgewachsen ist und den auch ihre beiden Kinder machen, kann ihr Partner nicht, weil er einsprachig aufgewachsen ist. Es ist für ihn sehr schwer diesen schnellen Wechsel nachzuvollziehen.

### Warum Mehrsprachigkeit nicht einfach als Jackpot betrachten?

Immer noch wird viel über die Zwei- oder Mehrsprachigkeit, mit der Kinder aufwachsen, diskutiert, in Kinderarztpraxen, in Kitas und Schulen. Sollte man das überhaupt problematisieren und nicht einfach als Jackpot betrachten? Während das Theater mit den Sprachen spielt, bei Anis Familie ein munteres Sprachgemisch am Abendbrottisch entsteht, plädiert Nagore Soroa dafür, bei einer Sprache zu bleiben: "Ich bin da vielleicht konservativ, weil ich glaube, dass es tatsächlich wichtig ist, die Eindeutigkeit beizubehalten und den Kindern eine klare Nachricht zu senden. Zum Beispiel: Ich möchte mit dir in genau dieser Sprache sprechen."

Egal ob Sprachmischmasch, klare Aufteilung, gezieltes Lernen oder spielerischer Umgang. Wichtig ist, dass wir Lust haben miteinander zu kommunizieren. Ursula Fischer ist Logopädin und leitet eine Praxis in Berlin, die vor allem mit Kindern arbeitet. Seit vielen Jahren begleitet sie mehrsprachige Kinder. Sie fasst für uns ihre wichtigsten Erfahrungen zusammen: "Für mich ist das Vertrauen der Eltern zu ihren Kindern am wichtigsten. Und, dass sie in die Kommunikation ihrer Kinder vertrauen, wie sie die Welt sehen und was sie für Träume haben, darüber unterhalten sich Kinder gerne und das liegt eben gar nicht an der Sprache, in der man spricht." Die Logopädin plädiert für das Vertrauen von Eltern darein, dass Kinder unglaublich flexibel sind, sich auf andere Welten einzulassen - und, dass Eltern von ihren Kindern sehr viel mitnehmen können in Bezug auf die Flexibilität des Neuen und des Andersartigen.

### Alltagsentscheidungen

Dann muss das ganze ja auch in den Alltag passen. Ani berichtet, dass ihr großer Sohn gerade mit der Schule begonnen hat und die Diskussion war, ob er auf eine zweisprachige Schule geht oder die Einzugsschule nimmt. Natürlich will die Familie, dass er beide Sprachen fließend lernt und das geht eben nur auf einer zweisprachigen Schule. Für den Familienalltag war allerdings der Preis zu hoch, ihn jeden morgen durch die halbe Stadt zu fahren. Nun geht er auf eine Schule im Kiez.

### Anmerkungen:

Zu diesem Text gibt es auch einen Audiobeitrag!

<https://www.npla.de/thema/kultur-medien/hola-my-friend-ca-va-und-du-berlin-spricht-viele-sprachen/>

*Mehr Informationen findet ihr bei Mamis en Movimiento & Rotonda Teatro*

<https://www.mamisenmovimiento.de/>

<http://rotondateatro.org/language/de/>

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/thema/kultur-medien/am-ende-ist-sprache-kultur-und-berlin-spricht-viele-sprachen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



*Quelle:*

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/fakten/bkfs1025.html>

**BUCH / SACHBUCH / REZENSION**

*Bill McKibben*

**Die taumelnde Welt**

***Wofür wir im 21. Jahrhundert kämpfen müssen***

*Bill McKibben*  
**Die taumelnde Welt**  
***Wofür wir im 21. Jahrhundert***  
***kämpfen müssen***

*Blessing Verlag, München 2021*  
*400 Seiten*  
*22 Euro*  
*ISBN 9783896676528*

Im deutschsprachigen Raum ist der Name Bill McKibben außerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung nur wenigen bekannt. Dabei ist seine Bedeutung für die KlimaaktivistInnen Nordamerikas und der übrigen englischsprachigen Welt kaum zu unterschätzen. Wie im Falle von Naomi Klein finden die Warnrufe des 60jährigen US-Amerikaners größte Beachtung und werden auch in der Mitte der Gesellschaft, wo der Klimawandel lediglich als ein Problem unter mehreren globalen Krisen gilt, stark wahrgenommen. Seit den 1970er Jahren im Umweltschutz nicht nur als Journalist und Autor, sondern vor allem als Aktivist engagiert machte Bill McKibben erstmals 1989, als das Thema Klimawandel in der breiten gesellschaftlichen Wahrnehmung noch in den Kinderschuhen steckte, mit dem Buch "The End of Nature" Furore.

Seitdem hat er sich mit mehr als einem Dutzend Sachbüchern und zahllosen, in führenden Pressepublikationen veröffentlichten Artikeln zur Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im allgemeinen und des Klimawandels im besonderen zu Wort gemeldet. 2008 gehörte er zu den maßgeblichen Begründern der Klimaschutzorganisation 350.org, die sich namentlich auf die 2008 geäußerte Warnung des NASA-Klimawissenschaftlers James Hansen

berief, laut der eine Kohlenstoffdioxidkonzentration in der Erdatmosphäre über 350 parts per million (ppm) das globale Klimasystems auf unumkehrbare Weise überhitzen und desaströse Folgen für die Natursysteme zeitigen könnte. Da sich das atmosphärische CO<sub>2</sub> heute bereits auf 415 ppm angereichert hat, fordert 350.org, keine weiteren fossilen Brennstoffe aus der Erde zu holen, und führt ihre aktivistischen wie lobbyistischen Mittel vor allem gegen die großen fossilen Energieerzeuger und die von diesem Geschäft profitierenden Finanzakteure ins Feld.

Bis heute bekleidet McKibben einen Vorstandsposten in der gemeinnützigen Organisation, der im Rahmen ihrer weltweiten Vernetzung mit anderen Gruppen und Initiativen der Klimaschutzbewegung Hunderttausende von AktivistInnen zuarbeiten. 350.org wird von einem großen Netzwerk von SponsorInnen gefördert und verfügt über dementsprechend großen Einfluß auf Politik und Gesellschaft. Mit diversen Ehrungen wie etwa dem John Muir Award 2001 der traditionsreichen US-Naturschutzorganisation Sierra Club, dem Gandhi Peace Award 2013 oder dem dem Right Livelihood Award 2014 ausgezeichnet, mehrfach auf US-Ranglisten der einflußreichsten Personen vertreten und im US-Wahlkampf 2016 als

prominenter Unterstützer und potentieller Umweltminister der KandidatInnen Bernie Sanders und Hillary Clinton in Erscheinung getreten geht seine Bedeutung für die internationale Klimapolitik weit über die eines bloßen Verfassers klimapolitischer Schriften hinaus.

Die anlässlich der Veröffentlichung des Filmes "Planet of the Humans" am 50. Earth Day 2020 in der Presse und in sozialen Netzwerken entbrannte Debatte um die Stichhaltigkeit des darin gegen McKibben erhobenen Vorwurfes, durch opportunistisches Taktieren gegenüber großen Akteuren der Finanz- und Energiewirtschaft am Ausverkauf der Klimaschutzbewegung beteiligt zu sein, ging, zumindest was den Tenor der dazu veröffentlichten Meinungen betraf, mehrheitlich zugunsten des 350.org-Aktivisten aus. Dem Regisseur Jeff Gibbs und den Produzenten Ozzie Zehner und Michael Moore wurde vorgeworfen, in dem Dokumentarfilm überholte und teilweise inkorrekte Informationen verarbeitet zu haben, was die Spaltung der Bewegung in BefürworterInnen und KritikerInnen einer auf grünes Wachstum setzenden Energiewende vertieft habe.

Um so interessanter ist es, einen Blick in das 2019 im englischsprachigen Original unter dem Titel "Falter: Has the Human Game Begun to Play Itself Out?" veröffent-

lichte jüngste Werk Bill McKibbens zu werfen. Wie schon die im englischsprachigen Titel gestellte Frage, ob der Mensch sich quasi selbst ausmanövriere, verrät, geht es dem Autor um nichts Geringeres als den Stand sich gegenseitig verstärkender globaler Krisen zu untersuchen und daraus Schlußfolgerungen für die nähere Zukunft der Menschheit zu ziehen.

So angenehm es ist, keinen Verkünder unhinterfragbarer Wahrheiten über die Triebkräfte und Zusammenhänge dieses desolaten Geschehens vor sich zu haben, so unschlüssig wirkt sein vorsichtiges Ausloten der mißlichen politischen Lage, den sich permanent verschlechternden Prognosen und der unabweislichen Häufung wetterbedingter Katastrophen keine auch nur annähernd ausreichenden Maßnahmen zur Einschränkung der dafür verantwortlichen Produktions- und Verbrauchsverhältnisse entgegenzustellen. Bill McKibben kann der gute Willen, "Die taumelnde Welt" wieder auf feste Füße zu stellen, nicht abgesprochen werden. Um so bedauerlicher, daß er die weltweit aktiven Bewegungen ökosozialistischer, radikalökologischer, indigener und ökofeministischer Couleur links liegen läßt und an Stelle dessen einen Aktivismus propagiert, dem es vor allem darauf anzukommen scheint, keinen Bruch mit den herrschenden privatwirtschaftlichen Eigentumsstrukturen und kapitalistischen Verwertungsverhältnissen zu provozieren.

Lesenswert ist das Buch dennoch. Es führt auf exemplarische Weise in das Denken und die Begrifflichkeit einer Form von Ökomodernismus ein, die auf der Straße wie in staatlichen Institutionen Gehör zu

finden versucht, indem regelkonform nach Maßgabe des kleineren Übels agiert wird. Da das größere Problem darin bestände, fundamentale gesellschaftliche Umwälzungen zur Herstellung globaler Klimagerechtigkeit, die ohne soziale Gleichheit nicht zu haben ist, den Vorrang vor der Adaption derjenigen Verhältnisse zu geben, die sie strukturell und systemisch hervorbringen, werden Konzepte und Lösungen propagiert, die das herrschende Dogma unablässig zu steigenden Wachstums ebenso reproduzieren, wie die im Raum stehende Machtfrage mit Rezepturen aus der Kiste PR-affiner Mobilisierungstechnik und emphatischen Appellen an das Gute im Menschen umschiffet wird, um im Nirgendwo warmer Gefühle und imaginer Kollektivität zu enden.

#### **Aufklärung wird überschätzt**

Wo der Autor den Sachstand gesellschaftlicher Naturverhältnisse ermittelt, kann die Kompetenz seiner Jahrzehnte währenden Arbeit im Umweltschutz allemal überzeugen. "Das Spielfeld", so die Überschrift des ersten von vier Teilen, wird immer kleiner, reichern sich doch die Verschleiß- und Verbrauchsprodukte des Mensch-Naturstoffwechsels in der Atmosphäre, in den Ozeanen und auf der Landmasse in einem Tempo an, das die Prognosen der damit befaßten Wissenschaften regelmäßig überholt. McKibben nennt die Triebkräfte dieser Entwicklung - unverminderter Verbrauch fossiler Energie, agrarindustrielle Landwirtschaft, industrielles Wachstum - beim Namen und geht ausführlich auf die absehbaren Folgen dieses Raubbaus wie die Vergrößerung des Hungers

und die Ausdehnung von Menschen aufgrund lebensgefährlicher Temperaturen nicht mehr bewohnbarer Weltregionen ein. Seine Anklage beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf die großen Energiekonzerne und deren Strategie, die durch ihr Geschäft bedingte Aufheizung der Atmosphäre wissentlich ignoriert und verharmlost zu haben.

Die von ihm gezogene Schlußfolgerung, bei verantwortungsvollem Handeln der fossilen Energieerzeuger hätten die Regierungen schon vor mindestens 30 Jahren wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen können, untertreibt das Ausmaß der Beharrungskräfte, mit denen das industrielle Wachstum fossil befeuert wird, erheblich. Die Mißachtung dringend erforderlicher Weichenstellungen zur radikalen Eindämmung der Klimakrise wie der aus der agroindustriellen Produktionsweise hervorgehenden Katastrophe drastisch abnehmender Biodiversität ist keineswegs eine Frage mangelnder Information. Diese wird seit Jahren auf allen Kanälen massenmedial bereitgestellt und führt dennoch nicht zu einer Gesellschaftsveränderung, in der sich nicht alles um fortgesetzte Kapitalakkumulation dreht.

McKibben fühlt sich persönlich dadurch mißachtet, daß er seit 30 Jahren über die Relevanz der wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel diskutiere, obwohl die Energiekonzerne längst wußten, wohin die Reise geht. Dabei steht und fällt deren Konterstrategie, sich insbesondere darauf zu berufen, es gebe noch keine unbezweifelbaren Erkenntnisse der Wissenschaften zur Aufheizung der Atmosphäre, mit der Unter-

stellung, allein wissenschaftliche Objektivität führe zu wirkmächtiger Erkenntnis. Diese Vorstellung hat viel mit der legitimatorischen Funktion akademischer Institutionen und wenig mit der Einlösung ihrer angeblichen Neutralität zu tun, das zeigt auch die Begrenztheit jeder empirischen Basis, die dissidenten Fraktionen von WissenschaftlerInnen Raum gibt.

Einige herrschaftskritische Anmerkungen zur Instrumentalisierung wissenschaftlicher Expertisen im politischen Raum hätten ausgereicht, um nicht ganz auf den kritischen Umgang mit der letztinstanzlichen Definitionsmacht, die dem Wissenschaftsbetrieb zugewiesen wird, zu verzichten. Wie auch die fortwährende Korrektur klimawissenschaftlicher Prognosen, deren die Zerstörung der Natur bemessende Fristen aufgrund neuer Erkenntnisse fast immer zeitnäher ausfallen als zuvor, ahnen läßt, sprengt die Totalität physikalischer Wirkfaktoren jede noch so komplexe Simulation. Warum auch sollten WissenschaftlerInnen frei sein von opportunistischen Reflexen, sind sie doch ebenso sehr Mensch und damit vom Hoffen auf bessere Zeiten bestimmt wie die AdressatInnen ihrer Erkenntnisse?

Wissenschaften sind keineswegs irrelevant oder unwichtig, ganz im Gegenteil. Die in jüngster Zeit erfolgten Warnungen großer Forschungsgemeinschaften zur drastischen Verschlechterung des Zustandes der Natursysteme sind überaus wertvoll, denn ohne derartige Alarmsignale wäre die allgemeine Bereitschaft, die gesellschaftlichen Produktionsweisen auf ihre Eignung zum Erhalt des Lebens zu überprüfen, noch gerin-

ger als ohnehin schon. Dennoch kann der singuläre Charakter, mit dem etwa Fridays For Future die Wissenschaften zur argumentativen Referenz ihres Anliegens machen, keine Gesellschaftsanalyse und -kritik ersetzen, die an den menschlichen Produktionsweisen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen ansetzt.

### **Von der Wirkmächtigkeit neokolonialer Landnahme**

Der politische Standort des Autors tritt im zweiten Teil über die gesellschaftliche "Wirkmacht" des Themas Klimagerechtigkeit deutlich hervor. Ihm ist allemal bewußt, daß es dabei wesentlich um Fragen sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit geht, dennoch scheut er davor zurück, sich auf die brennenden Fragen von Ausbeutung und Unterdrückung einzulassen. "Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit werden das Spiel der Menschheit nicht beenden", deren "durch Reformen oder durch Revolutionen" erfolgende Korrektur sei "ein wiederkehrender Rhythmus im menschlichen Geschehen. Wir müssen diesen Rhythmus beschleunigen, und wenn wir es richtig anfangen, dann wird sich der Kampf gegen Ungleichheit unterstützend in den Kampf gegen existenziellere Bedrohungen wie den Klimawandel einfügen." (S. 122).

Zweifellos ist die Klimakrise eine Bedrohung epochalen Ausmaßes, doch ist ihre Entstehung im Rahmen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung keineswegs vom Faktor sozialer Ungleichheit abzukoppeln. Ohne transatlantischen Sklavenhandel hätte der europäische Kolonialismus keinesfalls

weltweit expandieren können, wovon die Staaten Westeuropas und Nordamerikas bis heute profitieren. Ohne die ursprüngliche Akkumulation, die Vernichtung der ländlichen Subsistenz und ihre Umwandlung in proletarische Lohnabhängigkeit hätte der Aufbau von fossiler Energie befeuerter Industrien bis zu den Gesellschaften fordistischen Massenkonsums nicht die Zerstörungskraft entwickelt, mit der heute die menschliche Existenz zur Disposition gestellt wird. Ohne die patriarchale und anthropozentrische Suprematie, sich die Erde untertan zu machen, hätte es nicht dazu kommen können, daß Meere und Wälder wie selbstverständlich in Deponien industriellen Wachstums verwandelt wurden, um die Umweltkosten kapitalistischer Produktion externalisieren zu können.

Um diesen Problemkomplexen nicht auf die Spur kommen zu müssen, gesteht McKibben linker Kapitalismuskritik zwar zu, daß die "Sieger in diesem Klassenkrieg (...) die Mechanismen unseres Wirtschaftssystems zu ihrem Vorteil genutzt" hätten, dennoch kämen "die Bösewichte in dieser Geschichte damit zu leicht davon" (S. 126). Daher propagiert er eine Form des moderaten Kapitalismus skandinavischer Bauart und verweist zum Verständnis der sozialen Grausamkeiten US-amerikanischer Provenienz wie der "irreduziblen Sünde" (S. 127) des an AfroamerikanerInnen verübten Rassismus auf die "ideologische Energie", die nicht nur "Profitgier und Rassenhaß" antreibt, sondern die "grundlegende menschliche Solidarität" mit einer "völlig anderen Vorstellung" (S. 128) ersetzt. Die Rede ist von der Philosophin

und Schriftstellerin Ayn Rand. Ihrer sozialdarwinistischen Gesellschaftsdoktrin, die sie in Form eines Lobliedes auf den Individualismus des Erfolgsmenschen predigte, widmet Bill McKibben ein eigenes Kapitel. Anhand ihrer Vorbildfunktion, die sie zur meistgelesenen Autorin der Vereinigten Staaten gemacht hat, unterzieht er jene ultraliberale Freiheitsdoktrin, die im Trumpismus schillernde Blüten trieb und maßgeblich für die weitverbreitete Abwehr aller klimapolitischen Regulation in den USA verantwortlich ist, einer umfassenden Kritik aus sozialliberaler Sicht.

Gleiches gilt für die Brüder Charles und David Koch, die zu den wichtigsten Vertretern der EigentümerInnenklasse in den USA gehören und eminenten Einfluß insbesondere auf die Sozial- und Umweltpolitik des Landes nehmen. Daran hat sich mit dem Tod von David Koch im August 2019 nichts geändert, Charles Koch bleibt für US-amerikanische KlimaaktivistInnen ein Feindbild sui generis. Auch die Koch-Brüder sind und waren den Lehren Ayn Rands verpflichtet, denen McKibben als wünschenswerte gesellschaftliche Zukunft "ein Marktsystem mit starker Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit, der geringsten Ungleichheit auf dem Planeten und, gemessen an den meisten Maßstäben, den glücklichsten Bürgern, Menschen, die ein Privatleben führen, aber andere nicht zurücklassen" (S. 167), entgegenstellt.

Insbesondere letzteres ist auch bei den von ihm immer wieder als positives Vorbild genannten skandinavischen Staaten der Fall - selbst wenn es dort einige soziale Verbesserungen im Vergleich zu Westeu-

ropa oder Nordamerika geben mag, bleibt der dort erwirtschaftete Reichtum Ergebnis der globalen Umverteilung von Süd nach Nord. Die kapitalistische Moderne in Europa verdankt ihren materiellen Wohlstand der rücksichtslosen und grausamen Ausplünderung des Trikont, auch wenn dies heute in der legalistischen Manier neokolonialer Handelsverträge und finanzwirtschaftlicher Schuldenpolitik erfolgt. Die Globalisierung der Wirtschaft hat Fallhöhen des Lohndumping und kostengünstigen Exportivismus eröffnet, mit denen noch mehr Ertrag aus den Direktinvestitionen der EU gezogen wird. Was bleibt, ist die Verelendung der Bevölkerungen, die Zerstörung der Wälder und Verödung intensiv bewirtschafteter Agrarflächen im Globalen Süden.

Nur mit fortgesetzter Landnahme kann das kapitalistische Wachstum seit 200 Jahren aufrechterhalten werden. Schon vor der finalen Aufteilung räumlicher Territorien wurden Frauen, die mit kostenloser Sorgearbeit und affektiven Dienstleistungen aller Art die soziale Reproduktion der Gesellschaft zu gewährleisten haben, als unverzichtbares Rad im Getriebe industrieller Entwicklung betrachtet. Heute greift die systemisch notwendige Expansion kapitalistischer Verwertung auch auf die Physis selbst zu, um sie biopolitisch verfügbar zu machen und mit medizinischen und informationstechnischen Mitteln zu bewirtschaften.

### **Mit transhumanistischer Optimierungslogik zum totalen Wettbewerb**

Diesen Teil der Zurichtung des Menschen auf die Bedingungen op-

timaler Verwertbarkeit handelt der Autor im dritten Teil ab. "Was auf dem Spiel steht", so dessen Titel, verweist anhand einer Bilanzierung des Standes der roten und grünen Gentechnik und der rasanten Entwicklung im Bereich AI (Artificial Intelligence) auf die technologisch induzierten Bedingungen einer Gesellschaftsentwicklung, die die dystopischen Szenarien großer Werke der Science Fiction-Literatur schon hinter sich gelassen hat. Sozial integriert in die Klasse innovativer WissenschaftlerInnen und UnternehmerInnen kennt McKibben deren Interessen und Ambitionen zu gut, als daß er auf Informationen aus zweiter Hand angewiesen wäre.

Das veranlaßt ihn zwar nicht zu einer grundsätzlichen Kritik am gesellschaftlichen Verfügungsanspruch technologischer Innovationslogik, doch sind ihm die Untiefen und Abgründe der humangenetischen und informationstechnischen Bewirtschaftung des Menschen allzu bewußt, als daß er sie nach Maßgabe transhumanistischer Optimierungslogik rundheraus gutheißen könnte. So hält er etwa die Korrektur erbbiologischer Schäden durch die Präimplantationsdiagnostik (PID) für wünschenswert, verwahrt sich aber gegen den genetischen Zugriff auf die Keimbahn zum Zwecke bloßen Humandesigns. Doch wurde PID nicht nur von christlich-fundamentalistischen LebensschützerInnen verworfen, sondern auch aus feministischer und linker Sicht kritisiert. Zum einen, weil die dazu notwendige Produktion von Eizellen den weiblichen Körper kommerziell objektiviert und konkreten gesundheitlichen Gefahren aussetzt, zum andern weil mit der human-

genetischen Selektion nicht dem physiologischen Funktionsideal entsprechender Menschen eine normative Bewertung des Körpers vorgenommen wird, in der die erwünschten gesellschaftlichen Leistungsideale auf kaum minder eugenische Weise als bei der genetischen Manipulation des Erbgutes durchgesetzt werden.

Zumindest setzt sich McKibben ausführlich mit den negativen Seiten transhumanistischer Optimierungsvisionen auseinander und gelangt zu dem Schluß: "Wir sind heute schon in der Lage, so vertieft und konzentriert zu sein, wie es überhaupt nur möglich ist. Wir sind gut genug" (S. 243). Er fragt, wie es eigentlich dem genetisch optimierten Kind gehe, dem seine Eltern die besten für Geld erstehbaren physiologischen und kognitiven Eigenschaften mit auf den Weg gegeben haben, und an welcher Stelle der sich verschärfenden Konkurrenz sein Scheitern unwiderruflich hervortritt.

*Wie einsam muss man sich dabei fühlen? Auf der einen Seite hat man keine echte Verbindung zur Vergangenheit mehr. Die heutigen Menschen haben sich im Laufe der Jahrtausende so wenig verändert, dass etwa Stonehenge immer noch Gefühle in uns auslöst. Es wurde von Wesen geschaffen, die uns genetisch sehr ähnlich waren, die etwa Dopamin auf die gleiche Weise verarbeiteten wie wir. Sie sind uns viel ähnlicher, als uns unsere Enkelkinder ähneln werden, wenn wir diesen Weg einschlagen. Aber auch zur Zukunft werden diese modifizierten Enkelkinder keine echte Verbindung mehr haben. Sie werden auf einer Insel im Meer der Zeit gestrandet sein, wie es noch kein Mensch je zuvor gewe-*

*sen ist oder je wieder sein wird. Wenn wir Menschen konstruieren und designen, machen wir aus ihnen eine Form von Technologie, und Obsolenz ist ein absehbares Merkmal jeder Technologie. Ein paar wenige Jahre lang ist man nützlicher als alle Menschen, die je gelebt haben, und danach ist man viel nutzloser. (S. 239)*

Dem Autor schwant, daß die an kapitalistisch vergesellschaftete Menschen angelegten Maßstäbe einem Absolutheitsanspruch unterliegen, denen das einzelne Subjekt niemals vollständig genügen kann, dessen Ewigkeitscharakter aber alles aus dem Felde schlägt, was den geschichtlich gewordenen Menschen zu Unverwechselbarkeit und Dauer verhelfen könnte. Dem "Tier mit Bewusstsein, das Tier, das weiß, dass es sterben wird" (S. 254), stellen sich ganz andere Fragen als die des individuellen Überlebens, so sein Credo. Sozial progressiv gesonnen wird sein emanzipatorischer Horizont allerdings viel zu sehr vom Status quo begrenzt, als daß er sich zu der unbescheidenen Forderung verstiege, die notwendige Remedur des Gesamtsystems nicht auf das Bewegen von Stellschrauben marktwirtschaftlicher Regulation zu begrenzen.

### **Wenn aus Spiel Ernst wird ...**

Um den "Hauch einer Chance", so der Titel des vierten Teils, nicht ungenutzt vorbeiziehen zu lassen, fährt der Autor das ganze Arsenal ökomodernistischer Reformprojekte auf. Ob die umfassende Wende zur E-Mobilität, deren Flächen- und Ressourcenverbrauch bei ungeminderter Fortsetzung des motorisierten Individualverkehrs

viel zu zerstörerisch zu Buche schlug, als daß diese Form des Automobilität dem Versprechen ökologischer Nachhaltigkeit genügen könnte, oder die massenhafte Verwendung von Solarmodulen, gegen die nichts spräche, wenn die dadurch erzeugte Energie nicht wiederum in die Erzeugung verbrauchsintensiver Energieträger wie Wasserstoff eingespeist würde, gehen seine Vorschläge nicht über das Niveau der bundesdeutschen Grünen hinaus. Deren Absicht, womöglich mit den Unionsparteien die nächste Bundesregierung zu stellen, ist ein Musterbeispiel für die sozialbourgeoise Konsequenz eines ökologischen Glückes im Winkel, das vom Brand des Planeten solange nicht wirklich zu beeindruckend ist, wie dessen existenzbedrohende Folgen auf weit entfernte Regionen beschränkt bleiben.

Wie die Grünen neigt McKibben dazu, kleine Verbesserungen zum Preis unveränderter Misere gutzuheißen. Wenn die Klage über die Vereinzelung des Menschen in der Gesellschaft des Massenkonsums und der Massenproduktion zur Beschwörung gemeinschaftlichen Bewußtseins führt, ohne die aus kapitalistischem Wettbewerb resultierende Folge gesellschaftlicher Atomisierung im Grundsatz zu kritisieren, wenn die Forderung nach absoluter Gewaltlosigkeit in eine gesellschaftliche Mobilisierung zur Energiewende mündet, der die kriegsökonomische Logik industrieller Massenproduktion von Waffen zum Vorbild gereicht, wenn der Begriff der "Ökosystemleistungen" (S. 319) ohne Kritik an der grünpolitischen Inwertsetzung und Verobjektivierung natürlicher Lebenswelten Verwendung findet, dann ist es nur

folgerichtig, als Lehre aus der wissenschaftlichen Erkenntnis des umweltbedingten Charakters eines statistisch signifikanten Rückganges des Intelligenzquotienten (IQ) den Schluß zu ziehen, "dass wir, anstatt von Utopie zu träumen, uns darauf konzentrieren sollten, uns die Dystopie vom Leibe zu halten" (S. 329).

Derart defensive Rezepturen dürften kaum dazu geeignet sein, mehr als den Erhalt einiger Inseln gesellschaftlicher Normalität im anwachsenden planetaren Feuer und dem daraus entbrennenden sozialen Krieg zu bewirken, wenn überhaupt. McKibbens kritische Auseinandersetzung mit der unter kalifornischen Milliardären grassierenden Vision einer Auswanderung des Menschen auf andere Planeten, die im Epilog unter dem Titel "Geerdet" mit einleuchtenden Argumenten vollzogen wird, in allen Ehren - derartige Utopien sind keineswegs damit gemeint, wenn sozialrevolutionäre Bewegungen in aller Welt gegen das Diktat von Kapital und Patriarchat aufbegehren. Die dem Werkzeugkasten motivationspsychologischer Lebenshilfe entsprungene Empfehlung, "dass das merkwürdigste von all diesen Leben das menschliche ist, weil wir zerstören können, uns aber auch dafür entscheiden können, nicht zu zerstören" (S. 356), bleibt selbst hinter vulgärmaterialistischen Einsichten in den Zwangscharakter herrschender Verhältnisse zurück.

Wenn das in diesem Konzept enthaltende Potential des freien Willens tatsächlich in jede Richtung zu entfalten wäre, könnte es kaum zu Unterwerfung, Vertreibung und Zerstörung im heutigen Ausmaß kommen. Die Frage, warum dage-

gen zu wenig Widerstand geleistet wird, schlicht mit dem Postulat individueller Entscheidungsfreiheit zu umschiffen ist das Privileg eines vornehmlich weißen und männlichen Bürgertums, das dem Schmerz erlittener Ohnmacht nie ausgesetzt war oder es sich leisten kann, ihn zu ignorieren. Von daher ist mit einem Aktivismus wie demjenigen, den Bill McKibben und 350.org propagieren, zwar durchaus Staat zu machen, aber keine die herrschenden Gewalten überwindende Emanzipation zum Ziele umfassender Befreiung zu erwirken.

Um die vom Autor selbst attestierte Zerstörungskraft menschlicher Entwicklung rückgängig zu machen bedarf es mehr als der Empfehlung, es einfach bleiben zu lassen. So etwas läßt sich nur vorschlagen, wenn das Problem der "taumelnden Welt" als Ausnahme von einer ansonsten befriedigenden menschlichen Lebenspraxis verstanden wird. McKibben verkennt die jeglicher zivilisatorischen Logik inhärenten Herrschaftsinteressen und Gewaltverhältnisse gründlich, wenn er der bedrohlichen Zukunft eine bewahrenswerte Vergangenheit entgegenstellt, als stehe ein vermeintlich positiver Bestand des Erreichten zur Disposition der Klimakrise. Diese ist Ergebnis eben jener historischen und technologischen Errungenschaften, mit denen einen kritisch-dialektischen Umgang zu betreiben nicht nur in diesem Buch viel zu kurz kommt.

So ist das jüngste Werk des prominenten Aktivisten überall dort, wo er den Sachstand klimawissenschaftlicher und gesellschaftstheoretischer Entwicklung erhebt, informativ und spannend zu lesen.

Die daraus zu ziehenden Konsequenzen gründeln allerdings so sehr in persönlichen Befindlichkeiten, sie sind so sehr auf Anerkennung und Konsensfähigkeit aus, daß der universale Charakter aus Ohnmacht geborenen Schmerzes gar nicht erst bestritten werden muß, weil er keine Erwähnung findet. Die Antwort auf die Frage "Wofür wir im 21. Jahrhundert kämpfen müssen" verbleibt im Dunstkreis einer gesellschaftlichen Eigentumsordnung, der die Teil- und Zählbarkeit von allem und jedem konstitutives Merkmal ihrer Verwertungs- und Verbrauchspraxis ist. Nur so läßt sich der eigene Anteil an der Beute bestimmen, nur so kann die Not des anderen auf Abstand gehalten werden.

"The human game" ist nur insofern Spiel, als die Distanz zu seinen Figuren einen Spieler voraussetzt, der außerhalb ihrer totalen Verfügbarkeit verbleibt. Wird dieser Abstand eingeebnet, weil der Spieler als bloßes Produkt dieser Konstellation merkt, daß er bereits gestorben ist, bevor er zu leben begonnen hat, dann tritt die subjektlose Selbstreferenzialität - "to play itself out" - vor aller Gefahr, die vermeintlich von außen droht, als immanenter Schrecken eigener Gewalt hervor. "Die menschliche Liebe, die sich bemüht, die Hungrigen zu nähren und die Nackten zu kleiden, die Liebe, die sich zur Bewahrung von Meeresschildkröten und arktischem Eis und allem anderen um uns herum, das gut ist, zusammenschließt" (S. 357), wäre mithin unter Beweis zu stellen, um nicht ein frommer Wunsch zu bleiben.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar731.html>*

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

*Margaret Kimberley*

## **Prejudential - Black America and the Presidents**

Im Frühling 2020 stürzte die Ermordung des schwarzen Türstehers George Floyd durch einen weißen Polizisten die USA in eine regelrechte Sinnkrise. Die auf allen Fernsehkanälen zu sehende Videoaufnahme, wie der staatliche Ordnungshüter Derek Chauvin fast acht Minuten lang auf dem Hals des am Boden liegenden Floyd kniet, ihm langsam aber sicher das Leben ausquetscht und dessen verzweifelte Schreie, "Ich kann nicht atmen", schlicht ignoriert, hat eine ganze Gesellschaft - hartgesottene Klu-Klux-Klan-Mitglieder und Neonazis ausgenommen - schockiert. Mehr als jeder andere prominente Polizeimord an einem Afroamerikaner in den letzten Jahren wie der an Michael Brown, Eric Garner oder dem 12jährigen Tamir Rice und sogar mehr noch als die überraschende Wahl des rassistischen Hetzredners Donald Trump zum Präsidenten 2016 hat die massenmediale Hinrichtung George Floyds am hellichten Tag auf offener Straße in Minneapolis die These vom post-rassistischen Zeitalter, das die zwei Amtszeiten Barack Obamas als erstes schwarzes Staatsoberhaupt der USA (2009-2017) eingeleitet hatte, endgültig als Fata morgana entlarvt.

Die Bewegung Black Lives Matter (BLM), die seit 2013 die extrem überproportionale Tötung

von Bürgern schwarzer Hautfarbe infolge Polizeigewalt anprangert, erfuhr deshalb enormen Auftrieb und so führte sie den ganzen Sommer über Protestaktionen in allen Großstädten der USA durch. Es kam zu den größten Massendemonstrationen gegen Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, die Amerika seit dem tödlichen Attentat auf den Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Dr. Martin Luther King jun. im April 1968 gesehen hatte.

Das bisherige Scheitern der USA, dem in der Präambel der eigenen Verfassung verbrieften Anspruch, ihren "Bund zu vervollkommen" - wörtlich "to form a more perfect Union" - gerecht zu werden, hängt nicht zuletzt mit der konsequenten Weigerung weiter Bevölkerungsteile zusammen, sich mit der eigenen Geschichte, speziell den weniger ruhmreichen Kapiteln, auseinanderzusetzen und daraus die nötigen Lehren zu ziehen, statt sie zu verklären und zu mythologisieren. Einen wichtigen Beitrag zur amerikanischen Geschichtsaufklärung hat jedoch Margaret Kimberley mit ihrem Buch "Prejudential - Black America and the Presidents" geleistet. Den Kunstbegriff am Titelanfang findet man in keinem Wörterbuch, denn er ist eine kreative Verschmelzung aus prejudice (Vorurteil) und presidential (präsidial), die auf den Inhalt des

*Margaret Kimberley*  
**Permanent Record -  
Meine Geschichte  
Prejudential - Black America and  
the Presidents (EPUB)**

*Steerforth Press, Lebanon, New  
Hampshire, 2020  
Größe: 7,7 MB  
ISBN: 978-1-586422493*

Buchs, die mehr als 200 Jahre rassistischer Benachteiligung schwarzer Menschen in den USA durch die Amtszeiten aller 45 Staatsoberhäupter hindurch, hinweist. (Das Werk ist vor der Wahl Joe Bidens zum 46. Präsidenten im vergangenen November erschienen).

Kimberley ist Redakteurin der in linken Kreisen hochangesehenen Onlinezeitschrift Black Agenda Report, wo ihre wöchentliche Kolumne "Freedom Rider" erscheint. [1] Als erklärte Kriegsgegnerin sitzt die New Yorkerin zudem im Vorstand der amerikanischen Friedensorganisation "Black Alliance for Peace" und nimmt in dieser Funktion national und international an Konferenzen und Workshops teil. [2] Mit ihrem besonderen Gefühl für die Stimmung unter den schwarzen Mitbrüdern und -schwestern in den USA und ihrem nüchternen, realistischen Einblick in die äußerst angespannten innenpolitischen Verhältnisse im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" war Kimberley im vergangenen Jahr häufig Gesprächspartnerin in den Nachrichtensendungen namhafter Fernseh- und Radiostationen weltweit.

Eine wichtige Forderung der BLM-Bewegung ist die schonungslose Aufarbeitung der Geschichte der Sklaverei und der

Unterdrückung der Schwarzen in den USA. Als Anti-Rassismus-Aktivistin im August 2017 in Charlottesville im "Südstaat" North Carolina öffentlich zur Demontage bzw. Verlegung einer Reiterstatue General Robert E. Lees, des größten Bürgerkriegshelden der Konföderierten, aufriefen, wurden sie von bewaffneten Rechtsextremisten angegriffen. Im Verlauf der heftigen Auseinandersetzung wurde eine junge Frau tödlich verletzt, als ein rechter Rowdy in voller Absicht sein Auto mit hoher Geschwindigkeit in eine Menge politischer Gegner fuhr. Anschließend goß Trump mit der Behauptung weiteres Öl ins Feuer, auf beiden Seiten des Streits von Charlottesville hätten "gute Menschen" gestanden. Desweiteren sprach er sich gegen die Entfernung der Lee-Statue mit dem Hinweis aus, George Washington und Thomas Jefferson seien Sklavenhalter gewesen; käme man der Forderung der "politisch korrekten" Geschichtsrevisionisten nach, müßten auch die Namen und Abbildungen der meisten Gründerväter überall im Lande entfernt werden, was vollkommen indiskutabel sei, so der windige New Yorker Baulöwe.

Margaret Kimberley hat den damals von Trump rhetorisch hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen, frühere Zeitdokumente ausgewertet und legt in ihrem Buch erschütternde Beweise für die Verstrickung aller US-Präsidenten in das grausame System der Unterdrückung und Benachteiligung der eigenen schwarzen Mitbürger vor. In den 45 Kapiteln - eines für jeden Präsidenten - geht die Autorin weit über die bekannten Details der Sklaverei, der

schrecklichen Jim-Crow-Ära im Süden nach dem Ende des Bürgerkriegs, der Bürgerrechtsbewegung ab 1945 sowie des anschließenden Backlashs seitens der weißen Mehrheitsbevölkerung, der sich durch die "Southern Strategy" der Republikaner unter Richard Nixon und den Einsatz des "Antidrogenkriegs" zum Zwecke der Unterdrückung und Entrechtung vor allem der schwarzen männlichen Jugend in den USA manifestiert hat, hinaus. Der letztgenannte perfide Akt des "social engineering" hat dazu geführt, daß Amerika mit Abstand die pro Kopf meisten Gefängnisinsassen weltweit aufweist, unter denen sich überproportional viele Afroamerikaner befinden. Statt wie einst auf der Baumwollplantage schufteten heute unter sklavenähnlichen Bedingungen Hunderttausende schwarze US-Bürger hinter Gefängnisgittern für irgendwelche Großkonzerne.

Die nationale Geschichte der USA durch die schwarze Perspektive zu betrachten ist wahrlich erschütternd. Gemeint sind weniger häßliche Skurrilitäten wie zum Beispiel, daß sich George Washington seine kaputten Zähne durch jene seiner Leibeigenen ersetzen ließ oder daß sich Woodrow Wilson 1917 Regisseur D. W. Griffiths umstrittenes cineastisches Meisterwerk "The Birth of a Nation", eine unverhohlene Homage an die Wiederherstellung der "Antebellum"-Verhältnisse nach 1865 durch die weißen Kapuzenträger des Klans, kurz nach Erscheinen des Films seinen Freunden im Weißen Haus vorführte, als vielmehr die nachhaltigen Auswirkungen des einstigen Interessenausgleichs zwischen dem industriell geprägten Norden

und der "Slaveocracy" des Südens, die bis heute zu spüren sind.

Um die Vorherrschaft der weißen Elite vor dem Aufbegehren der schwarzen Unterschicht und sonstigen Minderprivilegierten zu schützen, schreibt die US-Verfassung zwei Senatoren pro Bundesstaat - völlig unabhängig von der Bevölkerungszahl - vor. Dadurch werden ländlich geprägte Gliedstaaten mit meist weißer Bevölkerung massiv bevorteilt. Aus ähnlichen Gründen stimmen die US-Bürger all vier Jahre nicht über den Präsidenten, sondern die Zusammensetzung der Abordnung aus dem eigenen Bundesstaat zum Wahlmännergremium in Washington ab, das letztlich die Entscheidung über die Besetzung des Weißen Hauses fällt. Hinzu kommen die undurchsichtige Praxis der Vergabe von Richterposten, der ungerechte Zuschnitt zahlreicher Wahlkreise und die unzähligen Winkelzüge, mittels derer bis heute arme und vor allem schwarze Menschen um die Ausübung ihres Wahlrechts gebracht werden, wie sie unter dem Begriff "voter suppression" subsumiert werden.

Margaret Kimberleys präsidentiale Geschichte der USA unter besonderer Berücksichtigung der Rassenproblematik ist extrem kurzweilig, sehr gut geschrieben und äußerst lehrreich. Auch diejenigen, die sich in der amerikanischen Geschichte gut auskennen, werden voll auf ihre Kosten kommen, so detailreich ist die vorliegende Lektüre. Aktuell zeichnet sich die US-Gesellschaft durch eine außergewöhnliche Polarisierung aus, die ihren bisherigen Höhepunkt in der blutigen Erstürmung des Kapitols durch aufge-

brachte Anhänger des scheidenden US-Präsidenten Trump am 6. Januar gefunden hat. Diese Polarisierung hat tiefgreifende Wurzeln, die ohne Zweifel in der Rassenfrage gründen. Wer die geschichtliche Kontinuität der Spannungen zwischen Demokraten und Republikanern, Norden gegen Süden, rassengemischten Stadtbewohnern an den Küsten

und "arischem" Landvolk im Innern und vieles mehr besser verstehen will, dem sei "Prejudential" wärmstens empfohlen.

**Anmerkungen:**

[1] INTERVIEW/195: Obamas Amerika - Linke Horizonte, Margaret Kimberley im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0195.html>

[2] INTERVIEW/426: Treff für den Frieden - die schwarze Stimme ... Margaret Kimberley im Gespräch (SB)  
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0426.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar732.html>

**BUCH / SACHBUCH / REZENSION**

*Éric Stemmelen*

**Operation Macron**

Angesichts der Frage, wer die einflußreichsten Mächte im Dienste der Herrschaftssicherung bürgerlicher Staatlichkeit und des kapitalistischen Verwertungsregimes seien, gelangen selbst erklärte Kritiker der Klassengesellschaft zu durchaus disparaten Schlußfolgerungen. Als miteinander unvereinbare Pole in dieser Kontroverse ließe sich einerseits das Konstrukt eines Systems ausweisen, dem alle Akteure gleichermaßen unterworfen seien, während sich diametral gegenüber Protagonisten einer Welt nicht tummeln, die jeweils spezifische Drahtzieher zu entlarven trachten, als sei damit die Herkunft des Verhängnisses hinreichend aufgeklärt. Was sich in dieser Debatte Bahn bricht, ist nicht zuletzt der Drang, der Weisheit letzten Schluß für sich zu reklamieren, wie dies maßgeblich zur Schwächung der Linken beigetra-

gen hat, als ihr der Gegenwind immer schärfer ins Gesicht blies. Allerdings ist es auch nicht damit getan, in nebulöser Beliebigkeit von "den Verhältnissen", "den Kapitalisten", "den Herrschenden", "den Bossen" oder gar von "denen da oben" zu sprechen, als drohe weder ein Nischendasein in altbräsigem Konsens schwindender Insider noch die abschüssige Gleitbahn der Querfront.

Wer hingegen unabweisliche Gründe geltend machen kann, die Machtfrage zu stellen, kommt nicht umhin, sie entschieden voranzutreiben, ohne sich mit wohlfeilen Antworten welcher Couleur auch immer abspesen zu lassen. Außenstehende mögen endlos und unergiebig darüber spekulieren, wie es in politischen, wirtschaftlichen und medialen Gemengelagen um Roß und Reiter, austauschbare Figuren und zen-

trale strategische Zirkel und Netzwerke beschaffen sein mag und welche wirkmächtigen Entwürfe walten. Denn am ehesten ließen sich die Kerngefüge gesellschaftlicher Macht in der Weise umschreiben, daß sie nur zweifelsfrei und konkret identifizieren kann, wer dazugehört. Die daraus resultierende Skepsis, bloße Mutmaßungen über diesen Konnex nicht für bare Münze zu nehmen, zumal sie zumeist der konkurrenzgetriebenen Teilhaberschaft am sozialen Hauen und Stechen entspringen, muß dennoch nicht zwangsläufig in eine Absage an jegliches Unterfangen münden, innovative Verfügungsgewalt und deren relevanteste Profiteure wie auch Treiber zusammen ins Visier widerständigen Aufbegehrens zu nehmen.

Auf welche Weise eine positionierte und akribische Recherche

*Éric Stemmelen*  
**Operation Macron**

Mangroven Verlag Kassel, 2020  
223 Seiten  
19,00 EUR  
ISBN 9783946946151

in diesem Sinne zu Werke gehen könnte, demonstriert Éric Stemmelen mit seinem Buch "Operation Macron". Daß eine gehaltvolle und detailreiche Publikation zum Aufstieg des "Jupiterpräsidenten", die das Zeug zum Bestseller haben müßte, zwei Jahre lang keinen Verleger in Frankreich fand, darf als Qualitätsmerkmal ausgewiesen werden. Der Autor geht offensichtlich derart ins Eingemachte, daß sich niemand die Finger daran verbrennen will. Unterdessen hat der Kasseler Mangroven Verlag dankenswerterweise das 2019 in Belgien auf Französisch erschienene Werk in deutscher Übersetzung herausgebracht und damit der hiesigen Sicht auf das bonapartistische Treiben im Nachbarland ein Vergrößerungsglas und Nachsichtgerät in einem zur Verfügung gestellt.

Warum ist dieses Buch ausgesprochen lesens- und empfehlenswert? Selbst wer sich mehr als beiläufig mit den Geschehnissen in Frankreich befaßt hat, dürfte darin bislang unbekannte oder zumindest nicht schlüssig belegte Details und aufschlußreiche Zusammenhänge finden. Und obgleich die Chronik mit dem Wahlsieg Macrons am 23. April 2017 endet, ist ihre durchweg faktengestützte Analyse höchst relevant für das Verständnis der Gegenwart. Wie der Autor in einem kurzen Epilog bilanziert, unterliege Frankreich nunmehr einem autokratischen Regime. Dieser Despotismus sei gekennzeichnet von Vorteilen, Geschenken und Sonderrechten, die den Favoriten des Fürsten und den Ultrarechten gewährt werden. Diese Selbstherrlichkeit zeige sich in seiner Allgegenwart auf allen Sendern, in der

Verfolgung seiner Gegner, in der Entfesselung polizeilicher Brutalität, in massiven Verhaftungen und Beschlagnahmungen, in einer unerbittlichen Justiz im Dienst der politischen Macht. Zugleich maße sich der Monarch das Recht an, ohne irgendeine Diskussion oder Konsultation internationale Verträge zu unterzeichnen, welche die Souveränität des Landes ernsthaft beeinträchtigen. (S. 206)

Wer ist dieser Autor, der sich die Mühe gemacht hat, anhand allgemein zugänglicher, aber weithin ausgeblendeter oder gelegener Informationen den kometenhaften Aufstieg Macrons nachvollziehbar zu entschlüsseln? Der 1952 geborene Éric Stemmelen ist Statistiker, Doktor der Wirtschaftswissenschaften und war von 1991-1994 Studiendirektor beim Meinungsforschungsinstitut SOFRES, von 1994-2009 zunächst Forschungs- und Studiendirektor bei France Television, der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt Frankreichs, und danach Direktor für Programm und Programmgestaltung beim staatlichen Fernsehsender France 2. Emmanuel Macron sei "infolge eines unglaublichen Zusammenstreffens von Zufällen" Präsident der französischen Republik geworden, werde allseits kolportiert. Als ausgebildeter Statistiker glaube er nicht an das Unglaubliche, schreibt Stemmelen in der Einleitung. Begünstige die Folge der Ereignisse immer die gleiche Person, sei dies nur sehr selten ein Ergebnis des Zufalls. Ein Spieler, der Glück im Casino hat, sei eine Sache, ein professioneller Betrüger im Dienste einer Bande von Glücksrittern eine ganz andere. (S. 11)

Und in der Tat: In der Hochphase des Wahlkampfs um das Präsidentenamt wurden innerhalb von nur drei Monaten fünf der erfahrensten und namhaftesten Politiker aus dem Rennen geworfen: Die beiden ehemaligen Präsidenten Sarkozy und Hollande wie auch die drei früheren Premierminister Juppé, Villon und Valls, obgleich einige von ihnen in eher seriösen Meinungsumfragen lange weit vor dem im Land zunächst wenig bekannten Macron gelegen hatten. Fillon wurde mittels seiner Profitsucht ausgeschaltet, Juppé gab mangels Unterstützung aus den vermeintlich eigenen Reihen gelähmt auf, Hollande vernichtete die Sozialistische Partei und machte dann einen feigen Rückzieher, Sarkozy hatte plötzlich Prozesse am Hals. Marine Le Pen - eine in Erwägung gezogene Alternative beim verkappten Staatsstreich - scheiterte nicht zuletzt an ihren eigenen Schranken, und die Linke wagte es gar nicht erst, sich zu verbünden und auf Sieg zu setzen. Wenngleich schon Napoleon behauptet hat, es sei die erste Stärke des Generals, Glück zu haben, wurde Macron doch in schier überreichem Maße davon zuteil, wie uns glauben gemacht werden soll. (S. 5)

Die Mächtigen aus Finanz und Wirtschaft wollten einen Mann, der ihnen ergeben war, die Medien haben ihn in ihrem Auftrag produziert, so die Quintessenz aus Sicht des Autors. Eine höchst einflußreiche Phalanx fand sich zusammen, um wie gute Feen über den kleinen Macron gebeugt zu wachen und seinen Wuchs zu befördern. Die Liste ist lang und prominent: Die größten Vermögenden des Landes wie Bernard Arnault, bei dem das Paar Macron

jede Woche einmal zum Essen geladen ist, wie auch Arnaults Schwiegersohn Xavier Niel, der mit ihm "Freund geworden" sei. Der katholische Fundamentalist Vincent Bolloré samt seinem Sohn Yannick, die Besitzer zahlreicher Medien Patrick Drahi und Arnaud Lagardère, Jacques Attali und Jean-Pierre Jouyet, die ihre schützende Hand über ihn hielten. Claude Bébéar, Begründer von AXA, und Peter Brabeck, Präsident-Generaldirektor von Nestlé und Vizepräsident von L'Oréal, Serge Weinberg, der der Familie Pinault nahesteht, Präsident von Sanofi, und viele andere mehr.

Die Medien, so die These des Autors, haben das Drehbuch zu Macrons Machtübernahme geschrieben. Sie gehören zehn Milliarden, deren TV- und Radiosender einen Marktanteil von über fünfzig Prozent erreichen. Bei den Tageszeitungen kontrollieren sie neunzig Prozent der Auflage. Früh schon wird Macron im *Nouvel Observateur* als "mit unglaublichem Charisma gesegnetes Wunderkind" glorifiziert. In *L'Express* wird er als "Mozart des Élyséepalasts" bezeichnet, in *Closer* ist er "der farbigste unter den Ministern". Im *Le Parisien* ist er "der neue Star der Regierung, brillant aber nicht arrogant", *Le Monde* spricht von "der Leichtigkeit eines französischen Steve Jobs", in *France Dimanche* und *20 Minutes* ist er "der Sonnyboy der Regierung". Auf den Titelblättern von *VSD* bilden Emmanuel und Brigitte schon seit März 2016 "ein Paar für den Élyséepalast", und selbst *Libération* titelt mit Ausrufezeichen "Wählt Macron!" (S. 6)

Sorgsam und präzise zerlegt Stemmelen die Mechanismen zur Herstellung des Geschöpfs, das für einen "stillen Staatsstreich" benötigt wurde. Zu diesem Zweck hat er von Januar 2012 bis zur Amtseinführung im Jahre 2017 Tag für Tag die französischen Medien, die sich in den Händen der Hochfinanz befinden, durchforstet und auseinandergepflückt. So fügt sich für seine Leserschaft Seite für Seite das Puzzle zusammen, wie Macrons fabelhafter Aufstieg vonstatten ging, vorangetrieben von medialen Helden Geschichten, die auch vor Lügen und Fälschungen nicht zurückschrecken, wenn in unablässiger Wiederholung und Ausgestaltung das Prachtbild in Stellung gebracht wird. Die Methodik des Autors könnte seriöser nicht sein, arbeitet er doch bei seiner Medienrecherche die Fakten heraus, die unmittelbar und in chronologischer Abfolge dargestellt werden.

Naheliegende Bedenken, bei dieser Vorgehensweise könne bestenfalls ein trockenes Kompendium, doch kaum ein lesbares Buch herauskommen, weichen schon nach wenigen Seiten einem unverhofften Genuß. Denn Stemmelen geht ebenso positioniert wie scharfzüngig zu Werke, wenn er zwar durchweg der datierten Chronologie treu bleibt, sie jedoch mit boshaften Anmerkungen, aufschlußreichen Erläuterungen und kundigen Querverweisen anreichert. Um dies zu veranschaulichen, seien im folgenden einige Passagen aus dem Zeitraum von März bis August 2016 herausgegriffen, als sich der damalige Wirtschaftsminister als Kandidat in Stellung brachte. Dabei ist jeder Erwähnung einer Zei-

tung oder eines Fernsehsenders seitens des Autors in Klammern der Haupteigentümer angefügt.

3. März 2016. *LObs (Niel) macht mit der Schlagzeile "Projektile Macron: sein geheimer Plan für 2017" auf und lüftet auf den Innenseiten ein Geheimnis: "Mit dem Start seiner Bewegung und der Veröffentlichung von zwei Büchern demonstriert der Wirtschaftsminister seine Ambitionen: die Oberhand über den Präsidentschaftswahlkampf von François Hollande zu erringen; oder diesen zu ersetzen, wenn der Staatschef verzichtet."*

9. März 2016. Auf dem Titelblatt von *L'Express (Drahi) eine Nahaufnahme, ernsthafter Blick, zusammengepreßte Lippen, gerunzelte Stirn: "Macron, was ich für 2017 will". In einem langen Gespräch, "exklusiv für L'Express, skizziert er zum ersten Mal ein umfassendes Projekt, das Land zu reformieren. Ein präsidentielles Programm?" Doch statt eines Programms legt er alles und nichts dar, und das in einer pedantischen, oft nebelhaften Sprache, durchzogen von widersprüchlichen Forderungen der Art: "Der Jugend die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, wann sie die Verantwortung übernimmt". Oder: "Die klare Wahl zugunsten eines wirtschaftlichen und politischen Liberalismus auf einem Sockel der kollektiven Solidarität und der Regulierung zum Ausdruck bringen". Er verkündet: "Mein Kampf ist einer um Fortschritt und Bewegung." [...]*

17. März 2016. Das Titelblatt von *VSD (Mohn) zeigt uns die Macrons, warm angezogen beim Spaziergang: "Emmanuel und*

Brigitte Macron. Ein Paar für den Élyséepalast". Die Blattmacher preisen Macrons Vorzüge: "Die Franzosen halten ihn für glaubhaft. Komitees von jungen Menschen unterstützen ihn. Seine Frau spielt eine Schlüsselrolle an seiner Seite." [...]

6. April 2016. Bei einer Zusammenkunft in Amiens reiht Macron vor zweihundertfünfzig Zuhörern mit ernstestem Ausdruck Plattitüden wie Perlen an einer Schnur aneinander. Er kommt zu dem Schluss, dass er letzten Endes und nach reichlicher Abwägung eine Verbesserung der Lage in Frankreich einer Verschlechterung vorzöge. Am Ende einer Stunde derartigen Unsinn kündigt er die Gründung von "En Marche" an: "Ich habe beschlossen, dass wir eine neue politische Bewegung gründen. Es ist eine Bewegung, die nicht rechts und die nicht links sein wird."

7. April 2016. Le Figaro (Dasault) jubiliert über die gesamte Breite seiner Titelseite: "Emmanuel Macron erschüttert die Linke". Halleluja! Le Monde (Niel) verblüfft: "Emmanuel Macron hat die Maske fallen lassen: Ja, der Wirtschaftsminister würde sich gern selbst eines Tages als Präsident der Republik sehen." Donnerwetter! Wer hätte das gedacht? [...]

14. April 2016. Am Vortag in Gala (Mohn) und heute auf dem Titelblatt von Paris-Match (Lagardère) das Ehepaar Macron, in Großaufnahme, strahlend, Hand in Hand: "Gemeinsam auf der Straße zur Macht." Alle falsche Bescheidenheit ist längst abgelegt. Die "Fotos aus ihrem persönlichen Album" hat Brigitte

freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Madame Macron scheint überwältigt: "Mein Mann, ein Arbeitssüchtiger, ist ein Ritter, eine Person von einem anderen Planeten, der eine seltene Intelligenz mit einer außergewöhnlichen Humanität vereint." Macron, ein außerirdisches Wesen? [...]

25. April 2016. Beim Besuch eines Werks in Issoire (Département Puy-de-Dôme) wird der Wirtschaftsminister von Arbeitern konfrontiert: "Sie wissen nichts von der Arbeitswelt! Sie wissen nicht, was es heißt, jeden Morgen um fünf Uhr aufzustehen, um auch nur den unwürdigen Mindestlohn zu verdienen. Sie werden dafür bezahlen müssen, dass Sie die Menschen hinters Licht führen." Reaktion Macron: "Es gibt Menschen, für die es nicht besser wird, aber es gibt ein Land, dem es im Durchschnitt besser geht." Sicher, das lässt sich behaupten, wenn man den Durchschnitt zwischen den Milliardären, deren Privatvermögen jährlich um mindestens 15 Prozent wächst, und jenen, deren Lebensstandard seit zehn Jahren stagniert, zugrundelegt. [...]

27. Mai 2016. Bei einem Besuch in Lunel wird Macron von einem jungen Arbeiter angefahren: "Wir haben es satt! Ich habe nicht die Moneten, um mir einen Anzug wie Ihnen zu leisten." Macron erwidert: "Sie werden mich mit Ihrem T-Shirt nicht zum Weinen bringen. Die beste Art und Weise, sich einen Anzug leisten zu können, ist es, zu arbeiten." Der junge Mann protestiert vergebens: "Ich arbeite seit meinem 16. Lebensjahr, Monsieur!"

Aus diesem Wortwechsel zieht die PR-Maschinerie ihre Schlüsse.

Am 24. November 2016 [...] klärt ein in Paris-Match (Lagardère) erschienener Artikel die Öffentlichkeit über die Kleidung Emmanuel Macrons auf: "Der Exminister hat seine 1.200-Euro-Anzüge von Lagonda abgelegt und gibt sich zufrieden mit solchen für 340 Euro. Er bezieht sie von Jonas et Cie., einer Schneiderfirma in der Rue d'Aboukir." Warum so viel Augenmerk auf dieses Thema? Der Preis für die Maßanzüge von Fillon wird die Blätter jedenfalls während des Wahlkampfes noch in Aufregung versetzen. [...]

19. August 2016. Bei einem Ausflug in den Themenpark Puy du Fou in der Vendée zeigt sich Macron an der Seite des Vicomte Philippe de Villiers. Der Reaktionär vertritt ein vorsintflutliches Familienbild, verteidigt christliche Werte und spricht sich für den repressiven Staat bei vollkommenem Laissez-faire auf wirtschaftlichem Gebiet zugunsten des Großgrundbesitzes und der Industriekonzerne aus. Bei dieser Gelegenheit steckt Macron den anwesenden Journalisten: "Die Ehrlichkeit verpflichtet mich, Ihnen zu sagen, dass ich kein Sozialist bin." Ein Knüller!

30. August 2016. Macron tritt als Wirtschaftsminister zurück und mimt den General de Gaulle bei dessen Aufbruch nach London: "Ich möchte heute eine neue Etappe meines Kampfes einleiten." Den ganzen Tag lang widmen die Fernsehsender BFM TV (Drahi), I-Télé (Bolloré) und selbst das öffentlich-rechtliche France Info diesem historischen Ereignis gefühlt 100 Prozent ihrer Sendezeit. Am Abend ist Ma-

*cron zu Gast in der Nachrichtensendung "20 heures" auf TF 1 (Bouygues), wo er sich fast achtzehn Minuten lang äußern darf. Das ist mehr als jemals einem anderen Politiker in dieser Sendung gewährt wurde. Dazu vier weitere Beiträge über insgesamt fast zehn Minuten voll des Lobes für den zurückgetretenen Minister. Gleichzeitig spendieren ihm die Abendnachrichten von France 2 ihrerseits zweiundzwanzig Minuten in elf kurzen Beiträgen, alle geradezu hymnisch: "Er fühlt sich auf gleichsam mystische Art und Weise berufen, Frankreich zu dienen. Heute abend bringt er sich in Position, diese Berufung zu erfüllen."*

*Zwei Jahre hatte Macron als Wirtschaftsminister Gelegenheit, sich in Stellung zu bringen. Er hat die Geschäfte von General Electric, Nokia und Vinci, von Vincent Bolloré (Havas und Vivendi) und Patrick Drahi (SFR) gefördert. Er hat seinen Beitrag geleistet, die Rechte der Arbeiter weiter einzuschränken. Und er hat die Besteuerung auf Erlöse von Wertpapieren, die den Unternehmenschefs qua Posten zugeteilt werden, halbiert.*

*31. August 2016. Emmanuel Macron ist auf den Titelseiten aller Tageszeitungen in Frankreich.*

*(S. 136-158)*

Ein etwas empfindsamer, aber gutausschender junger Mann, so der Autor süffisant, wurde zum König der Franzosen gemacht. Wenngleich von hochrangigsten Kreisen protegiert und in Stellung gebracht, ist er insofern keine beliebige Marionette der Macht, als er sich nach Kräften

angedient und mithin qualifiziert hat. Ihn als bestens vernetzt zu bezeichnen, träfe zwar zu, würde aber dem konkreten Beziehungsgeflecht und den Vorgehensweisen der französischen Eliten nicht annähernd gerecht, wie sie Stemmeln herauszuschälen bestrebt ist. Als Jesuitenzögling und Absolvent der Elitehochschule ENA stand Macron die Tür zum höheren Staatsdienst offen, doch wie er zum Protegé einflußreichster Akteure avancierte, sucht seinesgleichen. Wollte man ihm besondere Gaben attestieren, so wäre insbesondere sein Talent zu nennen, weit über das Maß eines austauschbaren Günstlings hinaus persönliche Beziehungen zu Patriarchen und deren Familien zu knüpfen, als sei er ein vielversprechender Schwiegersohn, der nicht nur in den Codes der Eliten trittsicher ist, sondern deren maßgebliche Vorhaben zuverlässig und zielstrebig umzusetzen versteht.

So tritt er beispielsweise auf Empfehlung Serge Weinbergs im September 2008 in die Geschäftsbank Rothschild & Cie. ein, wo er vom bloßen Technokratenanfänger in Rekordzeit bereits Anfang 2011 zum geschäftsführenden Teilhaber befördert wird. Anfang 2012 steuert er die Übernahme der Kindernahrungssparte von Pfizer durch Nestlé, was ihm die Aufmerksamkeit US-amerikanischer Dienste beschert, wie aus von Hillary Clinton empfangenen E-Mails hervorgeht. An diesen und zahlreichen weiteren Beispielen dokumentiert der Autor, auf welche Weise es der Finanzelite gelungen ist, einen ihrer effizientesten Vertrauten an den

Schalthebeln des Staates zu platzieren, einen Ultraliberalen, der bereit ist, alles zu geben im Dienst für die großen Vermögen. (S. 7)

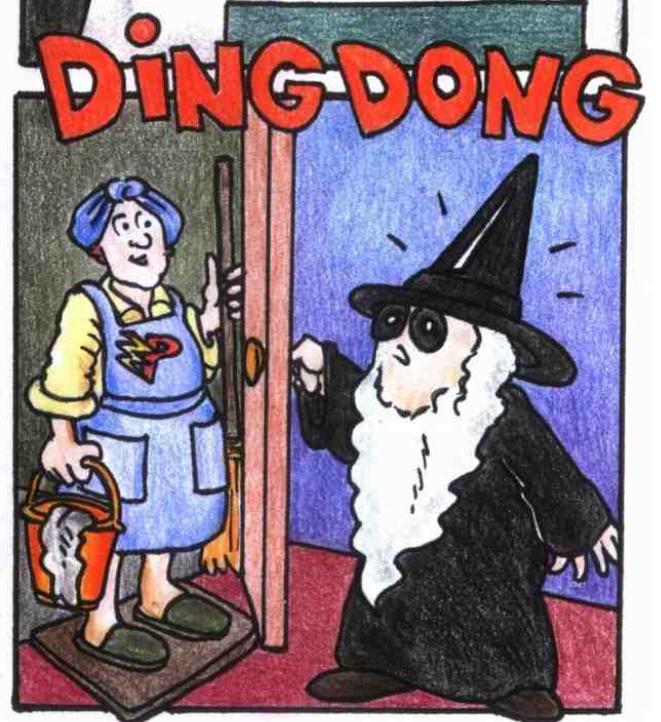
In der Wirtschaftspolitik unterscheidet sich Emmanuel Macron kaum von Marine Le Pen. Beide geben wie einst Mussolini vor, weder links noch rechts zu sein, beide sind gegen das Anheben des Mindestlohns, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Abschaffung des Steuererlasses für Unternehmen und natürlich teilen sie eine tiefe Abneigung gegenüber Gewerkschaften. Wo Le Pen gegen Migranten und Flüchtlinge hetzt, rümpft Macron zwar die Nase, doch seine Politik der Abschiebung, Verfolgung "illegaler" Arbeitskräfte und Weigerung, Schiffbrüchige zu retten, sind nur die heuchlerische Version derselben repressiven Offensive. Für die "autoritäre Verschiebung" des Staates können sich beide verbürgen, doch was den amtierenden Präsidenten als bevorzugte Option des Machtgefüges hervorhebt, ist seine Attitüde, von langer Hand geplante soziale Grausamkeiten nicht nur endlich durchzusetzen, sondern sie seinen Landsleuten auch noch als Luftschlösser innovativen Aufbruchs in bessere Zeiten zu verkaufen - ein absurdes Versprechen, dessen Fadenscheinigkeit in der laufenden Amtszeit des "Jupiterpräsidenten" immer brutaler zutage tritt.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar733.html>*

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Die Putzkraft ...

# MAGUS ROLF



© 2021 by Schattenblick

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

*Bruno Kern*

**Das Märchen vom grünen Wachstum**

***Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft***

*Bruno Kern*  
***Das Märchen vom grünen Wachstum Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft***

*rotpunktverlag, Zürich, 2019*  
240 Seiten  
15,00 Euro  
ISBN 978-3-85869-847-6

Mit seinem Buch "Das Märchen vom grünen Wachstum - Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft" wagt sich Bruno Kern an die brennendsten Probleme unserer Zeit. In Anbetracht des Klimawandels, der viel unberechenbarer ist und viel rascher vonstatten geht als bislang vorhergesagt, kommt er zu dem Schluß, daß eine radikale Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dringend vonnöten ist. Der immer noch gültigen Ansicht, daß ein Wirtschaftswachstum unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben muß, um das Funktionieren eines kapitalistischen, demokratischen Staates zu gewährleisten, setzt er die Notwendigkeit eines unumgänglichen Schrumpfungsprozesses der Industrie und Wirtschaft entgegen.

Nicht länger Wachstumsraten, sondern weitreichende Produktionsminimierungen sollen fortan die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen lenken. Erst dann ließe sich der Weg in eine ökosozialistische Gesellschaft durchsetzen.

In gut recherchierter und weitreichender Kritik an den vorherrschenden Produktionsweisen und den daraus erwachsenen Probleme-

matiken für Gesellschaft und Umwelt, lenkt Bruno Kern die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Ressourcen und deren Endlichkeit, sowie auf den hohen Energiebedarf, der mit den genannten Produktionsweisen einhergeht, die zum größten Teil aus fossilen Brennstoffen gespeist werden und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in die Höhe treiben. Die Gründlichkeit, mit der er die zur Herstellung eines Erzeugnisses nötigen Rohstoffe und die erforderlichen Energiemengen aufzeigt, macht die Dringlichkeit seines Vorhabens verständlich und nachvollziehbar.

Ein besonderes Augenmerk lenkt er auf die verschiedenen "alternativen" und "grünen" Strömungen in der Gesellschaft, die mehr oder weniger nachdrücklich suggerieren, daß es möglich wäre, an dem gewohnten Lebensstandard in den Industrienationen festzuhalten, wenn der dafür erforderliche Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen stammen würde.

Um mit dieser Idee aufzuräumen, wendet Bruno Kern sich kritisch und sehr genau den verschiedenen erneuerbaren Energiequellen zu, wie beispielsweise der Photovoltaik, Windenergie, Wasserstoff, Holzpellets oder Biogasanlagen. Auch hier nennt er die

Energie- und Rohstoffmengen, die zur Herstellung eben dieser Anlagen erforderlich sind und zeigt auf, daß die zuvor geleisteten Aufwände erheblich sind, so daß erst nach vielen Jahren des Betriebs eine positive Energiebilanz gezogen werden könnte. Dem interessierten Leser werden insbesondere in dem Kapitel "Das Märchen vom ‚grünen Wachstum'" (S. 41-90) eine Vielzahl von weitreichenden kritischen Betrachtungen nahegebracht, die abermals die Dringlichkeit einer raschen Überwindung des Kapitalismus und die Hinwendung zu einer ökosozialistischen Gesellschaft verdeutlichen sollen.

Beim Lesen dieses Kapitels zeigt sich die Vergeblichkeit, mit dem Einsatz erneuerbarer Energien den Lebensstandard in den Industrienationen aufrechterhalten zu wollen. Doch welche Konsequenz ergibt sich daraus?

Zwar nimmt Bruno Kern für sich nicht in Anspruch eine Lösung parat zu haben, verschafft sich mit dieser Stellungnahme jedoch den Spielraum für das Formulieren seiner Ideen und Entwürfe einer Gesellschaftsordnung, in der bestimmte Schritte einzuleiten wären, damit die anstehenden Probleme sinnvoll in Angriff genommen werden könnten. Aufgrund

seiner Annahme, daß die Menschheit heute erstmals in der Geschichte kurz davor steht, sich innerhalb von Dekaden selbst auszurotten, mahnt er an verschiedenen Stellen in seinem Buch an die Notwendigkeit zum Handeln. Die beste aller Möglichkeiten besteht seiner Meinung nach in der Errichtung einer ökosozialistischen Gesellschaft.

*Wir müssen innerhalb der bestehenden ökonomischen Verhältnisse mit den jetzt schon zur Verfügung stehenden Mitteln (vor allem der Ordnungspolitik) entscheidende Weichenstellungen vornehmen, um uns überhaupt noch den Spielraum politischer Gestaltung zu erhalten. (S. 37)*

und weiter:

*Die unverzichtbaren kurzfristigen Maßnahmen werden primär darauf abzielen, den absoluten Verbrauch an Energie und anderen Ressourcen mithilfe von Geboten und Verboten abzusenken. (...) Wir hingegen halten es für unverzichtbar, zu allererst zu fragen, worauf wir unmittelbar verzichten können und müssen, was wir schlichtweg nicht mehr produzieren dürfen und durch welche politischen Maßnahmen kapitalistischer Leerlauf und Verschleiß zu stoppen sind. (S. 37)*

Für den Leser könnten sich hier Fragen aufdrängen. Wer wäre beispielsweise das "wir", wenn nicht jene, die beanspruchen, die Gesamtlage beurteilen zu können und sich dementsprechend für kompetent halten, die Rolle eines Regulators oder einer Ordnungsinstanz einzunehmen? Wer wird entscheiden, auf welche Produkte verzichtet werden kann und

muß? Wie sehen die Folgen für weite Bevölkerungsteile aus, wenn bestimmte Produktionsbereiche wegfallen? Und wie werden diese Ausfälle ökonomisch kompensiert? Für welche Länder sollen die Beschränkungen gelten? Wie kann eine Einsicht in die Notwendigkeit in der Bevölkerung erzielt werden?

Bruno Kern ist in dieser Hinsicht zuversichtlich:

*Kluges politisches Handeln in diesem Sinne wird zunächst mit den Maßnahmen beginnen, bei denen eine entsprechende Akzeptanz breiter Bevölkerungsschichten vorausgesetzt beziehungsweise geschaffen werden kann, weil sie lediglich die Interessen einiger Branchenlobbys infrage stellen. Umgekehrt kann auch davon ausgegangen werden, daß mutige politische Maßnahmen einen Mobilisierungseffekt haben und soziale Bewegungen stärken. (S. 158)*

Genauer beschreibt er den oben genannten Schrumpfungsprozeß auf den folgenden Seiten. Ein erster Schritt zur industriellen Abrüstung sei die Streichung aller direkten beziehungsweise indirekten Subventionen von Produkten und Produktionsweisen, die ökologisch schädlich wirken. Und er nennt einige Beispiele für Streichungen in Deutschland:

*Steuerbefreiung für Kerosin, die Befreiung von Flugtickets von der Mehrwertsteuer, die Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge und für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge, die 'Prämien' für die Anschaffung eines - in ökologisch in jeder Hinsicht desaströsen - Elektroautos, (...) und vieles mehr. (S. 159)*

Als einen weiteren Schritt für den Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft schlägt er die organisierte Verknappung des Energieangebots vor. Es sei gerade die Zeit, in der eine solche Maßnahme von vielen akzeptiert werden würde. Der Widerstand gegen Braun- und Steinkohleabbau zeigt die Bereitschaft eines großen Teils der Gesellschaft. Wie aber sieht es aus, wenn die Energieeinsparungen durch das Einschränken oder Abschaffen des Internets, dessen Betrieb wahre Unmengen an Energie verbraucht, vorgeschlagen werden würde? Oder wie sieht es mit der Idee aus, den gesamten Rüstungsbereich einzustellen, sowohl die Produktion der Waffen, wie auch den Betrieb der gesamten Bundeswehr? Auch hier werden enorme Energie- und Rohstoffmengen verbraucht.

All die Vorschläge, die vom Autor unterbreitet werden, scheinen doch nicht wirklich in ihren Folgen und Auswirkungen durchdacht, erwecken jedoch den Eindruck von möglichen und relativ einfach gangbaren Wegen, um den geforderten Schrumpfungsprozeß einzuleiten, der bei der Überwindung des Kapitalismus mitwirken soll. Eben dieser Schrumpfungsprozeß erweist sich hier als eine Art Schlagwort, als wohlklingende Parole, die lediglich an der Oberfläche Gleichsinnige beeindrucken kann.

Jede Gesellschaftsform, auch eine ökologische, wird dem Überlebensinteresse jedes Individuums Rechnung tragen müssen. Solange für alle genug vorhanden ist, herrscht Ruhe im Land. Doch Wasser- und Nahrungsmangel weltweit führen bereits heute re-

gional zu wirklichen Katastrophen, die für unzählige Menschen, Tiere und Pflanzen den Tod bedeuten.

Bruno Kerns Idee eines Ökosozialismus täuscht darüber hinweg, daß auch eine dergestaltete Gesellschaftsordnung nicht ohne Verteilung von allen zum Leben notwendigen Dingen wie Nahrung, Energie, Ressourcen, Wohnraum und vielem mehr auskommen muß. Die Frage nach der gerechten Verteilung bleibt problematisch. Spätestens hier müßten dann Gesetze und Verbote angewendet werden, um eine entsprechende Verteilungsregelung durchzusetzen.

Im Idealfall sollte eine Partei, vom Autor wird zum Beispiel "DIE LINKE" bevorzugt, oder eine geeignete Koalition diese Aufgabe übernehmen und eine entsprechende Politik verwirklichen. Selbst wenn eine Verwirklichung des Ökosozialismus nach den Vorstellungen des Autors in Deutschland möglich wäre, bleibt doch die Frage, wie ein globales Zusammenwirken ausgestaltet sein müßte, um als einzelnes ökosozialistisches Land bestehen zu können.

Die Probleme sind vielfältig und die Idee von Bruno Kern, eine ökosozialistische Gesellschaft zu gestalten, wirkt auf den ersten Blick verlockend. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch ein Unbehagen ein. Sicher läßt sich über viele seiner genannten Vorschläge zur Minimierung des Energieverbrauchs und zur Reduktion des Rohstoffverbrauchs ein breiter gesellschaftlicher Konsens herstellen, denn selbst ein Unternehmer würde dafür

sein, weniger Rohstoffe zu verwenden, das würde seine Produktionskosten senken.

Ersetzen wir mit dem Aufbau einer ökosozialistischen Gesellschaft nicht ein in vielen Bereichen ungerechtes System der sogenannten freien Marktwirtschaft durch eine von vornherein restriktive Ordnung, die mit Verboten und Gesetzen ebenfalls Verteilungsmechanismen installiert, die Widerstand hervorrufen, der gegebenenfalls unterdrückt werden müßte? Der Begriff Sozialismus wurde bereits vielfach mißbraucht, da bedarf es lediglich eines Rückblickes auf unsere deutsche Geschichte. Wir stehen wahrlich vor einer Mammutaufgabe: Die Klimakatastrophe zurückdrängen, den Energieverbrauch reduzieren, die Weltmeere retten, die Arten schützen und vieles mehr. Was also tun?

An dieser Stelle möchte ich allerdings das vorliegende Buch "Das Märchen vom Grünen Wachstum" unbedingt empfehlen, denn eine umfassende Aufklärung über die momentan brennenden Probleme auf unserem Planeten kann vielleicht dazu beitragen, daß mehr und mehr Menschen sich der Situation bewußt werden und in der Folge ihre Interessen selbstkritisch neu ordnen und ihr Verhalten aus eigener Initiative ändern.

Bruno Kern engagiert sich seit Jahrzehnten in Sachen Umwelt und ist gemeinsam mit Saral Sarkar Gründer der "Initiative Ökosozialismus". Seit vielen Jahren befassen sie sich mit Alternativen zur Industriegesellschaft und Naturzerstörung.

Bruno Kern lebt in Mainz und arbeitet als Lektor, Autor und Übersetzer. Sein aufrichtiges Engagement und die Jahrzehnte lange Beschäftigung mit Gesellschafts- und Umweltproblematiken wirken in dieser Veröffentlichung glaubwürdig und vermitteln den Eindruck eines in diesen Fragen kompetenten Forschers, der eine lange umfassende und kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit schon hinter sich hat und für weitere Herausforderungen bereit ist.

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar734.html>

## Kooperationspartner



**poonal**  
Pressedienst lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>



**Pressenza**  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

## Neil Sheehan gestorben

*Ein Nachruf von Stefan Kühner - 9. Januar 2021*

Der amerikanische Journalist Neil Sheehan starb am 7. Januar 2021 im Alter von 84 Jahren. In den sechziger-Jahren des letzten Jahrhunderts berichtete er vor allem in der New York Times über den Krieg der USA in Vietnam. Beginnend in der Sonntagsausgabe vom 13. Juni 1971 begann er über die Washington Post und die New York Times, für die er arbeitete, geheime Papiere über den Krieg in Vietnam zu publizieren. In seinen Berichten zeigte Sheehan auf, dass die amerikanische Regierung ihre eigene Bevölkerung und die Welt jahrelang über ihre Verbrechen in diesem Krieg belogen hat. Er hatte dazu tausende geheimer Dokumente aus dem Verteidigungsministerium analysiert und nachgewiesen, dass die US-Regierung schon lang vor dem inszenierten Tonking-Zwischenfall vom August 1964 den Krieg gegen die Demokratische Republik Vietnam (hierzulande als Nordvietnam bezeichnet) geplant hat und dass trotz der aussichtslosen Lage der US-Kriegsmaschinerie weiterhin tausende junge amerikanische Soldaten in den Tod geschickt wurden - abgesehen von dem Terror und dem Leiden, das sie in Vietnam selbst anrichteten. Die Veröffentlichung führte in der Regierungszeit unter Richard Nixon zu einer schweren Regierungskrise und einem weiteren weltweiten Zerfall des Ansehens der USA bei seinen Verbündeten. 1972 erhielt Sheehan für seine

Berichte den Pulitzer-Preis. 2017 verfilmte Stephen Spielberg die Geschichte um die Veröffentlichung der Pentagon Papiere in dem Film "Die Verlegerin".

Zusammengetragen hat Neil Sheehan die Papiere gar nicht selbst. Der eigentliche Urheber ist der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert S. McNamara. Er veranlasste einen streng vertraulichen Bericht über die Rolle der Vereinigten Staaten in Indochina. Das Ergebnis war eine etwa 3.200 Seiten starke Schilderung der Ereignisse, ergänzt durch mehr als 4.000 Seiten beigelegte Dokumente, alles zusammen in einem Gesamtumfang von schätzungsweise zweieinhalb Millionen Worten. Die Aufzeichnungen dokumentieren das Engagement der US-Regierungen unter Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon, beginnend mit dem zweiten Weltkrieg bis zum Mai 1968, dem Zeitpunkt, zu dem die Friedensverhandlungen in Paris begannen.

Ein oder besser der wichtigste Informant für Sheehan war Daniel Ellsberg, der als Mitarbeiter im Verteidigungsministerium der USA einer regierungsnahen "Denkfabrik" Zugang zu den geheimen Berichten hatte. Ihm gelang es, über Monate hinweg Dokumente aus den Archiven zu entnehmen, sie zu kopieren, um sie dann an Zeitungen weiterzugeben. Sheehan hat diese Papiere

dann von Ellsberg, teilweise ohne dessen Wissen, durchgearbeitet und seine Reportagen mit den richtigen Fakten bestätigt.

Der Abdruck der Artikelserie von Neil Sheehan war sowohl für ihn selbst, als auch für Ellsberg, die New York Times, die Washington Post und andere Zeitungen, die quer über die USA die Berichte ebenfalls druckten, mit erheblichen Risiken verbunden. Die US-Regierung versuchte mit allen Mitteln den Abdruck durch Drohungen, Einschüchterungen und juristische Mittel zu verhindern. Allen drohten Verfahren wegen Geheimnisverrat. Am 30. Juni 1971 lehnte das Oberste Gericht der USA die Klage der Regierung ab und die Berichte durften fortgesetzt werden.

### **Quellen:**

New York Times; 07.01.2021  
How Neil Sheehan Got the Pentagon Papers - The New York Times (nytimes.com)  
Neil Sheehan (hrsg); Die Pentagon Papiere; Droemersch Verlagsanstalt; München 1971

\*

### *Quelle:*

© 2021 by Stefan Kühner  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

*<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfan0006.html>*

**SPORT / MEINUNGEN / KOMMENTAR**

**Mit zweierlei Maas ...**

(SB) - Die Handball-Weltmeisterschaft in Ägypten (13. bis 31. Januar 2021) kann sich "Sportdeutschland" als großen Erfolg ans Revers heften. Nicht unbedingt in rein sportlicher Hinsicht, denn die corona-bedingt dezimierte Männerauswahl des Deutschen Handballbundes (DHB) verpaßte das Viertelfinale und mußte sich mit einem der hinteren Plätze begnügen. Es ist vielmehr die Schweigeallianz aus Medien, Politik, Verbänden, Vereinen, Spielern, Athletenvertretern und Fans, die anlässlich des rund dreiwöchigen Turniers perfekt funktioniert hat. Während hiesige Funktionsträger kaum eine Gelegenheit ausließen, die politischen Mißstände in Belarus und den gewaltsamen Umgang mit der Opposition anzuprangern, um schließlich soviel (sport)politischen Druck aufzubauen, daß Minsk die geplante Austragung der Eishockey-WM in diesem Jahr aufgeben mußte, tauchten ähnliche Boykottaufrufe gegen das ägyptische Folter- und Menschenverschwinde-Regime nicht einmal am Horizont auf. Und das, obwohl sich "Europas letzter Diktator" Lukaschenko gegenüber dem ägyptischen Machthaber Abdel Fattah Al-Sisi wie der reinste Weisenknaube ausnimmt. Der bekannte Vorwurf, die freiheitliche Werte und Menschenrechte predigende westliche Welt würde

mit zweierlei Maßstab messen, hat sich im Falle Ägyptens auf geradezu lehrbuchreife Weise bestätigt. Kein Medium, das Lukaschenko vorwarf, er wolle die Eishockey-WM für seine Propaganda-Show nutzen, ritt auch nur ähnlich gelagerte Attacken gegen Al-Sisi und die Handball-WM. Auch der elitäre Lobbyverein "Athleten Deutschland", der laut FAZ "die oppositionellen belarussischen Sportler maßgeblich unterstützt hatte", blieb in Sachen ägyptische SportlerInnen stumm.

Die Schweigemauer um die Welttitelkämpfe im Handball war so massiv, daß Meldungen im Vorfeld des Turniers, Ägypten würde von einer entsetzlichen Hinrichtungswelle heimgesucht, fast ohne öffentliche Resonanz blieben. Wie Amnesty International Ende letzten Jahres erklärte, seien allein im Oktober und November in dem Land mindestens 57 Männer und Frauen hingerichtet worden. Das seien fast doppelt so viele gewesen wie im gesamten vergangenen Jahr. Zugleich vermutete die Menschenrechtsorganisation, daß die Zahl der Hinrichtungen in Wirklichkeit sogar noch höher liege. [1] Dieselben Sportmedien, die nicht selten mit mahnedem Finger auf die Fußball-WM 1978 in Argentinien zu zeigen pflegen, als dort sportliche Heldengesänge angestimmt wurden, während die Militärjunta unweit

der WM-Stadien Menschen folterte, vergewaltigte und hinrichtete, stellten sich mit Blick auf die aktuellen Unterdrückungsverhältnisse in Ägypten entweder dumm oder ignorierten diese fast vollständig. Bei der auch in Deutschland öffentlich ventilierten Erwägung eines WM-Boykotts der Handballer ging es niemals um die bedrohten, mißhandelten oder getöteten Menschen im Gastgeberland Ägypten, sondern ausschließlich um die Corona-Gefahren für die Spieler und Funktionäre - um das leibliche Wohl der Gäste also. Mehr als gelegentliche Pflichtkritik am skandalerprobten Präsidenten des Handball-Weltverbandes (IHF), dem Ägypter Hassan Moustafa, ließ die Hofberichterstattung nicht aufkommen.

Hatten erst kürzlich etwa 1200 Sportlerinnen und Sportler der Belarusian Sport Solidarity Foundation (BSSF) den internationalen Dachverband des Modernen Fünfkampfs (UIPM) mit Erfolg dazu gedrängt, Belarus die WM zu entziehen, so daß dessen Präsident Klaus Schorrmann schließlich einer Verschiebung der Titelkämpfe stattgab, so hätten ägyptische Sportlerinnen und Sportler von einer solchen Protestaktion bezogen auf die Handball-WM nicht einmal zu träumen gewagt. Wie "Die Zeit" im vergangenen Sommer berichtete, habe Al-Si-

si seit der Machtübernahme 2014 einen Polizeistaat in Ägypten errichtet: "Die Staatsmedien sind gleichgeschaltet, kritische Journalistinnen und Journalisten werden beschattet und bedroht. Die sozialen Netzwerke werden überwacht, wer sich kritisch über den Präsidenten oder das Militär äußert, muss damit rechnen, verhaftet oder umgebracht zu werden. Zehntausende Menschen wurden aus politischen Gründen verhaftet, etliche Frauen und Männer sind seit Jahren verschwunden." Die Wochenzeitung spricht sogar davon, das ägyptische Regime habe in Deutschland einen "Überwachungsapparat" aufgebaut, um Oppositionelle auszuspionieren, einzuschüchtern und zu bestrafen [2].

Wer jedoch die hiesigen Sportnachrichten in den Print-, TV- und Hörfunkmedien verfolgt, wird kaum um die Erkenntnis herumkommen, daß es sich beim Anspruch des investigativen Sportjournalismus, Sport und Politik nicht mehr länger trennen zu wollen, Menschenrechtsverstöße unterschiedslos anzuprangern und Athleten dabei zu unterstützen, sich aus der Unmündigkeit des reinen Leistungserbringers zu befreien (siehe die Diskussion um die Lockerung der IOC-Regel 50, die Athleten verbietet, bei Olympischen Spielen z.B. gegen Menschenrechtsverletzungen zu protestieren), nur um Lippenbekenntnisse handelt. Der Deutschlandfunk brachte es sogar fertig, einen kritischen Bericht über die Unterdrückung der ägyptischen Ultras zu veröffentlichen, die wie Millionen Ägypter "für ein Leben in Würde, für freie Wahlen, besse-

re Arbeitsbedingungen" protestierten, ohne auch nur mit einem Wort die aktuell stattfindenden Weltmeisterschaften im Handball zu erwähnen oder zumindest Parallelen zu ziehen - so als ob Fußball und Handball auf unterschiedlichen Planeten stattfänden. [3] Immerhin brachte der Deutschlandfunk aber ein Interview mit dem Abteilungsleiter des Handballvereins ASV Senden, Prof. Hans-Joachim Jungblut, der einen offenen Brief an den DHB-Präsidenten Andreas Michelmann geschrieben hatte, um eine Diskussion über den Umgang mit Ländern wie Ägypten anzuregen, die Menschenrechte brutal verletzen. Eine Resonanz von oben soll allerdings ausgeblieben sein. So war es auch, als der Rat des Weltverbandes IHF am 6. November 2015 die WM an Ägypten vergab, obwohl es bereits damals keine Zweifel an der Repressionspraxis des Militärregimes gab.

Angesichts der öffentlich zugänglichen Berichte von Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen, Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen, welche die Anzahl der politischen Gefangenen in Ägypten bei etwa 60.000 vermuten, sowie von Meldungen, daß ägyptische Sicherheitskräfte sogar Kinder verschleppten und folterten [4], kann man die selektive Wahrnehmung im hiesigen Sport-Medien-Komplex nur als der gesellschaftlichen Ideologieproduktion adäquate Schere im Kopf interpretieren: Belarus als Störgröße europäischer Machtprojektionen bei der Osterweiterung steht auf der Abschußliste, Ägypten hingegen

muß als deutscher Wirtschaftspartner, Rüstungsabnehmer und "Stabilitätsanker" für westliche Hegemoniepläne im Nahen Osten erhalten bleiben - selbst wenn dies bedeutet, mit sportlich gestähltem Tunnelblick über Leichen zu gehen.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1145213.aegypten-entsetzliche-hinrichtungswelle-in-aegypten.html>. 02.12.2020.

[2] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/aegypten-ueberwachung-deutschland-spionage/komplettansicht>. 22.07.2020.

[3] [https://www.deutschlandfunk.de/zehn-jahre-arabischer-fruehling-die-revolutionaeren-ultras.1346.de.html?dram:article\\_id=490524](https://www.deutschlandfunk.de/zehn-jahre-arabischer-fruehling-die-revolutionaeren-ultras.1346.de.html?dram:article_id=490524). 10.01.2021.

[4] <https://www.hrw.org/de/news/2020/03/23/aegypten-sicherheitskraefte-verschleppen-und-foltern-kinder>. 23.03.2020.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/meinung/spmek275.html>*

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...  
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

### Hasi hat den Wurz gestohlen ...

(SB) - Oh wie war es so bitterkalt, Schnee bedeckte jeden der wenigen übrig gebliebenen Grashalme und die restlichen Blätter an den niedrigen Büschen. Der kleine Hase litt seit Tagen gar schrecklichen Hunger. Er hoppelte durch den Wald und suchte die Tannen auf, um unter ihnen vielleicht einen Tannenzapfen zu finden, der schmeckte zwar nicht, aber sein Magenknurren würde doch für kurze Zeit verstummen. Manchmal lugten dort auch noch grüne Gräser hervor oder etwas tiefer versteckt unter dem Schnee auch etwas Moos. All das zählte nicht unbedingt zu seiner Lieblingsspeise, aber hier ging es nicht um Genuss, sondern ums Überleben.

In dieser traurigen Zeit geschah etwas völlig Ungewöhnliches, etwas dass der kleine Hase nie zuvor in seinem Leben gesehen hatte. In der Dämmerung der Nacht hoppelte der kleine Hase, den wir ruhig beim Namen nennen wollen, denn unter seinesgleichen wurde er Justus gerufen, mal hierhin mal dorthin durch den Wald. Als der erste Morgenschimmer den Horizont erhellte, überfiel ihn eine Schläfrigkeit und er überlegte, wo er den Tag irgendwo gut verborgen dösend verbringen konnte. Da hörte er Stimmen vom nicht weit entfernten Dorf laut jauchzend immer näher kommen. Justus war mit einem mal hellwach und genauso neugierig.

"Du spinnst, das ist doch noch viel zu früh, erst grad mal acht Uhr und noch nicht einmal richtig hell", schimpfte die eine Stimme. "Jammer nicht, du weißt, dass ich später mit meinen Eltern in die Stadt fahren muss, also ist das die einzige Möglichkeit! Du kannst ja wieder ins Bett gehen, aber gestern fandest du meine Idee noch supertopgenial". Darauf mischte sich noch jemand ein: "Mann, bist du blöd, nun hat es endlich nach Jahren mal wieder geschneit und zwar richtig heftig und dann meckerst du rum." - "Ist ja gut, keine Panik, ich bin dabei. Also legen wir los!", grummelte der müde Kumpane.

Das Grüppchen, dass sich hier versammelt hatte, zählte zwei Jungen, Birger und Malte und ein Mädchen namens Lisa. Sie war es auch, die die Jungen zurechtwies. In einem Eimer trug sie eine große Karotte, ein paar Eierkohlen und über ihre Pudelmütze hatte sie einen alten Strohhut gesetzt. Birger zog einen Reisigbesen, der schon bessere Tage gesehen hatte, hinter sich her. Malte stapfte, beide Hände in seine Jackentaschen gestopft, hinterdrein.

Justus, der Hase, verfolgte das Treiben, wobei die aus dem Eimer hervorragende Karotte seine ganz besondere Aufmerksamkeit weckte. Er stellte seine großen Löffel auf und lauschte, um zu erfahren, was wohl mit dieser ver-

lockenden Mahlzeit passieren würde.

"Hier soll er stehen!", beschloss Lisa und stellte den Eimer mit den Eierkohlen und der Karotte in den Schnee und bedeckte ihn mit dem Strohhut. Da von den Jungs kein Widerspruch ertönte, formte sie aus dem Schnee, der heute besonders gut backste, eine große Kugel zwischen ihren Händen. Als sie rund genug war, ließ sie ihre Schneekugel fallen und sah Malte und Birger herausfordernd an. "Na, wie wäre es, wenn ihr eine schöne runde und sehr große Kugel rollen würdet. Schließlich soll er doch einen recht dicken Bauch bekommen oder?" Ich rolle dann die Brust und den Kopf, einverstanden", sie wartete allerdings keine Antwort ab, sondern formte bereits die nächste Schneekugel und begann sie zu rollen bis sie die gewünschte Größe erreicht hatte. Gleich danach entstand unter ihren Händen ein schöner nicht allzu großer Kopf.

Lisa schielte nun zu den beiden Jungs hinüber und begutachtete deren Werk. "Mensch, was macht ihr denn da? Das soll doch keine Walze werden, ein Bauch ist doch rund, nicht lang wie ein Schlauch! Seht mal her, ihr müsst eine neue runde Kugel formen und sie dann in alle Richtungen regelrecht kullern, ja?" Malte und Birger murmelten irgendetwas von Schlaumeier und Nervensäge, lachten aber und rollten mit Feuereifer ei-

ne riesige runde Schneekugel. "Und jetzt wird unser Frankenstein-Monster zusammengesetzt!", jauchzte Birger und klopfte stolz auf die dicke Kugel. Malte war mittlerweile richtig wach geworden und schnappte sich Lisas Schneekugeln, setzte sie aufeinander und schließlich stand ein richtiger Schneemann vor ihnen. "Hey, der hat ja gar keine Arme, wie soll er denn den Besen halten?", stellte Malte nachdenklich fest. "Hmm", machte Birger und legte den Kopf schief. "Ihr seid doch Experten im Schläuche rollen", spottete Lisa, "dann ist jetzt die Gelegenheit. Wir brauchen zwei leicht gebogene Schneeschläuche als Arme." Es dauerte nicht lange und schon konnte ihr Schneemann sich über zwei kräftige Arme freuen.

Justus, der Hase, verstand nicht recht, was die Kinder dort trieben und sehnsüchtig wartete er darauf, dass sie verschwinden mögen und tunlichst die Karotte dort vergessen würden. Doch er musste sich noch in Geduld fassen.

"Jetzt sind die Eierkohlen an der Reihe, ich setze ihm die Augen ein, richtig schwarze Eierkohlenaugen!", freute sich Birger. "Von mir kriegt er drei pechschwarze, sehr modische Knöpfe", lachte Lisa, "und den Strohhut, ja, der Strohhut ist der letzte Schrei in der Schneemann-Modewelt, da bin ich ganz sicher, der steht ihm bestimmt gut." Malte schnappte sich den alten Reisigbesen und steckte ihn in den linken Schneemannarm. "Nun fehlt ihm nur noch der Mund, aber woraus macht man denn einen Mund?", überlegte Malte. "Wir suchen einen kleinen gebogenen Ast, das wird gehen", schlug Birger vor und sah sich sofort nach eben einem solchen Zweig um. Seine Suche war nach kurzer Zeit von Erfolg gekrönt und der Schneemann bekam einen Mund.

"Danke, nun kann ich sprechen", brummte Birger mit der tiefsten Stimme, die er zustande bekam. "Nun kommt das Wichtigste für einen echten Schneemann - die Nase." - "Klar, schließlich muss

dicke, große Karotte und steckte sie direkt zwischen Augen und Mund. Zwar saß sie etwas schief, aber das sah ganz lustig aus. Stolz betrachteten sie ihr Meisterwerk und klatschten in die Hände. "Toll, das ist doch mal wirklich gut gelungen", freute sich Lisa und die Jungs nickten eifrig. Mittlerweile war es hell geworden und die Kinder liefen ins Dorf zurück, denn auf sie wartete mit Sicherheit ein leckeres Frühstück in einer warmen Stube.

Justus lief beim Anblick der riesigen Karotte das Wasser im Mund zusammen. Doch wie sollte er sie erreichen? "Viel zu hoch, viel zu hoch!", stöhnte der Hase. Aber der Hunger verlieh ihm Mut und er besann sich einen Moment lang. Dann hoppelte er ein wenig fort, um kurz darauf mit gewaltigen Sprüngen auf der Brust des Schneemanns zu landen. Doch, oh je, der Kopf stürzte samt Hase hinunter in den Schnee. Erschrocken blickte Justus sich um, sah den kopflosen Schneemann, dann die dunklen Augen seines am Boden liegenden Kopfes und war für einen Augenblick entsetzt über seine Tat. Doch nun gab es kein Halten mehr, hungrig schnappte er sich die Karotte und knabberte sie an Ort und Stelle ganz und gar auf. Das war das Festmahl, nach dem er sich so gesehnt hatte. Als er richtig satt war, verschwand er im Wald und legte sich zufrieden und glücklich schlafen.

*Ende*



*Buntstiftzeichnung:*  
© 2021 by Schattenblick

er riechen, wenn Gefahr droht", grinste Malte. Lisa nahm die

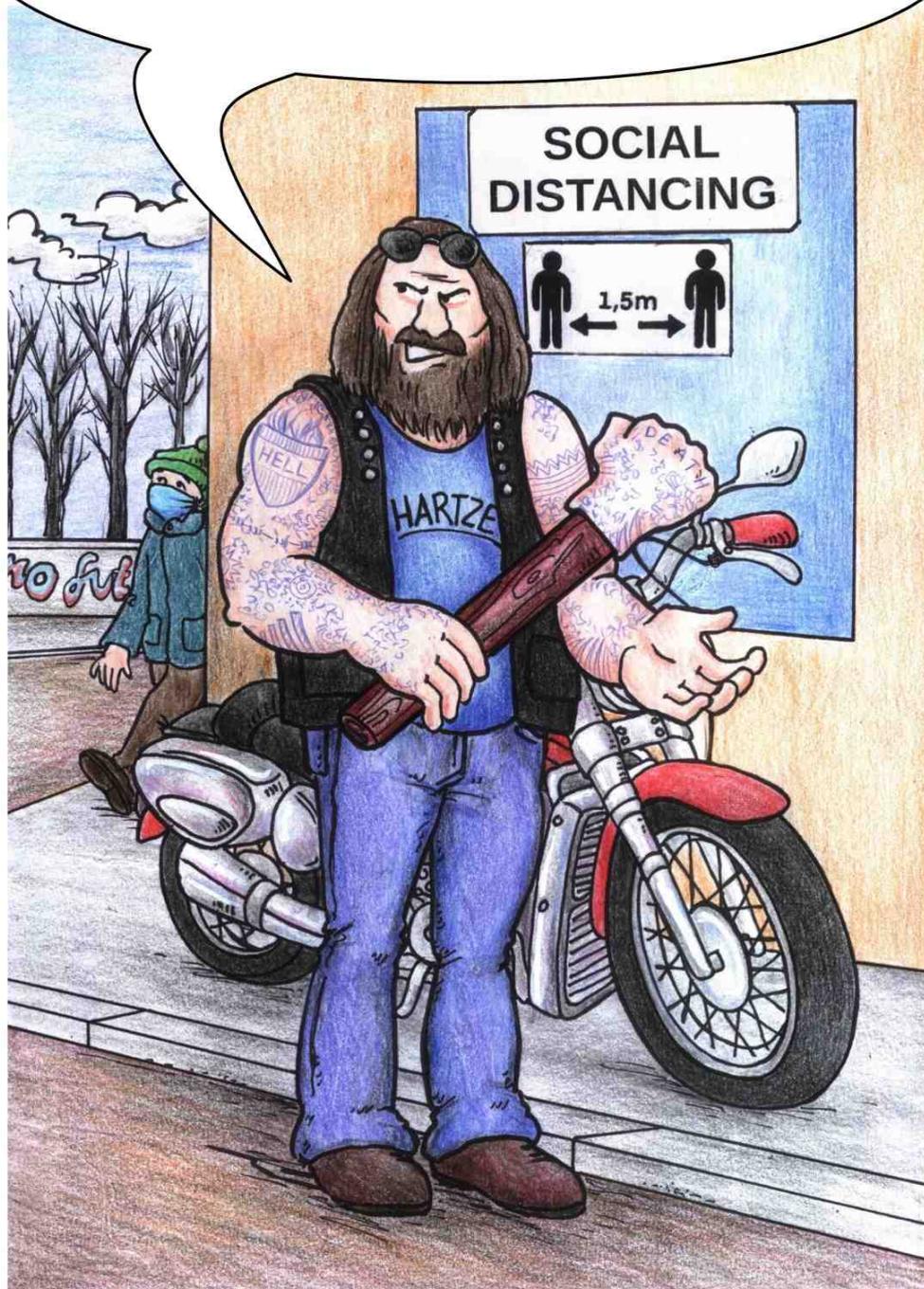
<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschikgti0008.html>

- 1 POLITIK - AUSLAND:
  - Bolivien - Trinkwasserpolitik verschärft soziale Ungerechtigkeit (poonal)
- 4 POLITIK - AUSLAND:
  - Mexiko - Armee soll Tren Maya verwalten (poonal)
- 5 POLITIK - AUSLAND:
  - Große Herausforderungen - 13. Parteitag der KP in Vietnam (Stefan Kühner)
- 6 POLITIK - SOZIALES:
  - Belarus - wie steht es mit dem weiblichen Gesicht der Revolution? (Pressenza)
- 9 BÜRGER UND GESELLSCHAFT - FAKTEN:
  - Milagro Sala - soziale Organisationen fordern ihre Freilassung (Pressenza)
- 10 BÜRGER UND GESELLSCHAFT - MEINUNGEN:
  - Atomwaffenverbotsvertrag - Ein Sieg des Friedens (Pressenza)
- 12 MEDIZIN - GESUNDHEITSWESEN:
  - Chile - Die Nachbarschaftsapotheke. Ein Stück soziale Gerechtigkeit (poonal)
- 14 REDAKTION - IN EIGENER SACHE:
  - Schattenblickfortsetzung II ...
- 15 UMWELT - REDAKTION:
  - USA - alter Wein ...
- 17 GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE:
  - Zum 130. Geburtstag Antonio Gramscis - ein Leninist klassischen Typs (Gerhard Feldbauer)
- 21 GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE:
  - Gramscis Kampf um die Umwandlung der Sozialistischen Partei in eine "revolutionäre Partei des Proletariats" (Gerhard Feldbauer)
- 28 GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE:
  - Italienische Kommunistische Partei bestätigte 1926 Gramscis Kampfkonzzept gegen die Mussolini-Diktatur (Gerhard Feldbauer)
- 30 SCHACH-SPHINX: Wenn die Zahl der Steine sinkt
- 31 BILDUNG UND KULTUR - FAKTEN:
  - "Sprache ist Kultur" - und Berlin spricht viele Sprachen (poonal)
- 34 BUCH - SACHBUCH:
  - Bill McKibben - Die taumelnde Welt
- 40 BUCH - SACHBUCH:
  - Margaret Kimberley - Prejudential
- 42 BUCH - SACHBUCH:
  - Éric Stemmelen - Operation Macron
- 47 UNTERHALTUNG - COMIC:
  - Magus Rolf - Die Putzkraft ...
- 48 BUCH - SACHBUCH:
  - Bruno Kern - Das Märchen vom grünen Wachstum
- 51 MEDIEN - FAKTEN:
  - Neil Sheehan gestorben (Stefan Kühner)
- 52 SPORT - MEINUNGEN:
  - Mit zweierlei Maas ...
- 54 KINDERBLICK - GESCHICHTEN:
  - Hasi hat den Wurz gestohlen ...
- 57 UNTERHALTUNG - COMIC:
  - Hartze - Versprochen ...
- 58 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 2. Februar 2021

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Versprochen ...

WARTE, WARTE NUR EIN WEILCHEN,  
BALD KOMMT HARTZE AUCH ZU DIR ...



© 2021 by Schattenblick

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 2. Februar 2021**

Vorhersage für den 02.02.2021 bis zum 03.02.2021



© 2021 by Schattenblick

Ich lach mich scheckig,  
ich lach mich schlapp,  
Eiswürfel eckig,  
der Schnee wird knapp.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.